H 8040 F
Nummer 63
März/April 00
3,- Mark

DER RECHTE RAND



Karl-Heinz Grasser (Finanzen)
Reinhart Waneck (Medizin)
Michael Schmid (Infrastruktur)
Michael Krüger (Justiz)
Herbert (Vert
Elisabeth Sickl (Soziales)
Susanne Riess-Passer (Vizekanzlerin)
Mares Rossmann (Tourismus)

Er hat Euch nicht belogen

Einfach Rassist
Einfach Nationalist
Die

In diesem Heft:

Militante Nazis / „Freie Kameradschaften“ • Geschichtsverdrehung am „Hannah-Arendt-Institut“ • Irving-Prozess • Neofaschismus in Frankreich • Rassismus in Spanien • Militante Burschen

In diesem Heft

Editorial

26. Februar 2000: 800 Naziskins feiern – ungehindert von der Polizei - eine Party in einem kleinen Dörfchen Schleswig-Holsteins, am gleichen Tag demonstrieren 500 Neofaschisten aus dem Umfeld der NPD in Erfurt, ebenfalls am gleichen Tag sorgt die Polizei dafür, dass im bayerischen Hammelburg Neonazis demonstrieren können, während ihre KollegInnen im uckermärkischen Dedelow eine Versammlung von rund 100 "Heil Hitler"- skandierenden Jugendlichen auflösen und in Leipzig ein Skinheadkonzert mit 150 Teilnehmern beenden. Einen Tag später treffen sich in Zepernik (Sachsen-Anhalt) mehrere Hundert DVU-Anhänger, um ihrem Führer Gerhard Frey zu lauschen. – Ein ganz "normales" Wochenende in der BRD.

Während die Neofaschisten immer ungenierter in der Öffentlichkeit auftreten, hat die Brandenburgische Landesregierung, in deren Verantwortungsbereich die "fremdenfeindlichen Straftaten" ständig zunehmen, nicht besseres zu tun, als das dortige "Bündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit" gegen den "Linksextremismus" einzuschwören, es damit wahrscheinlich zu spalten. Berlins Innensenator Werthebach legt, ungeachtet nahezu täglicher Meldungen über rassistische Übergriffe, fast zeitgleich eine "Studie" vor, in der unter dem Titel "Antifaschismus als Deckmantel für Gewalt" vor "linksextremen" Autonomen gewarnt wird. Aber was ist von einem Politiker zu erwarten, der Neonazis mit wehenden Fahnen nur deshalb nicht erneut durch das Brandenburger Tor ziehen lassen will, weil es den "jüdischen Mitbürgern" nicht zuzumuten sei. Bei den übrigen "Mitbürgern", der Demokratie schlechthin, scheint er da keine Probleme zu sehen.

Nicht zufällig empfehlen CSU-Politiker wie Stoiber ihrer österreichischen Schwesterpartei ÖVP ein Bündnis mit der rechtsradikalen FPÖ einzugehen und verteidigen - wie Carl-Dieter Spranger - diese unsägliche Koalition als eine "mehrheitsfähige Politik", die man nicht diffamieren dürfe. Mit Aussprüchen von einer "durchrassten und vermischten Gesellschaft" ist ein Stoiber nicht allzu weit von einem Haider und seiner FPÖ entfernt. Und damit von einer Partei, die vom renommierten "Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes" als "rechtsextrem" qualifiziert wird, da sie alle wesentlichen Definitionskriterien des "Rechtsextremismus", wie "Volksgemeinschaftsideologie, Ethnozentrismus, Xenophobie (bis zum Rassismus gesteigert), autoritäre Staatsvorstellungen, starker Mann und Führerkult, Ablehnung von Frauenemanzipation, 'nationales' Geschichtsbild und Aggressivität im politischen Stil" erfülle.

Die Konzentration der europäischen Kritik auf die Person Haider kann jetzt schnell nach hinten losgehen. Haiders Rückzug aus der Position des Parteivorsitzenden dürfte weitgehend taktischer Natur sein. Mit der Überlassung dieser Funktion an eine seiner engsten Vertrauten steht einer "Normalisierung" des Verhältnisses zur österreichischen Regierung - so ist zu befürchten - kaum noch etwas im Wege. Auf das, was eine damit verbundene europaweite "Normalisierung" der Politikinhalte der FPÖ bedeuten könnte, haben die rassistischen Pogrome im spanischen El Ejido einen schlimmen Vorgeschmack gegeben.

Der nächste Rechte Rand erscheint Anfang Mai. Redaktionsschluss ist am 11. April 2000.

Termine

10. - 17. April 2000: Internationales Jugendworkcamp Bergen-Belsen. Anmeldung und Information: DGB-Jugend Niedersachsen-Bremen, Dreyerstr. 6, 30169 Hannover, Tel. 0511-456252, Fax 0511-1260157

5. Mai 2000: „Erinnern für die Zukunft", Präsentation von Werken junger KünstlerInnen zum Thema „Erinnern für die Zukunft - Nie wieder Faschismus und Krieg" in Hamburg, Besenbinderhof 57a ab 19.00 Uhr

20. Mai 2000: „Frauen und Rechtsextremismus", Fachtagung der PDS-Arbeitsgemeinschaften LISA und Antifaschismus/Rechtsextremismus in Rostock. Anmeldung und Information: Britta Ferchland MdL, Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg, Tel. 0391-5605003, Fax 0391-5605008

28. Juli - 18. August: Internationale Jugendbegegnung Dachau unter dem Motto „erinnern - begegnen - verstehen - Zukunft gestalten". Anmeldung und Information: Katholische Jugendstelle Dachau, Gottesakkerstr. 17, 85221 Dachau, Tel. 08131-350114, Fax 08131-81845

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR Rolandstraße 16 30161 Hannover

Postanschrift:
**DER RECHTE RAND
Postfach 1324
30013 Hannover**
Tel.: 0511 / 33 60 209
DRR-Redaktion@gmx.net

Druck:
Werkdruck Hannover

Erscheinungsweise:
6x im Jahr

V.i.S.d.P.: Klaus Harbart

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:

Claudius Tiefendorfer

Österreich nimmt Abschied

Seit dem 4. Februar wird die Alpenrepublik von einem rechts-konservativen Kabinett regiert. Und dieses von Jörg Haider. Für das EU-Mitglied Österreich ein Schritt in die völlige Isolation.

Die Wiener sind ein gemütliches Völkchen. Und sie gewöhnen sich schnell an kleine Veränderungen. Einzelne Aufgänge von U-Bahn-Stationen etwa sind seit knapp zwei Wochen in den Abendstunden regelmäßig gesperrt. Die Ringstrasse ebenfalls. Auch der Gürtel, eine der am stärksten befahrenen Strassen Zentraleuropas, wird abschnittsweise dicht gemacht. Kaum zu glauben, aber wahr: Die allgemein als träge und bequem geltende Einwohnerschaft der österreichischen Hauptstadt demonstriert täglich. „Widerstand" – eine Parole, die ansonsten nur in linken Kreisen zur Anwendung kommt, beherrscht plötzlich tausende Menschen. Ob vor dem Parlament oder vor dem Ballhausplatz, dem Sitz von Bundeskanzler und Bundespräsident; es scheint, als würde zumindest ein repräsentativer Querschnitt der Österreicher begreifen, was geschehen ist: Die einstige „Insel der Seligen", wie Österreich gern genannt wurde, mutierte von einem Tag zum anderen zum Mittelpunkt der weltweiten Medienberichterstattung. Botschafter etlicher Staaten haben bereits das Land verlassen, die Börsenkurse purzeln, Kongresse werden am Fliessband abgesagt, Staatsbesuche auf unbestimmte Zeit verschoben, ja sogar von einem Ausschluss aus der Europäischen Union war die Rede. Grund für all diese zum Grossteil berechtigten Reaktionen war nicht nur die Bildung einer rechts-konservativen Koalition zwischen ÖVP und FPÖ unter der Führung von ÖVP-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel. Es war vor allem die Tatsache, dass man mit der FPÖ nun auch diejenige Partei ins Parlament hievte, die unter Jörg Haider einen beispiellos fremdenfeindlichen und rassistischen Politstil pflegt, die Nazi-Verbrechen im 2. Weltkrieg nicht nur verharmlost, sondern sogar immer wieder verbal „aufwärmt".

Die Hauptschuld an dieser Beteiligung trifft in diesem Zusammenhang ausschließlich einen Mann: Neo-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel. Der „ewige Zweite" galt seit längerem mehr besessen als beseelt von dem Wunsch, endlich die Nummer eins in Österreich zu werden. Das hat er nun geschafft. Um welchen Preis, wird sich schon bald herausstellen, denn bereits nach zwei Wochen „schwarz-blau" stand fest: Die neue Regierung, und da vor allem die ÖVP, muss zittern. Und zwar ständig. Denn Jörg Haider, der, wie versprochen, wieder nach Kärnten zurück kehrte um dort Landeshauptmann zu spielen, kann sein (Schand-)Maul einfach nicht halten. Ganz klar, die internationale Presse stürzt sich mit Gier auf den für markige Sprüche bekannten Rechtspopulisten und dieser bedient jene fleißig mit seinen allseits so beliebten Bonmots. Während Regierung, Bundespräsident und zum Teil sogar die Opposition das Ausland auf Knien um Akzeptanz anfleht, rülpst der „Bärentaler" in regelmäßigen Abständen unqualifizierte Äußerungen in die Mikrofone der gesamten Medienwelt.

Schon bevor Schüssel seinen heiß geliebten Kanzlerthron besteigen durfte, hieß es allerorts „von Haiders Gnaden". Denn dieser hat als Minister für die schwarz-blaue Koalition nicht nur eine Ansammlung gesichtsloser Hinterbänkler aus seiner FPÖ nominiert, sondern auch Generalsekretär Peter Westenthaler zum Klubchef ernannt. Westenthaler, auch als „his masters voice" bekannt, ist nun quasi die Stimme Haiders im Parlament. Ergeben, treu, loyal - wie die Recken rund um den FPÖ-Chef nun mal sind. Kurzum: Wird in Klagenfurt geistig onaniert, kommt das Ejakulat in Wien ohne Qualitätsverlust an.

Doch Panik wäre ob des nun drohenden „neuen Regierens", wie Schüssel es bezeichnete, unangebracht. Denn das Drama begann nicht, wie viele glauben mögen, an jenem 3. Oktober 1999, als die Grafiken des Österreichischen Fernsehens den Zusehern das Ergebnis der Nationalratswahlen präsentierten. Es endete vielmehr an diesem Tag, und läutete die möglicherweise gravierendste Veränderung der politischen Landschaft ein, die die Alpenrepublik seit 1945 erlebt hat.

Zu lange hatten sich SPÖ und ÖVP träge dahin geschleppt. Der Wille zu längst fälligen Reformen war gleich null, zu groß war die Angst vor dem drohenden Machtverlust. „Es geht schon noch", beschwichtigte man Jahre lang vernichtende Wahlschlappen, wohl wissend, dass man damit Jörg Haiders FPÖ Wähler in Scharen zutrieb. Die beiden Parteien rückten in der Mitte dermaßen zusammen, dass eine Unterscheidung zwischen sozialdemokratisch und bürgerlich kaum mehr möglich war. Als am 3. Oktober für die SPÖ 33, für FPÖ und ÖVP je 27 Prozent angezeigt wurden, war vielen noch nicht klar, dass dies einen brutalen Wechsel an den Hebeln der Macht hervorrufen würde. Bundespräsident Thomas Klestil ging mit der Einmischung in die Regierungsbildung als „aktivstes Staatsoberhaupt der 2. Republik" zwar in die Geschichte ein, konnte am Ende das Scheitern einer neuerlichen SPÖ-ÖVP-Koalition nicht verhindern. Die Gewerkschaften legten sich quer - zu provokant waren die Forderungen der ÖVP.

Die momentane Situation Österreichs könnte jedenfalls verfahrener nicht sein. „Lasst uns doch zeigen was wir können", winselt die neue Regierung in alle Himmelsrichtungen - allein den 14 EU-Partnerstaaten ist das nicht genug. Bilaterale Beziehungen wurden eingefroren, der Umgang mit österreichischen Politikern gleicht einem „Dienst nach Vorschrift". Bundeskanzler Wolfgang Schüssel ist der zur Zeit mit Sicherheit am wenigsten zu beneidende Politiker Europas. Sogar seine Parteifreunde von der „Europäischen Volkspartei" (EVP) hegen ernsthafte Ausschlussgedanken ob dem sorglosen Umgang der ÖVP mit Jörg Haiders „Freiheitlichen". Dass Schüssel die volle Legislaturperiode (vier Jahre) durchhalten wird, scheint zum derzeitigen Stand der Dinge ziemlich unwahrscheinlich. Mit Haiders Stammtischreden im Rücken kann Schüssel international kaum jemandem klarmachen, dass es die neue Regierung ernst meint mit den „Grundwerten der Europäischen Gemeinschaft", auf die EU-Präsident Romano Prodi im Glückwunschtelegramm an Schüssel noch einmal explizit hinwies.

Für einen glühenden Europapolitiker wie Schüssel eine Peinlichkeit sondergleichen. Auch innenpolitisch brechen für die schwer unter Druck geratene ÖVP schwere Zeiten an. Sollte es der Bundeskanzler nicht schaffen, Haider soweit ruhig zu stellen, dass Normalität eintreten kann, ist die Koalition nicht weiter regierungsfähig; Neuwahlen wären die Folge. Und die Volkspartei würde sich dann nicht nur vom Machtmenschen Schüssel verabschieden, sondern vor allem auch vom letzten Rest ihrer Wähler, die sich schon jetzt (zum Teil sogar bei den Grünen!) um einiges wohler fühlen. Auch die immer noch stimmenstärkste Partei des Landes, die sozialdemokratische, muss nun bald aus ihrem Schockzustand erwachen. Doch selbst wenn sie dies tut ist zu befürchten, dass falsche Personalentscheidungen an der Spitze (Ex-Bundeskanzler Viktor Klima ist als Parteichef de facto schon abgetreten) die Talfahrt prolongieren.

Entscheiden wird im Endeffekt wieder der Wähler. Und die in den letzten Jahren auf den Stimmzetteln vermehrt neben FPÖ auftretenden Kreuze lassen die bange Vermutung zu, dass der nächste Bundeskanzler weder von der SPÖ noch von der ÖVP gestellt wird. Die Umzugskartons von Kärnten nach Wien dürften ohnehin schon bereit stehen.



Der Schattenkanzler der neuen österreichischen Regierung: Ein „gefährlicher, von vielen immer noch unterschätzter Rechtsaußenpolitiker, der die 1945 auf den Trümmern das Nationalsozia-lismus errichtete Zweite Republik in ein anderes, rechtsautoritäres, in seiner ganzen Dimension noch gar nicht abzuschätzendes System transformieren will." (Wolfgang Neugebauer vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes)

Tim Nieswandt

"Hauptstadt der Reue"

Rechter Kampf gegen das Mahnmal

Am 29. Januar war es soweit: Erstmals seit 1945 marschierten über 500 Neonazis mit wehenden Reichskriegsflaggen durch das Brandenburger Tor. Sie demonstrierten gegen das geplante Mahnmal für die ermordeten Juden Europas, für das am 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, eine offizielle Feierstunde mit „symbolischem Spatenstich" stattgefunden hatte. Am Bauplatz des Mahnmals hielten die AnhängerInnen der NPD, der JN, der „Bürgerinitiative gegen das Holocaust-Mahnmal" und diverser anderer Gruppen eine Kundgebung ab. Dabei bezeichneten sie das Denkmal als „Schandmal", es „nehme dem deutschen Volk die Würde". Mobilisiert hatten die Rechtsradikalen mit dem Bild eines Bulldozers, der stilisierte Stelen des Mahnmals niederwalzt.

Nachdem der Staatsschutz die angemeldete Demonstration ursprünglich verboten hatte, war das Verbot vom Oberverwaltungsgericht wieder aufgehoben worden. Schon einmal, am 2. Oktober 1999, war zu einer Demonstration gegen das Denkmal aufgerufen worden. Damals war dem BFB allerdings nur das Abhalten einer Kundgebung vor der Neuen Wache Unter den Linden genehmigt worden.


Bauplatz des Mahnmals für die Opfer des Holocaust.

Doch nicht nur die dezidierten Neonazis brachten ihre ablehnende Haltung gegen das Mahnmal zum Ausdruck: Der Zeremonie am 27. Januar, an der außer Bundespräsident Rau, Bundeskanzler Schröder und Bundestagspräsident Thierse (alle SPD) weitere hohe RepräsentantInnen der Bundesrepublik teilgenommen hatten, war Berlins Regierender Bürgermeister, Eberhard Diepgen (CDU), demonstrativ fern geblieben. Offiziell sagte er aus Termingründen ab, doch bereits im Vorfeld hatte er verkündet, man könnte von ihm nicht erwarten, dass er "zu einem symbolischen Akt gehe und eine Entscheidung lobe" die er "mit guten Gründen kritisiert habe". Er gehöre nicht zu den Politikern, die "heute hü, morgen hott" sagten. Bis zum Beschluss des Bundestags über den Bau des Mahnmals hatte sich Diepgen gegen die vorliegenden Entwürfe mit der Begründung gewehrt, sie seien zu "monumental". Er wolle verhindern, dass Berlin zu einer "Hauptstadt der Reue" werde.

Die Debatte um das Denkmal währt bereits seit über zehn Jahren. Im Jahr 1988 stellte eine Bürgerinitiative um die Journalistin Lea Rosh erstmals offiziell die Forderung an die damalige Bundesregierung, ein solches Mahnmal zu errichten. Aber erst 1994 wurde durch den Bund, die Stadt Berlin und den Förderkreis zum Bau des Mahnmals ein Architekturwettbewerb ausgeschrieben. Die Jury erwählte damals das Modell einer großen Betonplatte, in die die Namen aller während des NS ermordeten Juden eingraviert werden sollten, zum Wettbewerbssieger. Doch Bundeskanzler Kohl (CDU) legte gegen diese Entscheidung sein Veto ein, woraufhin es nach weit schweifender Diskussion, in der immer wieder der Vorwurf der "übertriebenen Monumentalität" gegenüber den Baumodellen geäußert wurde, im Jahr 1997 zu einem zweiten Wettbewerb kam. Der Entwurf der New Yorker Peter Eisenman und Richard Serra, ein Stelenfeld, das von 4200 hohen und eng nebeneinander stehenden Betonpfeilern bedeckt sein sollte, ging als Favorit daraus hervor. Aber erst nachdem Eisenman die geplanten Ausmaße seines Modells auf Drängen Kohls geändert hatte, stimmte dieser dem Entwurf zu. Viele Prominente erklärten öffentlich ihre Ablehnung, so auch der Senat der Stadt Berlin. Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt beispielsweise bezeichnete das Denkmal als einen "sozialen Brennpunkt", der nur "Verstecke für Penner" biete. Der Staatsminister für Kultur der neuen Bundesregierung, Michael Naumann – anfangs einer der Gegner des Mahnmalbaus – erstellte im Frühjahr 1999 zusammen mit Eisenman einen neuen Entwurf: das Stelenfeld wurde stark verkleinert, zusätzlich soll ein "Haus der Erinnerung", in dem eine Forschungsstätte, ein Museum und eine Bibliothek integriert werden, auf dem Mahnmalsgelände errichtet werden. Am 25. Juni letzten Jahres entschied der Bundestag mehrheitlich für den Bau dieses Entwurfs, insgesamt 115 Parlamentarier stimmten dagegen. Ursprünglich war geplant, am 27. Januar diesen Jahres die Grundsteinlegung vorzunehmen, diese ist jedoch vorerst auf den Sommer 2001 verschoben worden. Grund dafür sind Verzögerungen in der Bauplanung und Konzeption, nicht einmal die Eigentumsfrage für den Bauplatz ist abschließend geklärt. Stattdessen wurden nun Informationstafeln zum Zeichen des "symbolischen Baubeginns" aufgestellt. Ein erster Anschlag auf die Baustelle des Mahnmales wurde bereits in der diesjährigen Silvesternacht verübt (Vgl. DER RECHTE RAND Nr. 62).

Kathrin Klever

Radio Germania

Seit April 1996 nutzt der Berliner Neonazi Mike Penkert den über Rundfunkgebühren finanzierten "Offenen Kanal Berlin" (OKB), um seine politischen Ansichten in Form von Textbeiträgen und Musik über das Berliner Kabelnetz zu verbreiten. Lediglich 1997 hatte die „Medienanstalt Berlin-Brandenburg" (MABB), die den OKB betreibt, „Radio Germania" wegen Verstoßes gegen den Jugendschutz für ein Jahr vom Sendebetrieb ausgeschlossen, lehnte es danach jedoch ab, Penkert die Lizenz endgültig zu verweigern. Damals löste diese Entscheidung heftige Reaktionen im Berliner Abgeordnetenhaus aus.

Auch heute tut sich die MABB mit einem dauerhaften Entzug der Nutzung schwer. Peinlich sei ihr „Radio Germania" zwar, aber ausschließen mag man den Neonazi vom Programm auch nicht. Schließlich sei der „Offene Kanal" ein Sendeplatz für abseitige Meinungen. Wie „abseitig" die Meinung Penkerts ist, lässt ein Blick auf die Internetseite des Radios erkennen. Dort findet sich neben der „Nationalen Hitliste" neonazistischer Skinheadbands wie „Landser", „Stahlgewitter" und „Sturmwehr" auch ein Aufruf zur NPD-Demo im Februar 2000 in Gera, sowie eine Selbstdarstellung der Radiomacher, die sich als „Teil der nationalen Befreiungsbewegung verstehen" und sich „von der volksfeindlichen Politik der Masseneinwanderung und Überfremdung abwenden". Aber Penkert, früheres FAP-Mitglied und ehemaliger Kopf der „Kameradschaft Beusselkiez", hat dazugelernt und lässt seine Beiträge vor jeder Sendung von seinem Rechtsanwalt Wolfram Nahrath prüfen. Der Jurist, letzter Bundesführer der verbotenen „Wiking-Jugend", kontrolliert die Aussagen Penkerts auf strafrechtliche Relevanz, und dies offenbar mit Erfolg. Jüngst ging auch der aktuelle Versuch der Medienanstalt daneben, Penkert wegen Verstoßes gegen §130 StGB (Volksverhetzung) von der Nutzung des Senders auszuschließen. Das Lied einer indizierten CD, auf dessen Text sich der Verstoß bezieht, wurde entgegen der Darstellung der MABB überhaupt nicht gespielt. Nun versucht die Medienanstalt durch die Überprüfung der Verbindung von Radio und Internet doch noch den Dreh zu kriegen.

Immerhin bleibt Penkert der Zugang zu dem öffentlich kontrollierten Kanal während der weiteren Dauer des Überprüfungsverfahrens untersagt. Ob es der MABB gelingt, zu einer längst fälligen politischen Entscheidung zu kommen, wird die nächste Sitzung des Medienrates am 6. März zeigen.


Führten den Zug durch das Brandenburger Tor an: Worch, Voigt und Kern (v.l.n.r.)

Vik Olafson

Der Norden dreht auf

Seit den Tagen Michael Kühnens ist Schleswig-Holstein für die militante, neonationalsozialistische Bewegung immer eine schwierige Gegend gewesen. Zwar gab es ein enormes Rekrutierungspotential in der durch eine äußerst rechte CDU und einer starken Braunzone Einfluß von Vertriebenenverbänden geprägten Bevölkerung, dem stand aber traditionell eine aktive, antifaschistische Bewegung entgegen. So gelang es den verschiedenen faschistischen Gruppierungen zwar immer wieder lokale Stützpunkte aufzubauen, eine dauerhafte breite Verankerung mißlang jedoch.

Obwohl zwischenzeitlich sogar im Landtag, gelang es der DVU/DLVH beispielsweise nicht, eine landesweite Parteistruktur aufzubauen - die Gruppierungen bestehen heute lediglich aus einer Hand von Funktionären. Ähnlich steht es um die Republikaner, die zur am 27. Februar stattfindenden Landtagswahl nicht einmal einen beschlussfähigen Landesparteitag zustande brachten.

Dagegen hat sich seit 1997, unter dem maßgeblichen Einfluss der Hamburger Neonaziszene um die Mitglieder der verbotenen Nationalen Liste von Christian Worch und Thomas Wulff, eine eng mit der NPD/JN verbundene Struktur gebildet, die inzwischen nicht nur regelmäßig Aufmärsche durchführt, sondern auch massiven Einfluss unter Jugendlichen gewinnt. In einigen Städten Schleswig-Holsteins verfügt diese Struktur inzwischen über eine erhebliche Zahl von Aktivist/innen und nimmt massiven Einfluss auf Teile der Jugendszene.

Dabei sind die lokalen Gruppen eng vernetzt. In idealtypischer Weise scheint sich hier seit langem, die von den "Freien Kameradschaften" und Teilen der NPD geforderte organisationsübergreifende Zusammenarbeit zu bewähren. Obwohl diese Zusammenarbeit von deutlichen Rivalitäten und Streitereien zwischen NPD-Funktionären und Vertretern der ganz offen nationalsozialistisch auftretenden "Freien Kameradschaften" geprägt ist, haben sich diese bislang nicht nachhaltig spaltend ausgewirkt.

Der Erfolg der Nazis beruht auf zwei nunmehr ineinander greifenden Organisationskonzepten. Insbesondere in Hamburg und dem schleswig-holsteinischen Umland hatten die Funktionäre nach dem Verbot der NL ihre Arbeit unbeirrt fort gesetzt. Nach der alten Vorgabe Michael Kühnens arbeiteten sie einerseits in den bewährten Parteistrukturen weiter, daneben versuchten sie ihren Einfluss in der Fußballhooligan- und Skinheadszene auszubauen. So entstand die Zeitung "Bramfelder Sturm", die ab der Ausgabe Nummer 11 in "Hamburger Sturm" umbenannt wurde. Der "Bramfelder Sturm" war das Ergebnis der Zusammenarbeit von Persönlichkeiten aus dem Umfeld der NL mit jungen Nazis aus dem Bereich Bramfeld / Hennstedt Ulzburg, wie André Schwelling, Tobias Thiessen oder etwas später Thorben Klebe. Politische Berichte und Kommentare, die offen positiv auf den Nationalsozialismus Bezug nehmen, werden vermischt mit Konzertberichten, CD-Vorstellungen und Ähnlichem.

Parallel zur Zeitung ist der "Hamburger Sturm" eine der Schnittstellen zur Rechtsrockszene. Hier werden Konzerte organisiert, CDs produziert und verkauft, Postversandvertriebe aufgebaut und verbotene CDs aus dem Ausland eingeschmuggelt und vertrieben. Teile des "Hamburger Sturm" sind inzwischen in der Nazimusik-Organisation "Blood and Honour" aktiv, so namentlich Thorben Klebe, der bereits wegen Beteiligung am illegalen Vertrieb von CDs der Gruppe "Landser" zu einer Haftstrafe verurteilt wurde.

Personell hat sich der "Hamburger Sturm" inzwischen nahezu verselbständigt. Kader wie Christian Worch und Thomas Wulff treten nicht im Namen der Gruppe auf, wie sie sich inzwischen auch ansonsten aus strafbewährten Aktionen heraushalten, da ihnen bei beinahe jedem Gesetzesverstoß Haftstrafen drohen. Allerdings ist es unverkennbar, dass alle wichtigen Personen aus dem "Hamburger Sturm" eng an das personelle und politische Netzwerk der ehemaligen NL angebunden sind.



Christiane Dollscheid (rechts), Betreiberin des „Club 88" in Neumünster, hinter ihr Tim Bartling

Im überwiegenden Rest Schleswig-Holsteins hat sich dieses Konzept allerdings nicht durchsetzen können. Insbesondere im Bereich Lübeck, mittlerweile aber auch in Kiel wurde hier unter dem Namen "Bündnis Rechts" eine Zusammenarbeit aufgebaut, in der die NPD als mehr oder weniger gleichberechtigter Partner mitwirkt. In Lübeck erfolgte dies im Rahmen des Kommunalwahlkampfes 1998, in dem das "Bündnis Rechts für Lübeck" antrat und nur relativ knapp an der 5-Prozent-Hürde scheiterte.

Der Wahlkampf des BRfL wurde massiv durch die Hamburger NL-Strukturen unterstützt, die zwei Demonstrationen, die am 30.Januar 98 und 14. März 98 durchgeführt wurden, waren nur aufgrund bundesweiter Mobilisierung möglich.

Christian Worch und seinen Kameraden ging es dabei nicht nur um den Aufbau einer Struktur in Lübeck, sondern maßgeblich darum, endlich Demonstrationen und öffentliche Aktionen in Schleswig-Holstein durchführen zu können. Dies war jahrelang nicht möglich gewesen. Ein erster erfolgreicher Versuch sich auf der Straße zu präsentieren, war dem Bündnis Rechts Schleswig Holstein zwar 1997 gelungen, als eine Demonstration von insgesamt 250 Personen. Nach außen hin geprägt durch einen starken Block des "Freiheitlichen Volksblocks", über eine Stunde durch das Städtchen marschieren konnte. Dieses Konzept ging auf: Die Lübecker Polizei, deren Führungsebene seit eh und je durch eine große Sympathie für die extreme Rechte auffällt, setzte - angewiesen durch die rot-grüne Landesregierung - unter einem massiven Polizeiaufgebot, zumindest den zweiten Aufmarsch durch. Für die schleswig-holsteinischen Nazis war dies der Auftakt für eine ganze Reihe von Aktivitäten und Aufmärsche, durch die sie sich ganz entscheidend profilieren und neue Anhänger gewinnen konnten. Indem hier ohne große konspirative Vorbereitung, unter dem Schutz der Polizei demonstriert werden konnte, eröffneten sich auch Teilnahmemöglichkeiten für junge SympathiesantInnen, die noch kaum Kontakt zur Naziszene gehabt hatten. Das Gesamtkonzept war insgesamt erfolgreich. Neben dem relativ guten Abschneiden bei der Wahl und der massiven Propaganda gelang zweierlei: um die Lübecker Aktivisten Dieter Kern, Jörn Lembke und Jürgen Gerg, die sich anschickten in der Nord-NPD Karriere zu machen, entstand eine stabile Gruppe, die mittlerweile u.a. durch die Anti-Antifa-Aktivistin Thekla Kosche verstärkt wurde. Diese Gruppe führte auch im Folgenden kleinere Aktionen und Demonstrationen durch. Daneben war Lübeck ein weiterer Schritt in der Entwicklung einer landesweiten Zusammenarbeit, die die Voraussetzung für weitere Projekte bildete. NPD-intern stärkte diese Zusammenarbeit den Flügel, der die Zusammenarbeit mit offen neonationalsozialistisch auftretenden Gruppen forcieren will.

Infolge des Lübecker Wahlkampfes wurde die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen im Lande verstärkt. Lokale NPD-Gruppen, die beispielsweise in Flensburg, Husum und Kiel bestanden, wurden zunächst personell an das bestehende Netzwerk angebunden. Auch weiterhin folgt man dem Konzept, zunächst mit lan-

des- bzw. bundesweiter Unterstützung öffentlich aufzutreten, um auf diesem Wege Stärke zu demonstrieren und damit jugendliche Sympathisanten zu gewinnen. Diese Personen wurden im Folgenden regelmäßig für Aufmärsche gewonnen und damit fester in die Szene eingebunden. Dieses Konzept war insbesondere auch deshalb erfolgreich, weil mit den in den Jahren 1998 und 1999 bundesweit unter massivem Polizeischutz stattfindenden NPD-Wahlkampfdemonstrationen und den Demonstrationen gegen die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" etliche Gelegenheiten für öffentliche Aufmärsche gegeben waren.

Regional wurde das Konzept in Kiel und Flensburg weitergeführt. In Kiel wurde zunächst im Herbst 1998 eine NPD-Wahlkampfveranstaltung mit rund 40 Teilnehmern durchgeführt. Am 30. Januar 1999 folgte dann die Demonstration gegen die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht". Inzwischen besteht auch in Kiel, erstmals seit Ende der 80-er Jahre, eine relativ fest gefügte organisierte Struktur junger Neonazis.

In Flensburg wurde im Oktober 1999 ebenfalls eine Nazidemonstration angemeldet und unter massivem Polizeischutz durchgeführt. Die seit langem bestehende kleine NPD-Ortsgruppe konnte diese Demonstration zwar bislang nicht so richtig für ihre Weiterentwicklung nutzen, hat sich jedoch augenscheinlich dem vorherrschenden Konzept angeschlossen.

Als Highlight für die Hamburger Naziszene, die diese Entwicklung massiv mitbestimmt hat, müssen die Demonstrationen in Hamburg im Juli und November des letzten Jahres gelten. Vom äußeren Erscheinungsbild waren diese Demonstrationen, trotz Beteiligung der JN/NPD vom "Hamburger Sturm" geprägt.

Unter anderem diese Erfolge haben wohl dazu beigetragen, dass von Seiten des "Hamburger Sturmes" seit mehreren Monaten eine massive Kampagne, diesmal im schleswig-holsteinischen Elmshorn betrieben wird. Nachdem im April des vergangenen Jahres eine Demonstration von gerade 30 Neonazis durchgeführt wurde, bildete sich ein antifaschistisches "Bündnis gegen Rechts". Dieses Bündnis, das unter anderem von den Sozialdemokraten und Gewerkschaften mitgetragen wird, wird mittlerweile massiv angegriffen. Im Dezember zerstörten Mitglieder des "Hamburger Sturms" rund 200 Plakate des Bündnisses mit der Aufschrift "Keine Toleranz für Neonazis in Elmshorn &anderswo". In der gleichen Nacht wurden statt dessen Plakate mit der Aufschrift "Juden raus!" plakatiert. Es folgten Anschläge auf das Büro der IG-Metall und das Bürgermeisteramt. Parallel zu diesen Anschlägen polemisiert Ingo Stawitz, ehemaliges DVU/DLVH-Landtagsabgeordneter, jetzt NPD und einer der "Väter" des "Bündnis Rechts" Schleswig-Holstein, in einem Brief an die Bürgermeisterin, die selbst im "Bündnis gegen Rechtsä aktiv ist, sie solle der NPD im Wahlkampf besser keine Schwierigkeiten machen, da sonst "befreundete Gruppen" informiert würden.

Neben all diesen mehr oder weniger parteipolitischen Aktivitäten hat die schleswig-holsteinische Naziszene insbesondere durch den seit drei Jahren bestehenden "Club 88" in Neumünster an Attraktivität gewonnen.

Die regionale Bedeutung als allgemeiner Treffpunkt steht eigentlich in Widerspruch zu den Räumlichkeiten - faktisch stehen kaum 60 Quadratmeter und ein kleiner Garten zur Verfügung. Allerdings hat es in Schleswig-Holstein in den letzten 20 Jahren außer der Kneipe "Der Kelte" in Itzehoe, die nach Protesten schließen musste, keinen einigermaßen zentral gelegene Treffpunkt für die Naziszene gegeben. Neumünster ist sowohl von Hamburg, als auch von Kiel, Lübeck, Bad Segeberg und dem nördlichen Umland Hamburgs aus innerhalb einer 3/4 Stunde zu erreichen.

Gegenüber der rein politischen Naziszene hat sich der "Club 88" mit seinem Umfeld bislang überwiegend durch die Übernahme von Ordnerdiensten auf Demonstrationen hervorgetan. Bei praktisch jeder bundesweiten Nazidemonstration der letzten zwei Jahre waren Personen aus Neumünster als Ordner eingesetzt, ohne dass jedoch politische Funktionen eingefordert werden. Dies bleibt mehr denjenigen überlassen, die sich direkt an die Hamburger Szene um Christian Worch anschließen, wie Peter Borchert aus Kiel, der inzwischen im Umfeld des frisch gegründeten "Bündnis Rechts für Kiel" tätig ist, und gemeinsam mit Steffen Holthusen immer häufiger politische Aufgaben übernimmt.

Insgesamt befindet sich die Naziszene in Schleswig-Holstein momentan deutlich im Aufbau: die erste Phase des Aufbaus von Kontakten, der Verknüpfung von lokalen Gruppen, der massiven Intervention für lokale Gruppen mit Unterstützung von außen scheint abgeschlossen. Nun werden die Fäden enger gesponnen, örtliche Kader herangezogen. Nachdem nunmehr Demonstrationen und Aufmärsche "machbar" sind, sollen diese alltäglich werden; dabei kommt den Aufmärschen eine doppelte Bedeutung zu: einerseits wirken sie einschüchternd für den politischen Gegner, andererseits haben sie Übungscharakter.

Andreas Speit & Stephan Lindke

Zwischen Subkultur und Politik

Der „Club 88" in Neumünster

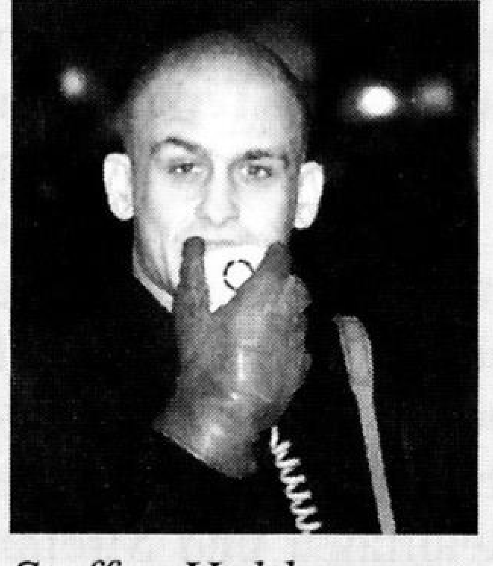
Am 2. Oktober 1999 hatten die Club-Betreiber um Christiane Dolscheid nach Neumünster zur Feier in das Neonazizentrum geladen. Der Name des Zentrums „Club 88 - the very last resort" ist Progamm. Decodiert: „Heil Hitler - der allerletzte Ausweg".

Seit Dolscheid 1996 die Konzession für den Betrieb einer Gastwirtschaft erhielt, öffnet der Club regelmäßig. Anfänglich unterstütze Tim Bartling Dolscheid. Der 29jährige Zeitsoldat, jüngst verurteilt wegen Körperverletzung, unterhält beste Beziehungen zu den B&H-Strukturen um Sascha Bothe aus dem niedersächsischen Tostedt und zu dem „Aktionsbüro Norddeutschland" um die Hamburger Thomas Wulff und Christian Worch. Mittlerweile ist die Verbindung nach Hamburg noch kürzer, so managt vor allem der Hamburger Steffen Holthusen den Clubbetrieb. Wie Bartling ist der Mitverantwortliche des Neonazi-Fanzines „Hamburger Sturm" Holthusen wegen Körperverletzung verurteilt und eng mit denn Strukturen der „Freien Nationalisten" verbunden.

War der Club früher ein kleiner Lokaltreffpunkt, so ist er Heute ein bundesweit bedeutendes Neonazizentrum. Keines der Neonazifanzines welches nicht mindestens mit einen Stimmungsbericht von einem Kneipenabend im „Club 88" aufmacht. Und kein Neonaziaufmarsch im Norddeutschen Raum, wo nicht Neonazis mit T-Shirts vom „Club 88" auftreten.

Die Neonazis um die Betreiberin Christiane Dolscheid sind über die Jahre von der örtlich Neonaziclique immer weiter in den Bundesweit agierenden Neonazistrukturen aufgestiegen. Dolscheid ist, neben ihren Aktivitäten im „Skingirl Freundeskreis Deutschland" (SFD) mittlerweile für den neonazistischen Sanitätsdienst „Braunes Kreuz" verantwortlich.

Neben dem Organisieren von Partys und der Mobilisierung zu Aufmärschen organisieren sie Fußballturniere und Konzerte. Am 4. September 1999 fand beispielsweise ein „Balladenabend" mit dem Rostocker Kamerad Andrè Lüders statt, der „mit einer schönen Ballade zu Ehren der Waffen-SS für Begeisterung sorgte". Doch die Neumünsteraner haben seit kurzem auch eine eigene Band mit dem eindeutigen Namen „Brandsatz".



Steffen Holthusen

Aus der losen Skinhead- und Hooligan-Clubszene ist nun die feste Gruppe „Sturm Neumünster" hervor gegangen. Trotz der bedenklichen Entwicklung sieht die Stadt keine Handhabe gegen den Club vorzugehen, da dort keine „Normenverletzungen" vorliegen. In der Tat, die Neumünsteraner Neonazis wissen um diese Vorgänge, so verzichten sie mit Verweis auf die „Argumentationshilfe für rechte Gewalt in Neumünster" explizit auf „miltiante Aktionen".

Schon 1998 warnte die Schulleitung der Grund- und Hauptschule Gadeland vor den Entwicklungen. Die Schule liegt direkt gegenüber des Clubs und die Lehrerschaft beobachtete, dass Schüler den Club besuchten. Erst durch eine Anfrage der Ratsfrau Andrea Storke (Grüne) mußten die Stadtoberen sich zu dem Club äußern. Die Neonazisszene hat sich schon verhalten: Storke wurde von zwei Personen aus dem Umfeld auf der Arbeit bedroht.

Andreas Speit

Blut und Boden in Amholz

„Freie Nationalisten“ bauen Schulungszentrum auf dem Land

Das alte Gutshaus in Amholz liegt gut versteckt. Nur über einen holprigen Sandweg ist das von kleinen Bäumen und grobem Gestrüpp umzäumte Gelände mit dem rote Backsteinhaus in der Gemeinde Teldau zu erreichen. Deutsche Schäferhunde kündigen allerdings jeden Besuch in dem sechs Häuser zählenden Ort in der Nähe von Boizenburg laut stark an. Seit kurzem hat die Villa neue Hausherren.

Für angeblich 300.000 DM haben der Hamburger Neonaziführer Thomas Wulff und der Lüneburger Neonazi Michael Grewe das Anwesen in Mecklenburg-Vorpommern gekauft. "Man kann sich vorstellen, dass es da bald Schulungen geben wird", meint etwas besorgt der Hamburger Verfassungsschutzchef Wagner.

Seitdem im Februar 1998 das Neonazizentrum "Hetendorf Nr. 13" in der Lüneburger Heide polizeilich geschlossen wurde, sind die Norddeutschen Kameraden bereits auf der Suche nach einem neuen Schulungszentrum. Im Zuge der Verbote der Hetendorfer Trägervereine um den Hamburger Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger hatte das niedersächsische Innenministerium das Anwesen beschlagnahmt. Über fünfzehn Jahre diente ihnen das Gebäude bei Celle als und Veranstaltungsort für Sonnenwendfeiern, über Wehrsportübungen, bis hin zu den "Hetendorfer Tagungswochen".

Von einen "neuen Hetendorf" möchte Wagner aber nicht sprechen. Momentan ist die zweistöckige Villa auch noch in einem baufälligen Zustand, und die Instandsetzung der maroden Bausubstanz dürfte kostspielig werden. Bloß das Dach haben Wulff und Grewe zusammen mit ihren Kameraden schon in Eigenarbeit neu gedeckt. Regelmäßig fahren die von dem Ex-Vorsitzenden der verbotenen Nationalen Liste, Wulff, geführten „Freien Nationalisten“ an Wochenenden auf das Anwesen und werkeln fleißig an dem Haus.

"Im Sommer hat es bereits die erste Sonnenwendfeier gegeben", weiß Niedersachsen Verfassungsschutz-Pressesprecher Rüdiger Hesse und betont: "Es ziehen immer mehr Personen in die Gegend". Seine Begründung: "Keine Ausländer, keine Antifa und die Gebäude sind recht günstig".

In dem Hamburger Neonazi-Magazin "Zentralorgan" inseriert Grewe für seinen "FSN-Zentralversand" und gibt als Bestelladresse für seine Neonazi-Devotionalien Boizenburg an. Ebenso in Boizenburg unterhält das „Braune Kreuz“ seine Kontaktadresse. Die „Erste-Hilfe-Gruppe“ von Cathleen Grewe ging aus den "Skingirl-Freundeskreis Deutschlands" hervor und bietet per Selbstdarstellung ihre Hilfe in dem Hamburger Fanszine "Hamburger Sturm" an.

Die neuen Hausherren kennen sich aus alten Lohbrügger Skinheadtagen. Anfang der achtziger Jahren machte sich Grewe mit der Herausgabe der Skinheadszine "Kahlschlag" einen Namen in der Szene und gehört seitdem zu den führenden Nazi-Skins der norddeutschen Szene. Zusammen mit seinem Bruder Hans betrieb er den Skinhead-Laden "buy or die", in dem Hamburger Stadtteil, wo sie auch Fußballturniere veranstalteten, an denen bis zu 150 Nazi-Skinheads teilnahmen. August 1997 fanden Polizeibeamte bei einer Hausdurchsuchung in Grewes Lohbrügger Wohnung eine Maschinenpistole, einen Karabiner, zwei Pistolen und über 1000 Schuß Munition.

Vor knapp zwei Jahren zogen Grewes mit ihrem Geschäft für Skinhead- und Hooliganbekleidung nach Lüneburg, wo sie vor ihrem Umzug nach Hamburg lebten. Allerdings ist mittlerweile Christian Sternberg, ein enger Freund der Familie und Hammerskin, Besitzer von "buy or die". Vermutlich um polizeilichen Maßnahmen entgegen zu wirken.

Karl Herzsprung

„Trupp 16“ in Lüneburg

Die „Freien Nationalisten“ aus der Region Lüneburg/Uelzen treten in der Öffentlichkeit unter dem Namen „Trupp 16“ auf. Die Zahl „16“ bezieht sich auf die lokale historische SA. Das Erkennungszeichen des heutigen „Trupp 16“ ist eine schwarze Fahne mit zwei weißen sich kreuzenden Pferdeköpfen, die ihrerseits von einem Schwert gekreuzt werden. Unter dieser Fahne traten sie bei verschiedenen Aufmärschen auf, wobei sie des öfteren eine organisierende Position hatten. Dass der „Trupp 16“ in der Hierarchie der „Freien Kameradschaften“ recht weit oben steht, liegt an den Personen, die ihn dominieren. Aus der Lüneburger Region sind das Manfred Börm und die Brüder Michael und Sven Grewe.

Der Bauunternehmer Börm ist ehemaliger WJ-Gauleiter und jetziger NPD Unterbezirks-Vorsitzender in der Region Lüneburg. Als verurteilter Terrorist hat er einen entsprechenden Mythos und ist eine Integrationsfigur für die verschiedenen Naziszenen.

Die Gebrüder Grewe haben ebenfalls gute Kontakte zu den „Freien Nationalisten“ um Christian Worch und Thomas Wulff aus Hamburg. In Hamburg-Lohbrügge hatten Hans und Michael Grewe den Laden „buy or die“, von dem aus sie die Naziszene mit Klamotten und Musik versorgten. Mittlerweile ist der Laden nach Lüneburg umgezogen und hat mit Christian Sternberg – einem Gast des Nazilokals „Club 88“ in Neumünster - einen neuen Besitzer.

Sven Grewe ist seit Anfang der neunziger in der Nazi-Skinszene aktiv. Seit einiger Zeit ist er bei den Hammerskins organisiert, wo er mitverantwortlich für das Hammerskin-Fanzine „Warhead“ ist. Mittlerweile ist Sven Grewe „Chef“ der „Hammerskins/Nordmark“. Sein Bruder, der wegen Verstosses gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verurteilte Michael Grewe, leitet den „Zentralversand“ der „Freien Nationalisten“, der in Amholz (Mecklenburg-Vorp.) angesiedelt ist. Dort hat Ende 1999 Michael Grewe zusammen mit Thomas Wulff ein größeres Haus gekauft. Ebenfalls aktiv in dem „Trupp 16“ ist Sven Brenn, der kürzlich zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden der NPD Harburg-Land (Landkreis Winsen/Luhe) gewählt wurde. Aus Uelzen sind Stefan Schmidt und Mark Böttcher für die Kameradschaft aktiv. Es bestehen auch Verbindungen zu „Freien Nationalisten“ aus der Region Hannover/Celle, mit denen der „Trupp 16“ häufig zusammen bei Aufmärschen auftritt.

In etwas anderer Form trat der „Trupp“ Mitte Mai 1999 in die Öffentlichkeit. Am 14. Mai 1999 wurde Jan Herold, ein Hammerskin aus der Region Lüneburg von einem Jugendlichen in Notwehr erschossen. Die von seinen Kameraden aufgegebene Todesanzeige war mit Runen verziert und endete mit Grüßen „von den Kameraden vom Trupp 16“.

Stefan Schmidt

Nach dem Umzug übernahm Michael Grewe mit seinem Bruder Sven, Chef der „Hammerskins Nordmark", die Führung der Neonazis im Raum Lüneburg und halten die Beziehungen zu dem "Aktionsbündnis Norddeutschland".

Von welchen Gruppen der militanten Neonazis das Schulungszentrum künftig schwerpunktmäßig genutzt wird, ist dem Hamburger VS unbekannt. Wagner: "Da müssen wir noch genau hingucken".

Bereits reingeschaut hat die Hamburger Staatsanwaltschaft. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen wegen Volksverhetzung gegen das „Zentralorgan" der „Freien Nationalisten" durchsuchten Polizei und Staatsanwaltschaft am 10. Januar das Anwesen. Anlaß der Ermittlungen war das Titelblatt der Nummer 8 des Zentralorgans. Die Herausgeber titelten großgesperrt gesetzt "Juden raus". Aber die Durchsuchung der Villa blieb ohne Erfolg. "Es wurde nichts gefunden", erklärte Staatsanwaltschaftssprecher Bagger.



„Buy or die" - Klamotten für das Nazi-Outfit

Über die weitere Planung und Ausrichtung des Gutshauses verkünden die Hausherren nichts. Bereits über die Planung hinaus ist die Wohngemeinschaft mehrerer Kameraden von Wulff und Grewe. Nicht weit von Amholz entfernt haben sie in Grewen Ausbau ein Bauernhaus bezogen.

Dietmar Quante/Andreas Speit

Stimme der NS-Soldaten

Das Zentralorgan der Freien Nationalisten

Die Webside des „Zentralorgans" steht noch. Nur zu lesen gibt es nichts. Dafür zu sehen: Das Titelblatt der November Ausgabe mit dem Hinweis "Zensiert".

Am 10. Januar 2000 durchsuchten Staatsanwaltschaft und Staatsschutz Wohnungen und Postfächer der Herausgeber des Hamburger Organs der „Freien Nationalisten". Nachdem die Staatsanwaltschaft der Hansestadt Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung gegen Thomas Wulff, Tobias Thiessen, Dirk Sukol und den Ludwigsluster Klaus Bärthel einleitete, untersuchten die Beamten in den frühen Morgenstunden neun Objekte in Hamburg, Ludwigslust, Teldau und eine Druckerei in Hildesheim. Grund des Ermittlungsverfahren: Die Novemberausgabe des Zorgs titelte groß gedruckt auf der ersten Seite "Juden raus" und etwas kleiner gesetzt "aus Österreich". Und noch kleiner gedruckt zitierte das Zorg sinnentstellend den Israelischen Staatspräsidenten Ezer Weizmann, der nach dem Wahltriumph der „Freiheitlichen Partei Österreich" (FPÖ) um Jörg Haider die Juden in Österreich aufrief, nach Israel zu kommen.

Die vier Verdächtigen im Alter von 29 bis 61 Jahren sollen die Novemberausgabe fertiggestellt und vertrieben haben. Bei den Durchsuchungen stellten die Beamten vier Computer, CD-Roms im großem Umfang und 930 Exemplare des Zorgs sicher.

Warum erst nach zwei Monate des Erscheinens der Novemberausgabe eingegriffen wurde, erklärte der ermittelden Staasanwalt Rüdiger Backer mit polizeitaktischen Überlegungen. "Es mussten erst genügend Verdachtsmomente gesammelt werden" sagt er und "da es eine länderübergreifende Aktion war, mussten sie genau abgestimmt werden". Außerdem, so betont Backer, "richteten sich die Durchsuchungen nicht generell gegen das Zentralorgan, sondern ausschließlich auf die Novembernummer". Deshalb sei auch nicht die Wohnung des Konto- und Aboverwalters des Zorgs, Thorsten Bärthel durchsucht wurden. Mit der strafrechtlich relevanten Nummer acht hätte er nichts zu tun.

Das Konzept für ein bundesweites Magazin der Zusammenschlüsse aller „Freien Nationalisten" entwickelten 1997 die Hamburger Neonazis-Chefs des „Aktionsbüro Norddeutschlands" der „Freien Nationalisten", Thomas Wulff und Christian Worch und die Mitgliedern der „Sauerländer Aktionsfront" (SAF), Thomas Kubiak, und Andree Zimmermann, sowie der Gründer des „Donner-Versandes", Harald Theo Mehr. Intention der Macher ist nach eigenem Bekunden, „die politisch-argumentative Schulung der freien Kräfte zu fördern" und Anregungen für den "nationalen Widerstand" zu geben. Der Name Zorg ist Programm: Nicht nur, dass sie sich als Ideologieblatt mit politischen Hintergrundartikeln, tagespolitischen Kommentaren und Demoberichten darstellen, sie erheben auch noch den Anspruch, "das Politmagazin" zu sein. Um dem Niveau der militanten Skinszene gerecht zu werden, erschienen in den ersten Ausgaben als inliegendes Extra das Skin-Szine „Moonstomp", das bis dahin von der SAF einzeln herausgegeben wurde.

Seit 1997 sind acht Nummern in unregelmäßigen Abständen in einer geschätzten Auflage von ca. 1500 Exemplare beim „Wolf-Verlag Norddeutschland" erschienen. Für das presserechtliche Verantwortung stecht aus Repressionssorgen ein niederländisches Pseudonym, hinter dem der alte holländische ANS-Kader und Worch-Freund Eite Homann steht.

„Juden raus" war zwar die deutlichste antisemitischen Formulierung, doch nicht die erste. „Hey Bubis, liest Du uns?" fragte die Redaktion in Nummer fünf rhetorisch den jüngst verstorbenen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, um ihn als "eine überstaatliche Instanz der politisch-moralischen Kontrolle" zu diskreditieren. Dahinter steckt das neonazistische antisemitische Stereotyp der ZOG („Zionist Occupied Gouverment"), der angeblichen jüdischen Weltverschwörung. In der selben Nummer betonen sie, dass „die Assoziationskette Israel – Juden – Giftgas heute noch ein einzig wirksames Propagandamittel" sei, mit der sich die „One-world-Polizei USA" und Israel gegen Kritik imunisiere. Die Macher des im Zorg beigehefteten Skinzine „Blitzkrieg" gratulierten indes Bubis zu der „Ehre", dass „sein Konterfei das Titelcover des Tonträgers" „Rock gegen oben" der neonazistischen Band „Landser" ziert, die mittlerweile auf dem Index steht. Beim Zorg-Gespräch diffamiert der DVU-Bundestagskandidat Rolf-Josef Eibicht Ralph Giordano als „brandgefährlichen Tugendterroristen".


Der Organisations-Willi Thomas Wulff (li.) und der Bündnis-Fuzzi Dieter Kern

Neben Antisemitismus und Antiamerikanismus stehen die

Redakteure und Autoren für einen Geschichtsrevisionismus, wenn sie beklagen, dass das „Gedenken an die Toten unseres Volkes in Vergessenheit geraten" sei und fordern, den „aufopferungsvollen Kampf jener Soldaten, die damals im Osten verzweifelt gegen die Weltversklavung durch den Bolschewismus" kämpften, zu ehren. Dazu brachten sie in der Nummer sieben einen Reisebericht mit einem SS-Veteranen, der ihnen in der Normandie Bunker- und Befestigungsanlagen des Westwalls zeigte. Ein abstruses Bild von verschwörungstheoretischem Nachkriegsrevisionismus kommt zum Ausdruck, wenn sie die „Neuordnung Deutschlands" auf Kosten des Volkes durch die Sieger beschreiben: „Sie exekutierten an den Wehrlosen ihre Vorstellung von ‚umfassender Umerziehung und Demokratisierung' mit Holzhammer und Brecheisen".

Bei der Darstellung der „Entstehung der nordischen Rasse" oder der Auseinandersetzung um den „Doppelpass", treten die Autoren für „den Kern der Sache: die Rasse" ein, wie sie die Ausgabe fünf titelten. „Nordisches Blut" wird gelobt und vor der „Rassenmischung" gewarnt.

Gerade das Konzept der „Freien Nationalisten", sich in der Nachfolge des nationalsozialistischen Soldaten zu sehen, spiegelt sich in allen Ausgaben des Zorg wieder: die Heroisierung des "ewigen Kampfes der Deutschen gegen die jüdisch-bolschewistische Weltherrschaft" und die Idealiserung des "echten Kämpfer für die weiße Rasse" - NS pur.

Zwar betont der Hamburger Verfassungsschutz, dass das „Zentralorgan" eines der „erfolgreichsten neonazistischen Zeitungsprojekte" sei, doch erst die Kurzformel des nationalsozialsistischen Zorg-Konzepts „Juden raus" veranlasste zum Handeln.

„Wir gehen davon aus, dass wir ausreichend Material gefunden haben, um die Ermittlungen zu einem erfolgreichen Ende zu führen" betont Backer und hofft, daß der Vertreib der Nr. acht unterbleibt und die Macher der Ausgabe strafrechtlich belangt werden. „Um ein grundsätzlichen Verbot des Zentralorgans geht es in diesem Ermittlungsverfahren nicht", wie der Staatsanwalt immer wieder hervorhebt.

NPD Kaiserslautern

Anfang Februar fand im „Barbarossahof" in Kaiserslautern der u. a. in der Januarausgabe des neofaschistischen Periodikums „Nation & Europa" angekündigte Vortrag: „Gesellschaft oder Volksgemeinschaft – Elemente einer neuen Ordnung" des NPD-Vorsitzenden Udo Voigt statt. Eingeladen hatte offiziell der „Politisch-kulturelle Arbeitskreis Pfalz". Dahinter stehen neofaschistische NPD- oder NPD-nahe Strukturen. So teilten sich noch im vorigen Jahr der NPD-Kreisverband, die „Jungen Nationaldemokraten" (JN) und der besagte Arbeitskreis ein Postfach, und obwohl nach Eigendarstellung der NPD Kaiserslautern dortige Veranstaltungen „in Zusammenarbeit mit dem politisch-kulturellen Arbeitskreis Pfalz" durchgeführt würden, taucht allein dieser bei überregionalen Ankündigungen als Veranstalter auf, wohl auch, um den politischen Hintergrund zu verschleiern.

„Sehen, was man zusammen machen kann"

Auch im nördlichen Hamburger Umland sind seit Jahren verstärkte Aktivitäten der „Freien Nationalisten" zu beobachten. Als Reaktion darauf hat sich ein Bündnis gegründet, das mit einer Plakatreihe „Keine Toleranz für Neonazis in Elmshorn und anderswo" forderte. Uwe Zabel, Geschäftsführer der IG Metall Elmshorn, über den Naziterror, dem sich die Gewerkschaft seitdem ausgesetzt sieht, und den Versuch, die Gegenaktivitäten zu bündeln.

DRR: *In Elmshorn gibt es seit einiger Zeit ein breites Bündnis gegen Rechts, das Parteien, kirchliche und private Initiativen, Gewerkschaften und autonome AntifaschistInnen umfasst. Warum regt sich erst jetzt in einem größeren Spektrum Widerstand gegen die seit langem bekannte Organisierung der „Freien Kameradschaften" in der Gegend, die sich auch schon öfter in Übergriffen gegen MigrantInnen etc. geäußert hat?*

U.Z.: Zunächst mal, besser spät als nie. Im April 1999 haben die Neonazis um Christian Worch versucht, eine „Rock gegen Rechts"-Veranstaltung in einem hiesigen Jugendzentrum zu sprengen. Darauf haben der DGB, die IG Metall, die SPD-Bürgermeisterin, ausländische Organisationen und Antifagruppen zu einer Gegenveranstaltung aufgerufen, um das Konzert zu schützen. Wir fanden es aber dann auch notwendig, längerfristig gegen die Nazistrukturen in der Gegend vorzugehen. Das Ergebnis war das Plakat „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen", für das erfolgreich Unterschriften gesammelt wurden. Das fing an mit der Unternehmensleitung einer Elmshorner Autofirma, Gewerkschaften, Betriebsräte, kirchliche Gruppen, Antifagruppen und Initiativen von Einzelpersonen unter der Schirmherrschaft der Bürgermeisterin.

Aber es gab auch schon früher Auseinandersetzungen mit der FAP-Zentrale in Halstenbek, und auch da haben sich verschiedene Antifagruppen, Gewerkschaft und ÖTV sehr bemüht, dagegen vorzugehen.

DRR: *Am 5.Februar fand der jüngste Neonaziaufmarsch in Elmshorn statt, wobei die Polizei die Gegendemonstration des Bündnisses weiträumig von den Nazis fernhielt. Was waren die Hintergründe?*

U.Z.: Nachdem unser Plakat erschienen war, gab es Anschläge auf das Büro der IG Metall und auf die Bürgermeisterin. Ich persönlich bin von Neonazis angegriffen und bedroht worden. Außerdem haben sie die Plakate, die in der Stadt hingen, systematisch zerstört. Der Aufmarsch wurde nicht verboten, obwohl für die JN Clemens Otto angemeldet hatte, der hier bekannt ist, seit er mit einigen anderen Hammerskins in Pinneberg einen Togolesen halb totgeschlagen hat. Um wenigstens zum Teil die Stadt zu besetzen, hat das Bündnis zu einer Kundgebung aufgerufen, an der 600 Leute teilgenommen haben.

Ich denke allerdings, dass in Zukunft dafür gekämpft werden muss, dass nazistische und faschistische Organisationen verboten werden, da auf der Straße diese Aktivitäten nicht zu verhindern sind.

DRR: *Für einen vom Bündnis organisierte Veranstaltung zum Thema „Rechtsrock" habt ihr Polizeischutz angefordert. Was erwartet ihr nun von der Polizei?*

U.Z.: Wir haben der Polizei recht deutlich gesagt, dass sie den entsprechenden Schutz für diese Veranstaltung organisieren muß. Da hat sich durch die Öffentlichkeitsarbeit einiges verändert. Die Leute, die von den Nazidrohungen betroffen waren, wurden offenbar nicht Ernst genommen. Andererseits wurde aber sehr deutlich, dass im Gegensatz zu vollmundigen Ankündigungen der Polizei im Vorfeld die Nazidemo nicht aufgelöst worden ist, als zu Gewalttaten gegen die Bürgermeisterin aufgerufen oder Kay Diesner hochgelobt wurde. In der Zwischenzeit ist aber der Druck so groß geworden, dass die Polizeiführung und das Innenministerium Schleswig-Holstein genötigt sind zu handeln.

DRR: *Erfahrungsgemäß treffen in so breiten Bündnissen, die längerfristig zusammenarbeiten, sehr unterschiedliche Ansätze aufeinander, was zu Spannungen und Auseinandersetzungen führt. Wie geht ihr damit um?*

U.Z.: Es geht darum, mit so einem Bündnis möglichst viele Leute zu mobilisieren, gegen die Nazis vorzugehen. Spannungen gibt es bei der Diskussion um Aktionsformen, weniger um Inhalte, und man muss eben sehr genau sehen, was man zusammen machen kann und was nicht. Es gibt gerade in unserem gewerkschaftlichen Spektrum viele Menschen, die bei bestimmten Aktionsformen nicht mitmachen wollen oder können. Auf der anderen Seite ist das durchaus verständliche Wollen vieler Menschen, den Nazis direkt entgegenzutreten, und es ist eben schwierig, das in der konkreten Situation zusammenzubringen. In Elmshorn konnte man jedenfalls sehen, dass beide Konzepte nicht dazu geführt haben, den Naziaufmarsch zu verhindern.

Das Interview führte Cordelia Heß für die Zeitschrift Der Rechte Rand.

K. Bottermann

Ruhrpottkameradschaft

Nach dem Verbot der FAP und „Nationalen Offensive“ (NO) war es ruhig geworden in der zwischen Dortmund und Bochum gelegenen Ruhrstadt Witten. Neonaziaktivitäten drangen kaum in die Öffentlichkeit. Nachdem der Prozess gegen den NO-Kreisverband Witten 1994 vor der Staatsschutzkammer Dortmund abgeschlossen war, schaffte es nur noch die Privatuniversität von Konrad Schily und die Ringer des KSV Witten, dass der Name der 107000-Einwohnerstadt gelegentlich in den überregionalen Gazetten erschien.

Das Bild der Ringerhochburg hat sich seit einiger Zeit gewandelt. Zwar ringt die Stadt nicht gegen einen erstarkenden Neonazismus an, aber das liegt nicht daran, das es den in Witten nicht gibt. So, wie in etlichen anderen nordrheinwestfälischen Städten, macht sich in der einstigen FAP- und NO-Hochburg eine "Freie", nämlich die "Ruhrpottkameradschaft Dortmund/Witten" breit.

Dass mensch nicht in den Zeitungen liest, wenn Neonazis zuschlagen und ihre Partys feiern, ist sicherlich nicht nur eine Wittener Erscheinung. Die fehlende Berichterstattung über die lokale Neonaziszene im Ruhrgebiet bedeutet noch lange nicht, dass es sie nicht gibt. Seit spätestens 1998 gab es kaum einen Naziaufmarsch, bei dem nicht BombenjackenträgerInnen auftauchen, die auf dem Rücken den Schriftzug "Ruhrpottkameradschaft Dortmund/Witten" trugen. Rund 50 Personen kann die Kameradschaft mittlerweile aus ihrem Umfeld leicht mobilisieren.

Viele fragen sich: "Wie konnte es dazu kommen?", tauchte die Nazigruppe doch auf wie Phönix aus der Asche. Grund für das plötzliche: "Wir sind wieder da" war sicherlich die Ruhe, die eintrat nachdem 1993 die NO verboten und ein Jahr später deren Wittener Führung verurteilt wurden. Damals hatte es das Führungsduo Christian Sennlaub und Andre Krieger, zusammen mit vier weiteren Angeklagten vor Gericht nicht leicht. Warf ihnen die Staatsanwaltschaft doch unter anderem die Bildung einer kriminellen Vereinigung, das Anwerben für die faschistische Legion HOS in Kroatien und einige andere Straftaten vor. Nach Anrechnung der mehrmonatigen Untersuchungshaft kam für die zwei NO-Führer am Ende eine Bewährungsstrafe raus. Ab diesem Zeitpunkt verschwanden dann auch die Wittener Naziaktivisten von der Bildfläche. Lediglich Christian Sennlaub, der im "Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstags Adolf Hitlers" (KAH) das "Referat für Sicherheit" leitete, tauchte noch im Jahr seiner Verurteilung zusammen mit Aktivisten der Bochumer Nazigruppe "Volkswille" beim Hess-Marsch 1994 in Luxemburg auf. Danach gab es nur noch anonyme Sprüh- und Plakataktionen in der Ruhrstadt.

Spätestens seit Anfang 1998 wendete sich das Blatt. Seit dem treten auch in der Ruhrstadt Neonazis wieder öffentlich in Erscheinung. Diesmal nicht unter dem Label einer Partei. Der braune Haufen nennt sich "Ruhrpottkameradschaft Dortmund/Witten" und kann zu den immer stärker organisierten "Freien Kameradschaften" gezählt werden.

Aufbauen konnte die Kameradschaft ihren Sympatisantenkreis unter anderem mittels ihrer Stammkneipe, dem mittlerweile von Ordnungsamt und Gerichtsvollzieher geschlossenen "Deutschen Haus". Hier fanden die Nazis eine gute Ausgangsbasis für ihre faschistischen Aktivitäten, sowie für gesellige Abende. Inhaber der braunen Kneipe war Volker Waue, der Onkel des ehemaligen NO-Mitglieds Thorsten Waue.

In NRW konnte mensch in der vergangenen Zeit zwei Tendenzen in der militanten Rechten beobachten. Nach den Parteiverboten in den Jahren 1992 bis 1995 konnte die JN/NPD von den Verboten profitieren und gewann neue Mitglieder. Vor allem die JN gewann eine neue Bedeutung unter den militanten Neofaschisten. Parallel entstanden nordrhein-westfalenweit



Köln, 2.10.1999 - Rund 500 Personen aus dem neonazistischen Spektrum maschieren umgeben von einem großen Polizeiaufgebot durch Köln. Die NPD hatte die Demonstration angemeldet. Auf dem Bild: Der Wittener Dieter Schulz von der sogenannten "Ruhrpottkameradschaft Dortmund/Witten"

Strukturen der "Freien Kameradschaften". Neben der noch recht jungen "Ruhrpottkameradschaft Dortmund/Witten" haben etliche NRW-Kameraden ihre politische Heimat bei den "Freien" gefunden. Sie verstehen sich als Teil der übergreifenden Struktur "Nationales Bündnis Westdeutschland". Als Kontaktadresse dient die Postfachadresse der "Kameradschaft Duisburg" die sich um den Duisburger Michael Thiel gesellt. Als Kontakttelefon fungiert das bundesweit bekannte "Nationale Infotelefon Rheinland" (NIT), das die "Kameradschaft Düsseldorf" betreibt.

Starke Strukturen der "Freien" finden sich in NRW unter anderem in Ostwestfalen. Hier dominiert die "Kameradschaft Bielefeld/Minden" um Bernd Stehmann das Geschehen der "Freien". Im Sauerland exestiert weiterhin die "Sauerländer Aktionsfront" (SAF). Nach einer kurzzeitigen Lähmung - bedingt durch das Ableben ihrer zwei Führer Kubiak und Zimmermann vor gut zwei Jahren - kann sie wieder auf recht funktionierende Strukturen zurück greifen. Ihr Einfluss greift bis in das Siegerland hinein. Im Köln/Bonner Raum ist unter anderem die von Ralf Tegethoff dominierte "Kameradschaft Rhein/Sieg" zu erwähnen.

Eine Person die bei der „Ruhrpottkameradschaft“ immer wieder in das Visier von BeobachterInnen rückte, ist der als Kameradschafts-Führer anzusehende Carsten Köppe. Erstmals trat er zusammen mit seiner Freundin Sabine Gehrke 1993 namentlich in Erscheinung. Damals versuchte der ehemalige NO-Aktivist Robert Langnickel in Dortmund einen NRW-Landesverband der „Deutschen Nationalisten“ (DN) zu gründen. Unter den vermeintlichen Gründungsmitgliedern die in die Fänge der Polizei gingen, war auch das Nazipärchen aus Witten.

Spätestens seit 1998 war auch in der Wittener Öffentlichkeit die Existenz der Kameraden wahrzunehmen, stand das Jahr doch ganz im Zeichen eines extremen Anstiegs von rechten Übergriffen. Zur gleichen Zeit versuchte das ehemalige NO-Führungsduo Sennlaub/Krieger sich durch zwei pseudo-linke Zeitungsprojekte reinzuwaschen. Eine Zeitschrift Namens "Backstage" tauchte im Ruhrgebiet auf. Herausgeber waren Sennlaub, Krieger und weitere ehemalige NO-Aktivisten aus Witten. Bei näherer Betrachtung entpuppte sich das Pamphlet als eine wirr zusammen gestellte Textsammlung. Sennlaub ging soweit, dass er seinen Wagen mit großen Aufklebern, die den Schriftzug "Backstage" trugen, beklebte. Einige Zeit später tauchte eine, der ehemaligen Wittener Antifazeitung "Antifa'cts" nachempfundene Druckschrift auf. Darin versuchten die Verfasser den ehemaligen FAP/NO-Kader Sennlaub reinzuwaschen. Als Beweis sollten seine angeblichen Kontakte zu ausländischen Freunden herhalten. Gleichzeitig wurde der ehemalige Sennlaub-Weggefährte Martin Brandt - Sohn des ehemaligen SS-Offiziers und "Leithefte"-Machers Johann Brandt - bezichtigt, maßgeblich an einem Überfall auf Linke im Sommer 1998 beteiligt gewesen zu sein. Martin Brandt gehört zum Umfeld der "Ruhrpottkameradschaft". Immer wieder tauchten in seiner Wohnung Mitglieder der "Kameradschaft Dortmund/Witten" auf. Bei einer, einen Tag vor den geplanten Hess-Aktivitäten 1998 von der "Ruhrpottkameradschaft" in Witten durchgeführte Veranstaltungen, tauchte der gesammte rechte Mob auf. Unter ihnen

auch Martin Brandt. Die Organisation hatte der Kameradschafts-Chef Carsten Köppe inne.

Auch wenn die Kameradschaft nach außen immer als Teil der "Freien" in Erscheinung tritt, die engen Kontakte zu der NPD lassen sich nicht verleugnen. Beste Verbindungen bestehen zum Beispiel zwischen Köppe und dem NPD-Vorsitzenden von Südwestfalen, dem Schwelmer Ratsherren Thorsten Crämer. Bei von Crämer organisierten Veranstaltungen des "Deutschen Kulturwerkes" tauchte stets eine Abordnung aus Dortmund/Witten auf. Köppe, der bis zu einem schweren Unfall, bei dem ein Motorradfahrer tödlich Verunglückte, Zugriff auf den Kleinbus des NPD-Landesverbandes NRW hatte, fungierte bei solchen Veranstaltung als Fahrer. Standen Saufgelage der Kameradschaft an, so wurde der NPD-Bus von den "Freien" ebenso benutzt, wie für den Transport von Kameraden zu Demonstrationen und Veranstaltungen.

Auf der KandidatInnenliste zu den Kreistagswahlen 1999 traten dann gleich drei Wittener Nazis aus dem Umfeld der "Ruhrpottkameradschaft Dortmund/Witten" in Erscheinung. Unter ihnen der 30-Jährige Montagearbeiter Dieter Schulz, bei dem schon mal Propagandamaterial für Veranstaltungen der Kameradschaft gebunkert werden und bis jetzt noch kein Kamerad dursten mußte. Regelmäßig werden in dessen Wohnung Saufgelage abgehalten.

Eine weitere schillernde Person ist der 21-jährigen NPD-Kandidat Christian Ribich. Groß in Erscheinung getreten ist er, abgesehen von der NPD-Kandidatur noch nicht, aber der Blick auf seine Meldeadresse, läßt aufmerksame BeobachterInnen der Naziszene aufschrecken. In seinem Paß ist die gleiche Adresse verzeichnet, wie bei dem ehemalige NO-Aktivisten André Krieger.

Michael Quelle

Wehrsportkreuze und Führernachwuchs

Das „Franz Seldte Haus" des „Stahlhelms"

Der „Stahlhelm e.V." ist heute eine kleine neofaschistische Gruppierung mit regionalen Schwerpunkten in Niedersachsen/Hamburg, Rheinland/Pfalz und einem eigenem Landesverband „Flandern" (Belgien). Das oberste Ziel des im Vereinsregister von Düsseldorf eingetragenen Vereins ist nach eigenen Aussagen die „Wiederherstellung des Deutschen Reiches in seinen historischen Grenzen und die Wehrhafterhaltung der deutschen Jugend".

Die „historischen Grenzen" beinhalten für den „Stahlhelm" das heutige Österreich und Gebiete von Polen, Russland, Litauen und Tschechien. In einer Botschaft aus dem Jahr 1998 heisst es: „Der Stahlhelm erklärt, daß er den durch Allierten Druck, unter Mithilfe deutscher Politiker geschaffenen Zustand nicht anerkennt" und „Der Stahlhelm fordert die Korrektur der deutschen Ostgrenzen, er fordert die Hoheit über die völkerrechtswidrig geraubten deutschen Landesteile im Osten und Sudeten."

Das Bundesministerium des Innern beurteilte den „Stahlhelm" in Beantwortung einer kleinen Anfrage der PDS-Fraktion im August 1999 als „rechtsextremistische Gruppierung, deren ideologische Ausrichtung insbesondere von nationalistisch-völkischem, antisemitischem und revisionistischem Gedankengut geprägt ist."

Im Jahre 1996 wurde Günter Drückhammer zum „Bundesführer" des Vereins gewählt. Sein Sohn Kai-Uwe gehört dem Vorstand als „Bundesjugendführer" an, Schwiegertochter Anke betreut das interne „Amt für Information und Werbung". Den Drückhammers gehört ein 2200 qm großes Grundstück in Jork-Klein Hove im Landkreis Stade, an der Landesgrenze von Hamburg. Auf dem Grundstück wird das sog. „Franz Seldte Haus" betrieben, das nach dem Gründer des „Stahlhelms" benannt ist. Seldte war von 1933-45 Reichsarbeitsminister im nationalsozialistischem Deutschland. Im „Franz Seldte Haus" finden seit 1983 bis heute regelmäßig Schulungen, „Führerbesprechungen", „nationale Feiern" und „Ortsappelle" des Vereins statt. In Beantwortung der PDS-Bundestagsanfrage heißt es hierzu:

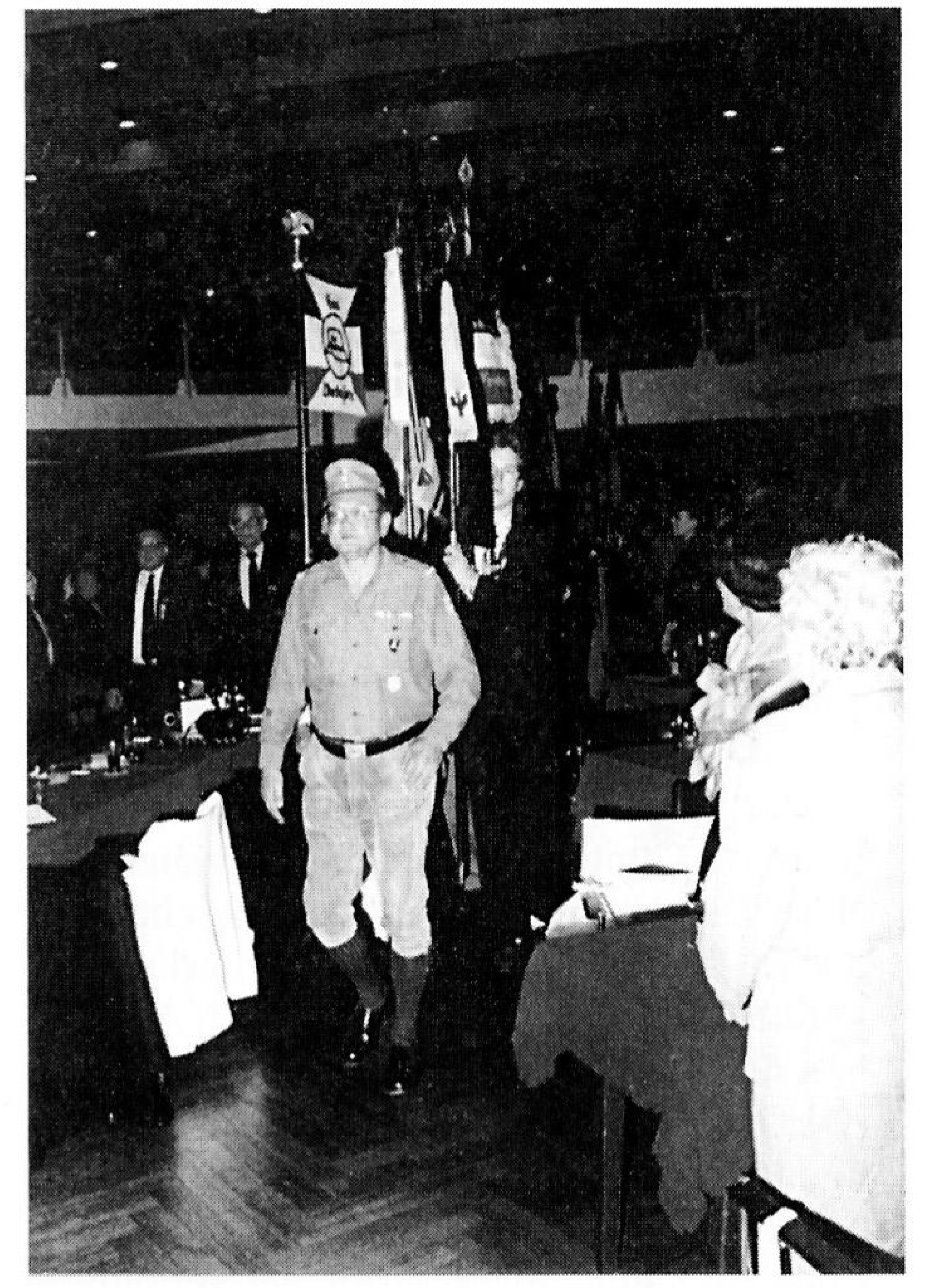
„Das 'Franz Seldte Haus' in Jork (Niedersachsen) fungiert als zentrale Anlaufstelle u.a. für den Bundesverband, die Redaktion der Zeitschrift 'Der Stahlhelm', den Devotionalienverband 'Der Stahlhof' sowie für Veranstaltungen insbesondere der norddeutschen Organisationseinheiten."

Das „Franz Seldte Haus" ist auch regelmäßig Ausgangspunkt für die jährlichen „Wehrsportkreuzprüfungen" des Vereins. Die Prüfungen beinhalten „Gewehrschiessstunde" und „Gewehrschiessen". Der Präsident des niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Rolf Peter Minnier, sagt in Interviews über den „Stahlhelm": „Die theoretische Unterweisung mit Waffen steht im Jorker 'Franz-Seldte-Haus' regelmäßig auf der Tagesordnung" und dass hin und wieder Luftgewehre sowie Kleinkalibergewehre eingesetzt werden.

Die ersten Prüfungen fanden - Treffpunkt war das „Franz Seldte Haus" - Ostern 1987 in Wangersen, Landkreis Stade, statt. Die ersten „Wehrsportkreuze" wurden dann am 20. April 1987 an die Teilnehmer Kai-Uwe Drückhammer, Günter Drückhammer, Manfred Hertlein (OG Bergzabern), Klaus Kämpf (OG Schwabach), Hartwig Friedrich und Hansheinrich Sieber (beide OG Ingolstadt) verliehen. Der 20. April, Geburtstag von Adolf Hitler, wird im Mitteilungsblatt des „Stahlhelms" ebenso wie sein Todesdatum als Gedenktag aufgeführt.

Der Schwabacher Klaus Kämpf, er ist 1998 noch Stützpunktleiter des „Stahlhelms" und bekommt das Ehrenzeichen in Bronze verliehen, vertreibt Antiquariat unter dem Motto „Vergeltung für '45" und vermerkt handschriftlich auf der Bücherliste „für den Ideologieträger! Für den NS-Kämpfer für die Jung STAHLHELMER Familie!".

Hartwig Friedrich ist bis heute langjähriger



Hans Jürgen Hertlein beim Stahlhelmtreffen am 15./16. September 1990 in Gemünd/Eifel.

Funktionär des, vom „Stahlhelm" inzwischen getrennten, bayrischen Stahlhelms, der in Neuburg/Donau ein eigenes Haus betreibt. Das CSU-Mitglied Friedrich betreute jahrelang das Stahlhelm-Archiv und suchte Fahnen, Wimpel, Urkunden usw. für seine „zeitgeschichtliche" Sammlung.

Auf der Mitgliederversammlung des Vereins am 15.Juni 1996 in Jork wurden in den internen „Ehren- und Disziplinausschuß" Klaus-Michael Gräf (Scharbeutz), Hans-Dieter Lanzki (Hamburg) und Andreas Haye (Harburg) gewählt. Haye war auch Ortgruppenführer des „Stahlhelms" im benachbarten Hamburg-Harburg.

Im „Stahlhelm" ist auch Stefan Bliesmer engagiert. Bliesmer kommt aus der Tostedter Skinheadszene, war aktiv bei der FAP, ist 1998 Ortsgruppenführer des „Stahlhelms" im Landesverband Niedersachsen und wurde mit dem Ehrenzeichen in Bronze ausgezeichnet. Roman Greifenstein, er verbüsst zur Zeit eine Haftstrafe, stellte sich 1998 in der Zeitschrift „Der Stahlhelm" 1998 die Frage „Bundeswehr ja oder nein?" die er wie folgt beantwortete: „Denn im Bund zu dienen bringt auch wieder eine militärische Ausbildung mit sich, wie man sie legaler und einfacher nicht erwerben kann. Das kann einmal lebenswichtig für unseren Befreiungskampf sein!"

Das „Franz Seldte Haus“ ist auch Ausgangspunkt für die Kinder- und Jugendarbeit des Vereins. Sie sollen erst im Spielkreis und danach bis zum 16. Lebensjahr im „Scharnhorstbund“ mitmachen. Die Verantwortlichkeit liegt innerhalb des Vereins bei Kai-Uwe Drückhammer und offen wird über die Kinder- und Jugendarbeit zugegeben: „... der Führernachwuchs muß in Zukunft aus unseren eigenen Reihen kommen...“. Einen ersten Auftritt hatten dann die „Jüngsten“, als sie in „STAHLHELM-Tracht“ bei der 15-Jahrfeier der Ortsgruppe Jork des „Stahlhelms“ im Jahre 1998 antraten. Im Mai 1999 wurde dann das „1. Pfingstbiwak“ veranstaltet. Auf dem Programm stand „Flaggenparade“ und der Nachmittagswettkampf beinhaltete: „Bogenschießen, Keulenwerfen, Baumstammschleudern, Staffellauf, Schießen und Hindernisbahn“. Im Sommer 1999 fand dann eine Wochenendfahrt an die Eckernförder Bucht statt, über die dann im eigenem Mitteilungsblatt getitelt wurde: „Auf dem Dienstplan: Übung 'Steilküste'“.

Im August folgte dann ein Zeltlager in Belgien. Die Kindere spielten dort wieder „Wer hat die Fahne“ und mussten die „Fahne unseres Reiches“ erfolgreich verteidigen oder erobern. In Belgien wurde zu diesem militaristischen Spiel die „Reichskriegsfahne“ benutzt.

Deckert weiter in Haft

Der wegen Volksverhetzung verurteilte Neonazi Günter Deckert bleibt weiter in Haft. Der 60-Jährige wird voraussichtlich erst im August die JVA Bruchsal verlassen können. Der Grund hierfür ist nach Angaben des Sprechers des Oberlandesgerichts (OLG) Karlsruhe, Klaus Böhm, die Bestätigung eines Urteils des Landgerichts Mannheim vom November 1998. Das OLG hatte Ende November die Revision der Verteidigung Deckerts gegen das Urteil als unbegründet verworfen. Der frühere NPD-Vorsitzende sitzt seit November 1995 im Gefängnis. Deckert hatte nach Feststellung der Gerichte 1990 eine Veranstaltung mit dem britischen Geschichtsrevisionisten David Irving organisiert.

„Unicum“ wirbt für VDA

In der Januar-Ausgabe des Hochschulmagazins „Unicum“ wird in einem Artikel für den „Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland“ (VDA; früher: „Verein für das Deutschtum im Ausland“) geworben. Der Bericht informierte über Möglichkeiten für Studierenden, im Ausland arbeiten zu können. Neben der „Zentralstelle für Arbeitsvermittlung“ wurde unter der Rubrik „SprachassistentIn in den GUS-Staaten“ auch auf ein Programm hingewiesen, bei dem man für etwa 1.800 Mark brutto pro Monat „vorwiegend“ in „Siedlungsgebieten von Deutschen in der GUS“ arbeiten könne. Die Tätigkeit bestünde in der “Vermittlung der deutschen Sprache und Landeskunde an Schulen, Kulturzentren und Begegnungsstätten in der GUS“. Reisekosten, Visum und Auslandsversicherung würden übernommen, hieß es in dem bundesweit kostenlos an den Hochschulen verbreiteten Magazin.

Andrea Röpke

„Stahlhelm“ in Rheinland-Pfalz

Der „Stahlhelm“-Landesverband Rheinland-Pfalz zeigte im Januar vor der Kamera eines ZDF-Teams sein wahres Gesicht: die braune Truppe treibt keinesfalls, wie es Verfassungsschützer und Polizei so gern verkünden, abgeschirmt von anderen Nationalen ihr Unwesen. Zur Reichsgründungsfeier lud Landesführer Hans-Jürgen Hertlein ins frisch renovierte „Haus der Bewegung“ des Stahlhelm im Dreikönigszug bei Mühlbach/Altenglan zum Vortrag mit dem Ex-MAD-Beamten und „Hetendorf“-Spezi Wolfgang Juchem, ein. Die Veranstaltung wurde erstmalig über das „Nationale Info-Telefon“ der militanten „Kameradschaft Karlsruhe“ angekündigt.

Die zwei Beamten der Polizei in Kusel, die gemeinsam mit den JournalistInnen die ankommenden Gäste aus der Pfalz und Baden-Württemberg beobachteten, waren erstaunt als Hertlein über 50 jüngere und ältere Personen empfing. Gäste in Uniform und mit auffälligem Äußeren sprangen schnell, verborgen hinter einer hohen Hecke, direkt aus dem Wagen ins Haus. Dabei gab es schon im Herbst einen Vortrag mit dem Rechtsextremisten Otto Riehs, bei dem der Erlebnisbericht des „Ritterkreuzträgers“ unter dem Motto „10 Panzer in 20 Minuten“ gefeiert wurde.

Aufgescheucht von Presseberichten und politischen Forderungen aus Niedersachsen ermittelt die Staatsanwaltschaft in Kaiserslautern gegen den „Stahlhelm-Kampfbund für Europa“ und hat jüngst Anklage gegen drei Mitglieder wegen verbotenen Uniformtragens erhoben.

Hinweise auf rege Umtriebe des „Stahlhelm“ gab es aber mindestens seitdem die Militär- und Waffenfans das versteckte Haus am Potzberg mit finanzieller Hilfe des ehemaligen Kripobeamten Heinz Glinz für ca. 250.000 Mark erworben hatten. Denn seitdem treffen sich dort nicht nur Glatzen und Uniformierte zu Renovierungsarbeiten und Wehrsportübungen im Wald, sondern auch Mitglieder der rassistischen „Artgemeinschaft“ des Hamburger Nazis Jürgen Rieger. Nach Polizeiangaben soll auch die heidnische Versandbuchhändlerin Edda Schmidt beteiligt sein. Der rechte Teil des „Stahlhelm“-Hauses gehört Elfrun von Hein, Gattin eines reichen Immobilienhändlers aus der Pfalz und Mitglied im Armanen-Orden, zuständig für den 1996 gegründeten „Halgadom-Kreis“.

„Stahlhelm“-Chef Hertlein ist auch Landesführer der pfälzischen „Gefährtschaft“ der „Artgemeinschaft“,er soll, nach Angaben von Insidern, aber auch Treffen der „ANSE-Arbeitsgemeinschaft Naturreligiöser Stammesverbände Europas“ veranstaltet haben und „Armane“ sein.

Zum harten Kern um Hertlein gehören vor allem Stahlhelm-Führer Michael Heß, ehemaliger Gefolgsmann von Ernst Tag und Ex-JN-Funktionär; Josef Maria Sutter, Waffenbastler und Tattooshop-Betreiber aus der Nähe von Weilerbach, der 1995 an Stefan Michael Bar („Anti-Antifa| Saarpfalz“) und seine Kameraden eine arabische Maschinenpistole für 600 Mark verkaufte, mit dieser Waffe wurde später auf einen türkischen Döner-Laden geschossen. Sutter lernte die Neonazis aus Neustadt an der Weinstraße durch seinen Tattoo-Laden kennen, obwohl die Kripo Kaiserslautern bei ihm mehrer vollautomatische Waffen, tausende Schuss Munition und eine Mine beschlagnahmte und Sutter „Vorstrafen quer durch das Gesetzbuch“ hat, wurde er nicht festgenommen, seine Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt; Heinrich Ide aus Weilerbach, gehörte 24 Jahre zum Wachpersonal des US-Flughafens Ramstein, auch bei ihm wurde eine Maschinenpistole gefunden. Ide ist Frank-Rennicke-Fan, seine Wohnung ist ein einziger Hort von SS- und NS-Devotionalien, seine beiden Katzen tragen die Namen germanischer Götter. Hans Bierwirth und Gerhard Orschel sind Hertlein treu ergeben, Orschel schmiedet in seiner Freizeit Runen für die Kameraden. Die meisten der „Stahlhelm“-Mitglieder haben Kontakt zur NPD oder zu den „Republikanern“. Wie ein ehemaliges langjähriges „Stahlhelm“-Mitglied dem ZDF-Magazin Kennzeichen-D berichtete, soll viele in der Truppe eine Maschinenpistole besitzen.

Die Hausdurchsuchungen der Polizei bei „Stahlhelm“-Mitgliedern 1997 und 1998 fanden im Abstand von drei Monaten statt; Zeit genug um die Waffen aus dem Weg zu schaffen, dass räumt auch die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern inzwischen ein.

Waffen spielen eine große Rolle beim „Stahlhelm“, auch wenn Hans-Jürgen Hertlein immer wieder auf die Bezeichnung „Militärhistorischer Verein“ verweist. Der ehemaliges Landesführer des „Stahlhelm“-Landesverband Saarland, Wolfgang Fritschi verbüßt eine lebenslange Haftstrafe weil er 1996 seine ehemalige Lebensgefährtin mit einer großkalibrigen Waffe auf offener Straße hingerichtet hatte.

Zum „Stahlhelm“-Pfalz gehören auch der ehemalige Leiter einer Zollamtsstelle in Kaiserslautern, Paul Schilling und der Rechtsanwalt Armin Stenger. Peter Morawski aus Limbach, genannt „Nazi-Peter“ ist Mitglied beim „Stahlhelm“-Landesverband Saarland. Auf seinem Grundstück, getarnt hinter großen Bienenstöken sollen weitere Treffen der braunen Militaristen stattfinden. Obwohl der Ortsverband des „Stahlhelm“ in Bad Bergzabern bereits 1966 vom rheinland-pfälzischen Innenministerium verboten wurde und auch der jetzige Ministerpräsident Kurt Beck, sich noch als Abgeordneter 1979 gegen das Treiben der braunen Truppe in seinem Wahlkreis eingesetzt hatten, konnten Hertlein und Kameraden ungestört junge Mitglieder werben.

Das Haus am Potzberg gerät immer mehr als mögliches neues Nazi-Zentrum in die Schlagzeilen. In der Silvesternacht 1998 ballerten Mitglieder wild auf ein Autowrack; jüngere Mitglieder treiben nach Polizeiangaben Wehrsport und wenn Sonnwendfeiern oder andere gesellige Veranstaltungen anstehen, stehen nach Angaben von Anwohnern Wachen vor dem Haus. Besonderes Interesse soll es auch für die verschütteten Stolleneingänge eines stillgelegten Bergwerkes gleich neben dem „Haus der Bewegung“ gegeben haben.

Ulrich Schneider

Geschichtsrevisionismus und Totalitarismusdoktrin

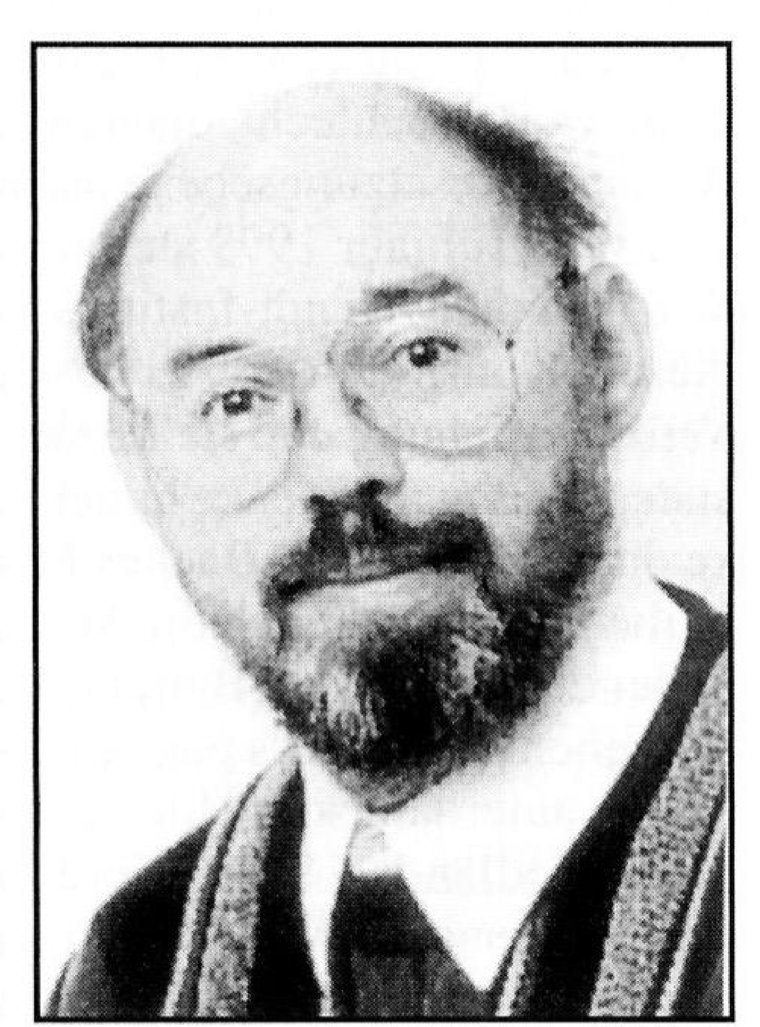
Anfang November letzten Jahres erregte Lothar Fritze, Privatdozent und wissenschaftlicher Mitarbeiter am „Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismus-Forschung“ Dresden (HAIT), mit seiner Antrittsvorlesung an der Technischen Universität Chemnitz über den Hitler-Attentäter von 1939, Johann Georg Elser, Aufsehen.

In dem in der „Frankfurter Rundschau“ veröffentlichten Vortrag sprach er dem Hitler-Attentäter die moralische Legitimation für ein solches Attentat ab, da er erstens als „Durchschnittsbürger“ nicht über eine hinreichende politische Entscheidungskompetenz verfügt habe, um die Folgen seines Tuns in deren ganzen Dimension einzuschätzen, also „seine politische Beurteilungskompetenz überschritten“, und zweitens mit seinem Attentat billigend den Tod unschuldiger Anwesender, nämlich von Besuchern der Veranstaltung in Kauf genommen habe. Eine Unschuldsvermutung könnte bei der getöteten Aushilfskellnerin noch zurecht angestellt werden, bei den „Alten Kämpfern“, die sich im Saal befanden, also NSDAP-Anhängern, die ihren „Führer“ und seine verbrecherische Politik begeistert gefeiert hatten, ist der Begriff „unschuldig“ ganz sicherlich deplaziert. Sicherlich wäre solch ein Beitrag zur Geschichtsrevision weniger beachtet worden, hätten nicht bestimmte Rahmenbedingungen diesen Beitrag politisch so heikel gemacht.

Bemühen um öffentliche Aufmerksamkeit

Der Direktor des „Hannah-Arendt-Instituts“, Klaus-Dietmar Henke, befürchtete störende politische Folgewirkungen einer solchen Position für das Institut und forderte Fritze auf, seinen Beitrag nicht zu veröffentlichen. Dieser ließ sich jedoch nicht davon abhalten. Man könnte meinen, er kalkulierte einen öffentlichen Disput ein, um in der historisch-politischen Debatte endlich wahrgenommen zu werden. Handelt es sich bei Lothar Fritze doch um einen besonders vorschnellen akademischen Nachwuchs aus dem Osten, der auf den richtigen Stufen der Karriereleiter nach oben will.

Schon länger hatte Fritze versucht, im ideologischen Mainstream Karriere zu machen. Man fand ihn im Sommer 1998 bei einer Veranstaltung der "Bundeszentrale für politische Bildung" zum Thema „Demokratie und Diktaturen in Deutschland“ als Moderator des Themenfeldes „Totalitarismustheorie“. Hier, wie in seinem Buch „Täter mit gutem Gewissen“ trieb ihn die Frage um: „Wie können sozialistische Diktaturen in Deutschland in Zukunft verhindert werden? Warum unterstützten Menschen diese Regime?“, wie Kurt Schilde im „Tagesspiegel“ rezensierte. 1999 trat Fritze mit einer Untersuchung „Die Gegenwart der Vergangenheit - über das Weiterleben der DDR nach ihrem Ende“ hervor. Trotz medialer Unterstützung eines Winfried F. Schoeller war diesem Buch jedoch nicht die Aufmerksamkeit beschieden, die Fritze sich vielleicht erhofft hatte. Nun trat er halt mit seiner Provokation zum Thema Johann Georg Elser an die Öffentlichkeit, um endlich - und vielleicht nur negativ - wahrgenommen zu werden.


Unter dem Schutz des Verfassungsschutzes: Eckhard Jesse

Für die geschichtspolitische Bewertung dieses Vorstoßes ist es aufschlussreich, dass Fritze glaubte, einen solchen geschichtsrevisionistischen Ansatz schadlos der Öffentlichkeit gegenüber präsentieren zu können. Selbst wenn man ihm noch den Bonus eines „gewendeten Ostdeutschen“ zugesteht, so zeigt doch diese Haltung, dass einflussreiche Vertreter des akademischen Nachwuchses glauben mit relativierenden und geschichtsrevisionistischen Thesen den ideologischen Mainstream zu treffen. Dabei ist jedoch nicht das Bild des Widerstandes für nachwachsende Generationen suspekt, wie der Kommentator der „ZEIT“ mutmaßte, sondern es handelt sich bei diesen Provokationen um gezielte Versuche einer jüngeren Akademikergruppe, die für geschichtsrevisionistische Thesen offen sind, hier ideologische Bodengewinne zu erzielen.

Rolle des HAIT

Für solche Karriere-Interessen hatte Henke (SPD), selbst ehemals wissenschaftlicher Direktor der „Gauck-Behörde“, jedoch kein Verständnis. Für ihn stand im Zentrum der Überlegungen das Ansehen des "Hannah-Arendt-Instituts", das sich weder international noch gegenüber einem relevanten Drittmittelgeber, nämlich der „Dresdner Bank“, die einen historischen

"Überfälliger Schritt" – „Hans-Böckler-Stiftung“ trennt sich von Bernd Rabehl


Bernd Rabehl

Es war eine Überraschung. Kurz vor Ende der Sitzung des DGB-Bundesvorstandes am 8. Februar in Berlin kam der "Fall Bernd Rabehl" unter dem Punkt Verschiedenes auf die Tagesordnung.

Rabehl darf immer noch als Vertrauensdozent der „Hans-Bökler-Stiftung“ (HBS) tätig sein, was der Vorsitzende der „IG Medien“ Detlef Henschel als bedenklichen Vorgang bezeichnete.

Seit Monaten wird eine Debatte um Rabehls 1998 vor der schlagenden Burschenschaft "Danubia" gehaltene Rede geführt. In dem Vortrag, den verschiedene "neu-rechte" Periodika veröffentlichten, warnte der Soziologie-Professor der Freien Universität Berlin und Alt-68er vor einer "politische Überfremdung" und beklagte die "Zersetzung der nationalen Identität".

Der Auftritt hatte heftige Reaktionen am „Otto-Suhr-Institut“ und in den Medien ausgelöst. Auch aus den Gewerkschaften meldeten sich vereinzelte Stimme gegen Rabehls Thesen zu Wort. Schließlich war Rabehl kurz zuvor für weitere drei Jahre zum Vertrauensdozenten der DGB-nahen Stiftung berufen wurde. Doch erst die Wortmeldung des amerikanischen Politologen Andrei S. Markovitz am 29. Januar fand bei den Verantwortlichen Gehör. Markovitz ordnete Rabehl als "Rechtsextremist" ein, der für "anti-amerikanische und antisemitische Tendenzen in der deutschen Linken" stehe.

Henschels Äußerung löste auf der Tagung "heftigen Ärger" und "allgemeine Betroffenheit" aus. Die anwesenden Vertreter der Stiftung, DGB-Chef Dieter Schulte und die HBV-Vorsitzende Margret Mönig-Raane, versprachen sofort zügiges Handeln. Am 10. diesen Monats wurde auf der Stiftungsvorstandssitzung Rabehl "mit sofortiger Wirkung" von seiner Funktion entbunden.

Als einen "überfälligen Schritt" bewertet Henschel die Entscheidung: Ein Vertrauensmann der Gewerkschaft müsse ein "Mindestmaß an demokratischem Selbstverständnis" haben.

Daß zu spät gehandelt wurde, sieht Nikolas Simon, Geschäftsführer der HBS nicht so. Zwar gehöre jemand, der so eine Rede hält, nicht zu ihnen, meint er, aber er wolle die Beziehung im Einvernehmen lösen, um keinen "Präzedenzfall" zu schaffen. Nur Rabehl zierte sich.

Schon im Frühjahr 1999 hatten sowohl die Hamburger Stipendiaten der Stiftung als auch der Berliner Jugendausschuß der IG-Medien von der HBS gefordert zu handeln.

Der überraschte Rabehl spricht indes weiter von einer Kampagne "dummer Linker", die sich "neue Feinde" suchen müssen.

Andreas Speit

Forschungsauftrag an das Institut übertragen hat, einen ideologischen Skandal leisten wollte und konnte. Und die öffentliche Reaktion auf die Fritze-Thesen, beispielsweise der deutliche Protest von Peter Steinbach und Johannes Tuchel von der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand", sowie die wenig erfreuliche - selbst überregionale - Medienresonanz gab ihm Recht. Für Henke ist der Totalitarismus-Ansatz ideologisch um so erfolgreicher, je weiter er sich von neofaschistischen und revisionistischen Ansätzen abgrenzen lässt. Für ihn gab es daher nur eine Konsequenz: er distanzierte sich in einer Presseerklärung von Fritzes Thesen.

So weit so schlecht, doch es kam eine zweite Auseinandersetzungsebene ins Spiel: Uwe Bakkes, seit Frühjahr 1999 stellvertretender Leiter des „Hannah-Arendt-Instituts", unterstützte in diesem Konflikt Fritze. Er bestärkte ihn bei der Veröffentlichung und stellte sich in der Auseinandersetzung mit Henke hinter Fritze, was Henke dazu veranlasste, Backes Entlassung zu betreiben. Dabei stützten die Mehrheit der Mitarbeitenden sowie des Beirat des HAIT Henkes Vorgehen. Besonders engagierte sich der anerkannte amerikanische Holocaust-Forscher Prof. Saul Friedländer. Dieser forderte Kultusminister Rößler und Wissenschaftsminister Hans-Joachim Meyer auf, Backes und Fritze bis zum 15. Januar zu entlassen, andernfalls werde er aus dem Beirat ausscheiden.

Machtkampf zweier Linien

Es sieht in dieser Auseinandersetzung ganz nach einem Machtkampf zwischen zwei Linien aus: Klaus-Dietmar Henke auf der einen Seite, Lothar Fritze und Uwe Backes auf der anderen, die sich unter Umständen auch in der Besetzung der Leitung dieses Instituts niederschlagen könnte. Backes und seine „Freunde" möchten sich weder das Institut, noch das ideologische Instrument der „Totalitarismus-Forschung" aus der Hand nehmen lassen.

Da dieser Streit - was selten genug geschieht - nicht nur intern ablief, sondern die Medien eingebunden werden, erfuhr der verblüffte Leser, dass sich nicht nur Historiker, sondern auch der Chef des Verfassungsschutzes, Peter Frisch, ein Freund Uwe Backes, in diesen Konflikt einmischte, indem er Henke in dessen Privatwohnung anrief und versuchte, ihn „auf Linie zu bringen". Henke sah seine Position als stark genug an, diese Intervention öffentlich zu machen, was Frisch wiederum zu einem gewissen Einlenken zwang. So dementierte er in einem Brief gegenüber der „Süddeutschen Zeitung", dass Backes und sein wissenschaftlicher Ziehvater Eckhard Jesse, ebenfalls Mitglied im Beirat des HAIT, vom Verfassungsschutz bezahlt würden. Daraufhin polemisierte HAIT-Beiratsmitglied Prof. Werner Patzelt gegen Henke, dieser habe in der Presse ausgestreut, Backes sei ein Agent des Bundesverfassungsschutzes. So offen war es zwar nicht behauptet worden, vielleicht hat Patzelt damit nur ausgeplaudert, was sowieso jeder wusste.

Natürlich bekommt Uwe Backes sein Gehalt vom Land Sachsen. Das hindert ihn jedoch nicht, wenn schon nicht als Agent, dann aber als Einflussagent des Verfassungsschutzes tätig zu sein. Gemeinsam mit Eckhard Jesse, der bereits mit einer Professur an der TU Chemnitz versehen ist, bearbeiten sie in engster Verbindung mit der Kölner Behörde das Thema „Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland". Ulrich Sander betonte in einem Beitrag: „Bakkes und Jesse waren und - vermutlich - sind Verfassungsschutzmitarbeiter, die in Hahnenklee (eine Propagandakonferenz des BMI und des BfV 1991, Anm. d.Verf.) geoutet wurden. Das von ihnen herausgegebene Jahrbuch 'Extremismus und Demokratie' wird vom Verfassungsschutz kostenlos verbreitet; es enthält die Rot-gleich-braun -Dossiers, die aus taktischen wie quantitativen Gründen nicht mehr in den jährlichen Verfassungsschutzbericht hineinpassen."

Rückendeckung erhält diese ideologische Linie durch die sächsische Landesregierung. Der sächsische Kultusminister Matthias Rößler (CDU) schreckte z. B. nicht davor zurück, durch handstreichartige Satzungskorrekturen im Beirat des HAIT Machterhalt zu betreiben. Nach der letzten Landtagswahl ließ er im Dezember 1999 die Zahl der vom Parlament zu bestimmenden Kuratoriumsmitglieder kurzfristig auf zwei reduzieren. Auf Grund des Wahlergebnisses hätte die PDS den dritten Vertreter in dieses Amt entsenden können.

Doch eine solch demokratische Kontrolle könnte einem effektiven Einsatz dieses Instituts und der von ihm vertretenen Totalitarismus-Doktrin als Instrument des Anti-Antifaschismus hinderlich sein. Die Totalitarismus-These, als Kampfbegriff des Kalten Krieges hat sich in der Abwicklung der DDR nach dem Anschluss 1990 durchaus bewährt, nicht allein im Streit um die ideologische Neubestimmung der Inhalte der KZ-Gedenkstätten, wie das Beispiel Buchenwald verdeutlicht: Dort habe, betont Hasko Zimmer (in: Der Buchenwald-Konflikt, Münster 1999), „die Totaliarismus-These, die in den Systemauseinandersetzungen der 50er und 60er Jahre zwischen West und Ost eine erhebliche Rolle spielte, inzwischen eine neue Aktualität gewonnen" und besonders in den politischen Statements zur „Doppelten Vergangenheit" war „eine Tendenz zur Gleichsetzung im Sinne der wiederbelebten Totalitarismustheorie unüberhörbar".

Geschichtsrevisionistische Traditionen

Auf diesem ideologischen Feld gibt es zahlreiche inhaltliche und personelle Schnittmengen zwischen Totalitarismus-Doktrin, ihren vehementesten Vertretern und Geschichtsrevisionismus: Zu den Autoren des HAIT zählt beispielsweise Günther Wagenlehner, der Leiter des Bonner „Instituts für Archivauswertung", über den es in einer Broschüre der VVN/BdA heißt: Wagenlehner referierte Anfang 1999 bei einer „Protestveranstaltung" der rechtskonservativen „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft" (SWG) gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941- 1944" in Kiel. 1997 gab Wagenlehner gar der „Deutschen Wochenzeitung des DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey ein Interview."

Diese Schnittmenge findet man in aller Deutlichkeit auch bei Uwe Backes und Eckhard Jesse, auch wenn man dazu einen Rückblick in ihre akademische Vergangenheit werfen muss. Dabei handelt es sich jedoch weder um „Jugendsünden" noch um „Ausrutscher" im politischen Tagesgeschäft, was die beiden schon vor fast 15 Jahren begonnen haben. Es handelt sich um die Fundierung ihrer geschichtsrevisionistischen Positionen, zu denen nun auch Lothar Fritze hinzugetreten ist.

Dabei war es nicht der Historikerstreit von 1986/87, sondern der Aufschwung der akademischen Geschichtsrevision à la Zitelmann, der mit den Namen Backes und Jesse eng verbunden ist. Bevor sich diese drei Autoren 1990 mit dem Buch „Die Schatten der Vergangenheit, Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus" für eine Relativierung und Entsorgung der faschistischen Vergangenheit einsetzten, traten Backes und Jesse bereits 1986 mit der Studie „Reichstagsbrand - Aufklärung einer historischen Legende" auf den Plan, in dem sie in dem vordergründig historischen Streit um die Täterseite des Reichstagsbrandes Geschichtsabwicklung versuchten. Als ideologischen Streitpunkt erkannte und benannte damals bereits Jesse die Auseinandersetzung um „volkspädagogische" Interessen in Teilen der historischen Forschung, denen er sein „wissenschaftliches Interesse" entgegensetzte, selbst auf die Gefahr des „Beifalls von der falschen Seite", die er bei der "Deutschen Nationalzeitung" ausmachte.

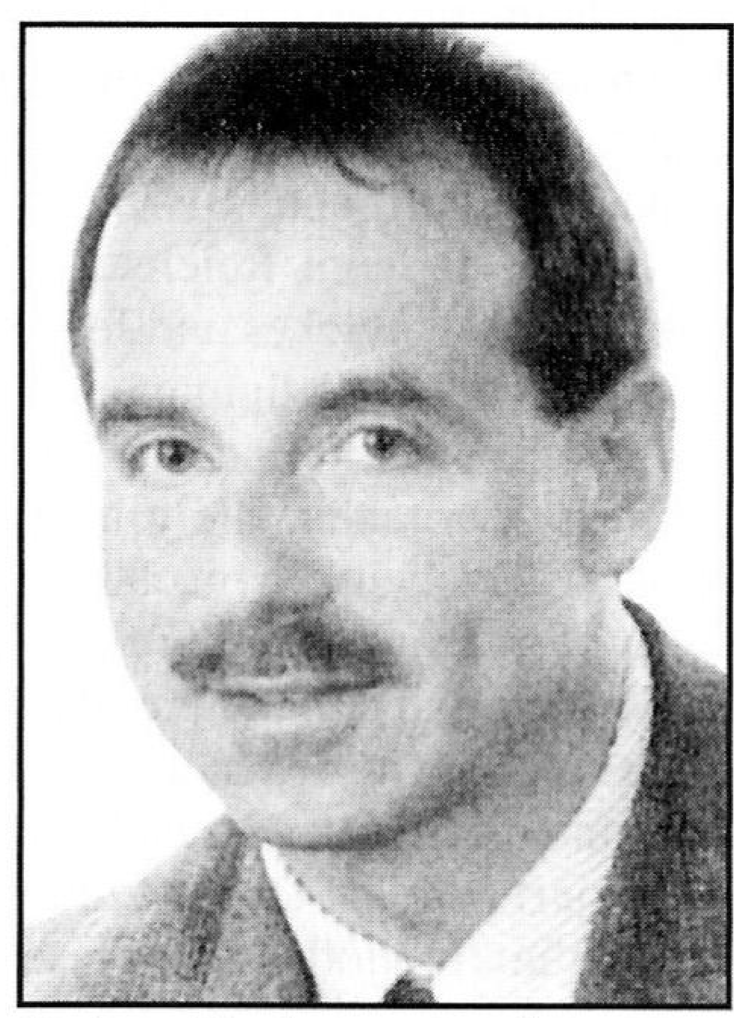
Im Band „Schatten der Vergangenheit" von 1990 definierten sie ihre ideologischen Positionen, von der sie bis heute nicht Abstand genommen haben. Damals ging es in Anlehnung an die Begrifflichkeit „Historisierung" um drei Grundaspekte:

1. Historisierung wurde als Offenheit der historischen Suche begriffen, die keine Schranken akzeptieren kann und damit auch einem Verdikt neofaschistischer Apologetik kritisch gegenübersteht. So wurde dezidiert ein Verbot der Schriften von Arthur Butz, Udo Walendy oder Werner Stäglich, „welche die Massenvernichtung der Juden ... in Abrede stellen" - wie es euphemistisch hieß -, abgelehnt. Dies nicht allein deswegen, „weil der Produzent solcher Literatur es als einen Makel empfinden muß, wenn seine Arbeit sich auf dem Index wiederfindet", sondern auch deshalb, weil doch eigentlich „die rechtsextremistisch gefärbte Literatur zum Teil eine Reaktion auf lange Zeit dominierende Schwarz-Weiß-Stereotypen" der offiziellen Geschichtsschreibung seien.

2. „Wer eine `Historisierung des Nationalsozialismus` fordert, muß darauf gefaßt sein, mit dem ubiquitären Vorwurf der `Relativierung` oder `Verharmlosung` konfrontiert zu werden." Dieser Vorwurf sei „seit langem ein Hemmnis freier historischer Forschung." Doch dies sollte für einen Historiker nicht Schranke, sondern Herausforderung sein, denn „zum Fortschritt der Wissenschaft gehört aber auch und nicht zuletzt der Mut zum Unbequemen." Und so gehörte zu dem Postulat dieses Bandes, ein „Frageverbot" prinzipiell zurückzuweisen. Zwar wusste man selber, dass niemand expressis verbis ein solches Frageverbot formulierte. Die moralische Zurückweisung einer Grenze der Wissenschaft diente jedoch in vielen Fällen nur einer tatsächlichen Neubewertung der Geschichte.

3. Ein grundlegender Vorwurf der Herausgeber war darüber hinaus der einer „volkspädagogischen Einengung" der historischen Forschung. Was sie selber unter „Volkspädagogik" verstehen, wurde nur indirekt deutlich. Sie kritisierten einen „vom Postulat der `Vergangen-

heitsbewältigung` bestimmten moralisierenden Umgang“ mit der Geschichte, der „die Forschung in manchen Bereichen immer noch durch Tabus und wissenschaftsfremde Motive blokkiert“ und forderten: „Rituale einer falschen Unterwürfigkeit müssen überwunden werden.“



Rainer Zitelmann profitiert vom Zitierkartell um Backes und Jesse

Diese Postulate öffneten - durchaus gewollt - auch dem nicht-akademischen Geschichtsrevisionismus ideologisch Tür und Tor, wobei Rainer Zitelmann als Person, sich in seiner Funktion als Lektor des "Ullstein-Verlages" auch praktisch als Türöffner betätigte. Auch wenn sich Backes, Jesse und Zitelmann in der Taschenbuchausgabe von 1992 noch wie „Zauberlehrlinge“, die die Geister, die sie riefen nicht mehr los würden, gegen „Beifall von der falschen Seite“ verwahrten, war das schon damals wenig glaubwürdig. Neofaschistische Geschichtsrevisionisten verstanden schon damals sehr gut, welche Spielraumerweiterung es bedeutete, wenn Backes/ Jesse/ Zitelmann ihre Vorstellungen: Antifaschistische Vorstellungen zu diskreditieren und auch „Gutes im Nationalsozialismus“ benennen und einklagen zu können, durchsetzen könnten. Die positiven Rezensionen in den damaligen neofaschistischen Ideologieorganen ist ein Beleg für deren Einschätzung, die sich bis heute nicht gewandelt hat.

So wird - ganz aktuell - dieses Buch auf der Internet-Seite der militanten Auschwitz-Leugner von der VHO („Vrij Historisch Onderzoek“, Belgien) beworben. Mehr noch, dort findet man in voller Länge als „empfehlenswerte Texte“ den einleitenden Beitrag von Backes, Jesse und Zitelmann, sowie die Einzelaufsätze von Backes zum Reichstagsbrand-Täter und von Jesse zu „Philosemitismus, Antisemitismus und Anti-Antisemitismus - Vergangenheitsbewältigung und Tabus“. Jesse bereicherte damals die Diskussion um einen latenten und virulenten Antisemitismus in der Bundesrepublik um die Erkenntnis, daß „die überzogenen anti-antisemitischen Reaktionen auf den ... Ausspruch des Korschenbroicher Bürgermeisters antisemitische Stimmungen weit stärker entfacht haben als dieser selber.“ Dieses nutze eigentlich den jüdischen Organisationen selber am meisten, denn diese „brauchen Antisemitismus in einer gewissen Größenordnung, um für ihre Anliegen Gehör zu finden“.

Nach dieser Veröffentlichung tauchten Bakkes und Jesse, die mit der Abwicklung der DDR-Wissenschaft ihre Karrieresprünge nach Osten betrieben, weniger im Bereich Geschichtsrevisionismus als vielmehr im anti-antifaschistischen Diskurs auf. Dennoch blieben sie Bezugsgrößen für akademischen Geschichtsrevisionismus, wie die Stellungnahmen im Streit um Rainer Zitelmann oder Karl-Heinz Weißmann zeigen. Gegenseitig versichert man sich, keinerlei Beziehungsnähe zum Rechtsextremismus zu haben. So sprach Eckhard Jesse im vergangenen Jahr zum Thema „50 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ in der Zeitung „MUT“ Rainer Zitelmann und seine geschichtsrevisionistische Veröffentlichungen noch einmal von jeglichem „rechtsextremem Gehalt“ frei. Zitelmann hatte zuvor Karl-Heinz Weißmann einen ähnlichen „Persilschein“ ausgestellt. Im Dezember 1999 bescheinigte nun Verfassungsschutzchef Peter Frisch auch Uwe Backes, dass dieser keineswegs zum Rechtsrevisionismus neige. Man könnte meinen, hier habe sich ein Zitationskartell gefunden, was ungewollt deutlich macht, dass akademischer Geschichtsrevisionismus und Totalitarismusdoktrin politisch wie Zwillinge zusammenpassen. Und so ist der Streit um Fritze Thesen zu Johann Georg Elser damit mehr als nur ein Streit um eine historische Interpretation, es ist ein weiterer Versuch, ideologische Deutungsmacht basierend auf der Totalitarismus-Doktrin auch in der geschichtspolitischen Debatte zu erreichen.

Christian Christians

Hetze in alternativer Zeitschrift

Bisher hatte der Verbreiter antisemitischer Verschwörungsmythen Jan Udo Holey, alias Jan van Helsing, mit Artikeln und Interviews nur in der einschlägigen esoterischen Presse Verbreitung gefunden. In der Ausgabe Januar/Februar 2000 des linksalternativen Blattes „Grow“ wurde nun ein Interview mit Holey veröffentlicht.

Die Zeitschrift „Grow“ berichtet über Drogen und setzt sich für deren Legalisierung ein. Neben esoterischen Themen finden sich in ihr auch Berichte und Interviews über die Musikszene. So wurde neben Holey auch Campino von den Toten Hosen interviewt.

Die Neigung zu verschrobenen Themen und Ansichten in der „Grow“ ist nicht neu. In der letzten Ausgabe 1999 fand sich z.B. die Rezension eines Buches mit Botschaften von angeblichen Außerirdischen. Das Buch mit einer schlichten Botschaft von Liebe und Natureinheit empfiehlt der Rezensent „so manch einem Herrschenden“ zur Lektüre. Nach der Explosion des Wagens von Tobi Blubb, von dem in der „Grow“ eine Astrologieserie abgedruckt wurde, spekulierte der Autor eines Artikels in der August/September Ausgabe 1996 ob dahinter „irgendein Geheimdienst, eine Geheimgesellschaft oder gar die Illuminaten höchstpersönlich ... standen“. Die Illuminaten sind für Gläubige des Verschwörungsmythos der letzten zweihundert Jahre die Drahtzieher der Weltverschwörung.



Jan van Helsing

Seit der Existenz des **grow!** Magazins hat es noch nie so viel Wirbel um ein Interview gegeben, wie in dem Fall von Jan van Helsing. Allein der Gedanke an eine derartigen Artikel hat bei einigen unserer Leser bereits die schlimmsten Befür tungen ausgelöst, die bis zu persönlichen Beschimpfungen von redAktions-Mit dern führten!!! Als offener und toleranter Mensch fragt man sich natürlich sch Grund für diese Hetzjagd. Man bekommt die prompte Antwort: Weil es sich bei … um einen Neonazi handele, der seine faschistoide Propaganda über esoterische Schie- Medien wie die **grow!** die sicher eher dem linken Spektrum zuzuordnen ist, einge- at.

Vorwurf, daß die **grow!** von Neonazis unterwandert sei!!! Das kann natürlich nicht und toleriert werden. Doch da die **grow!** redAktion aus nicht so vielen, überschaubaren steht, die sich zudem gut kennen, mußte die Untersuchung schnell in eine Sackg- nd um da wieder raus zu kommen, wollen wir uns dem Thema Jan van Helsing nun erst recht widmen.

rene **grow!** Leser wird sich schon denken können, daß die Er- unserer Recherchen ein anderes Bild ergaben, als das, was uns ller Seite, aber auch von der AntiFa und verschiedenen Medi- worden war.

n, wer Jan van Helsin[illegible] ist und was er wollen [illegible] nken, e Ver-

Ausriss aus der Zeitschrift „Grow“

Auch Jan Udo Holey glaubt, dass die Geheimgesellschaft von Radikalaufklärern wie Freiherr von Knigge aus dem 18. Jahrhundert noch heute existiere und das Weltgeschehen lenke. Als Beweis dafür führt er im „Grow“-Interview aus, dass auf dem Hologramm der EC-Karten ein Mann zu sehen sei, „der unserem ehemaligen Bundeskanzler sehr ähnlich sieht“ und sich hinter ein Ohr fasse. Dies soll eine geheimes Symbol der Weltverschwörer sein.

Wie die Nazis sieht auch Holey die Juden als die Drahtzieher. Sie würden „Hass schüren“ und an eine „menschenverachtende“ Schrift glauben. Damit auch jeder begreift, dass mit diesen Aussagen die Juden und der Talmund gemeint sind ohne diese direkt zu benennen, führt Holey aus, dass er nicht offen sagen dürfe, wen er meine, da er sonst wegen Volksverhetzung belangt würde. Die „Grow“-Redaktion stellt sich trotz solcher Aussagen hinter Holey. Der Antisemitismus Holeys, den dieser in seinen beschlagnahmten Bücher „Geheimgesellschaften“ Teil I und II sehr offen verbreitet, wird zum Gerücht erklärt und die Behauptung aufgestellt, es gebe hierfür keine Beweise. Das und warum juristisch gegen Holey vorgegangen wurde, verschweigt „Grow“.

Obwohl nach der Ankündigung des Interviews mit Holey die Redaktion nach eigener Aussage eine Vielzahl von Briefe erhielt, druckte sie nur ein simpel formuliertes Schreiben ab. Eine längere E-Mail mit Hintergrundinformation wurde sogar an Holey weitergegeben. Die Redaktion behauptet, selbst recherchiert zu haben. Dabei habe sie herausgefunden, dass von „offizieller Seite“ und von „der AntiFa“ ein falsches Bild vermittelt werde. Da Holey, so die „Grow“, erkannt habe, dass die Antifas „in einigen Bereichen nicht besser“ seien als „manche Neo-Nazis“, habe sich Holey von diesen getrennt. Deshalb verbreite die Antifa „die entsprechende Propaganda“. Das Interview wird ausgeschmückt mit einer Vielzahl von Fotos und Grafiken, auf denen angeblich deutsche Ufos zu sehen seien. In Holeys Veröffentlichungen über die Nazis ist der Holocaust kein Thema. Für ihn sind diese geniale Erfinder von Ufos. Die Zeitschrift „Grow“ kündigte bereits an, sich auch in weiteren Ausgaben mit Holey zu beschäftigen.

Karl Chemnitz

Akademische Anti-Antifa

Grundsätzlich geht es den akademischen Streithammeln im „Elser-Konflikt" um einen bestimmenden Einfluss auf die Lehrinhalte im Bildungswesen. Schon 1986 schrieb der unsägliche Michael Stürmer im Rahmen der „Historiker-Debatte" in der FAZ, „dass in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet".

Der sächsische Gymnasiast „erlernt die Merkmale eines totalitären bzw. autoritären Staates am Beispiel der DDR und vergleicht deren Strukturen mit dem 3. Reich." So steht es jedenfalls im sächsischen Lehrplan für das Gymnasium. Lehrer/innen werden an sächsischen Universitäten auf diese Aufgabe hin getrimmt, z. B. von Professoren und Dozenten an den Universitäten in Chemnitz und Dresden: Backes und Jesse. Das Hannah-Arendt-Institut in Dresden garantiert mit seinem satzungsgemäßen Auftrag, dass der Stoff nicht ausgehen wird: „Aufgabe des Institutes ist es", laut § 1 der Satzung vom 5. April 1995, „in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dresden ,in interdisziplinärer Arbeit von Historikern und Sozialwissenschaftlern die politischen und gesellschaftlichen Strukturen von NS-Diktatur und SED-Regime sowie ihre Folgen für die Gestaltung der deutschen Einheit zu analysieren (...)." Fortschrittlichere Mitglieder des Beirates wie Saul Friedländer haben dieser Satzung zugestimmt. Von dem jetzigen Leiter Klaus-Dietmar Henke ist der Satz bekannt: „Im Vergleich zur Stasi war die Gestapo - was das Hineinfingern in die Privatsphäre ihrer Opfer angeht - eine Laienspielgruppe." Ideologisch sind zunächst wenig Unterschiede zwischen dem bekennenden Sozialdemokraten Henke und Backes zu erkennen. Rein äußerlich tobt zwischen den beiden ein typischer, männerbündlerischer Hahnenkampf wie er an einer deutschen Universität tagtäglich stattfindet.

Interessant ist der gesellschaftlich-politische Hintergrund auf dem die beiden ihren Machtkampf entfalten. Der rechtsozialdemokratische Henke wird vermutlich diesen Kampf verlieren. Eckhard Jesse hat in der „Welt" gedroht, Henke seine Zustimmung bei der Wiederwahl 2001 zu versagen. Hier wird ihm der Kultusminister Rößler (CDU) beistehen. Jesse repräsentiert beileibe nicht den wertneutralen Wissenschaftler, für den er sich gerne ausgibt, sondern bedient neben gängigen rechtskonservativen auch faschistoide Zirkel. Als Betreiber des „Veldensteiner Kreis zur Geschichte und Gegenwart von Extremismus und Demokratie", regelmäßiger Autor des ehemaligen Nazi-Blattes „Mut" und Co-Autor (Schriftenreihe der „Gesellschaft für Deutschlandforschung") des notorischen Anti-Kommunisten Konrad Löw, dem eine Nähe zur „Mun"-Sekte nachgesagt werden konnte, hat sich Eckhard Jesse seit seinen gemeinsamen Publikationen mit dem Hitler-Verehrer Rainer Zitelmann in der akademischen Szene der Bundesrepublik ganz weit rechts exponiert. In antisemitischen Kampforganen wie dem VHO und dem „National Journal" werden sie gerne als wertvolle Zeugen dafür herangezogen, den „Holocaust" zu leugnen und zu beschönigen. Dem Veldensteiner Verein gehören neben Jesse, Zitelmann, Backes auch zwei Mitarbeiter Jesses von der TU Chemnitz an. Am Wochende vom 13./14. November 1999 tagte auf Einladung Jesses auf Burg Veldenstein der „Veldensteiner Kreis zur Geschichte und Gegenwart von Extremismus und Demokratie". Einer der Hauptredner war Bernd Rabehl mit dem Thema „Waren Teile der Studentenbewegung nationalrevolutionär?". Bernd Rabehl, früher in der vordersten Linie beim „Sozialistischen Deutschen Studentenbund" (SDS) beklagte 1998 das „Problem der Überfremdung" Deutschlands und den „Schuldpranger der deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg". Scheinbar völlig untergegangen ist die historische Tatsache, dass Burg Veldenstein der Wohnsitz von Emma und Edda Göring war und der „Reichsfeldmarschall" sich vor großen Kriegseinsätzen wie dem „Russlandfeldzug" dort erholte. Bis heute hält sich der Verdacht, dass im oberfränkischen Veldenstein noch Teile der Göringschen Raubsammlung verborgen seien. Göring scheint auf Jesse und Backes eine besondere Anziehung auszuüben. Ihren Einstieg in die „neu"-rechte Ecke begannen die beiden mit pseudowissenschaftlichen Beiträgen zur Schuldfrage der Nazis beim Reichstagsbrand vom 28. Februar 1933. Backes und Jesse sprachen Göring von jeder Beteiligung an der Brandlegung frei. Nach dem sich Ende des letzten Jahres neue Tatsachen ergaben, die eine Beteiligung der Nazis wahrscheinlich machen, äußerte sich Jesse in der sächsischen „Freie Presse" sogleich abwertend und behauptete, dass die Tatsachen nichts Neues enthielten und in der DDR längst bekannt waren, dort aber nicht dementsprechend publiziert wurden. Die Abteilung der Chemnitzer Seminarbibliothek, die Jesse betreut und die öffentlich zugänglich ist, fällt durch die Vielzahl von Werken auf, deren Autoren als neofaschistisch bezeichnet werden können.

Mit der Herausgabe des Jahrbuchs „Extremismus & Demokratie", das als (pseudo)-wissenschaftlich unterfütterter VS-Bericht angesehen werden kann, haben sich beide darüber hinaus einen Info-Pool geschaffen, mit dem sie durch Denunziation insbesondere der Antifa renommieren. Den aktuellen Konflikt am „Hannah-Arendt-Institut" werden sie in der neuen Ausgabe ihres Jahrbuchs weiter schüren. Eckhard Jesse hat erklärt, die Langfassung des Beitrags von Fritze weiterhin publizieren zu wollen, weil dieser „wissenschaftlich vertretbare Positionen verficht".

Johann Georg Elser wird mit der Attacke von Fritze öffentlich das Etikette eines „Extremisten" angehängt, Hitler und Konsorten als mögliche Opfer eines Extremisten-Anschlags gehandelt. Mitte Februar veranstaltete das „Hannah-Arendt-Institut" ein dreitägiges Symposion „Die Erblast kommunistischer Ideologien im 20. Jahrhundert". Neben Backes, Fritze, Jesse, Löw durfte auch der Herausgeber des „Schwarzbuch Kommunismus", Stéphane Courtois, referieren. Der Kampf gegen den Kommunismus geht in alter „Kalter-Krieg-Mentailität" weiter. Mit Johann Georg Elser wird nun auch ein waschechter Autonomer in diesen Kampf einbezogen.

„Universelles Leben"

Der „Jungen Union" (JU) Neu-Isenburg wurde es vom Oberlandesgericht Darmstadt untersagt, weiter zum Boykott von „Gut zum Leben Nahrungsmittel von Feld und Hof GmbH" (GzL) und dem zu einer bundesweiten Kette gehörenden örtlichen Bioladen aufzurufen. Die GzL gehört zu den Firmen und Organisationen rund um die Sekte „Universelles Leben" und ihre „religiöse Führerin" Gabriele Wittek. 1995 bescheinigte ein bayerisches Verwaltungsgericht der ein Konglomerat aus Christentum, Astrologie und Esoterik propagierenden Sekte einen "Hang zum Totalitären". Die klagefreudige Sekte musste vor dem OLG Frankfurt außerdem hinnehmen, dass in einem kritischen Fernsehbericht über sie die Bezeichnungen „Seelenfänger", „Seelenkartell", „Ausbeutung" sowie „Hungerlohn" als vom Grundgesetz gedeckt angesehen wurden. Nach Auffassung des OLG Darmstadt hat jedoch die Glaubenszugehörigkeit der Betreiber und Mitarbeiter der GzL nichts mit dem Vertrieb von Bio-Produkten zu tun. So erklärte Richterin Irene Bickler die GzL sei eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung und es sei nicht bedeutsam, dass die Einnahmen möglicherweise an „Universelles Leben" fließen. Die Mitglieder der GmbH machen nichts anderes, als Gemüse anzubauen.

Kositza bei den Burschen

Ein „Burschenschaftlicher Abend" (BA) der besondern Art fand am 13. Januar bei der „Frankfurt-Leipziger Burschenschaft Arminia" statt. Im Rahmen der Vortragsreihe zu allgemeinpolitischen, akademisch-relevanten oder historischen Themen referierte Ellen Kositza alias Ellen Schenke, langjährige Autorin der rechtsradikalen Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF), über: „Die desolat verkommene und wertelose Gesellschaft als Folge von Emanzipation/ Feminismus - warum die deutsche Frau die Emanzipation nicht braucht". Als Referentin trat Kositza in der Vergangenheit unter anderem bereits bei einem „Wartburgfest" der „Deutschland-Bewegung" Alfred Mechtersheimers oder bei den „Republikanern" (REP) in ihrem Heimatort Offenbach auf.



Ellen Kositza

Ulrich Schneider

Irving vor Gericht

Wieder einmal steht David Irving, notorischer Geschichtsrevisionist und Auschwitz-Leugner, vor Gericht. Seit dem 11. Januar diesen Jahres läuft in London vor dem Royal High Court ein Zivilprozess. Nur ist diesmal nicht Irving der Angeklagte. Er tritt auf als Kläger gegen den Verlag Penguin-Books und seine Autorin Deborah E. Lipstadt wegen Beleidigung, übler Nachrede und Geschäftsschädigung.

Anlass war die Veröffentlichung von Lipstadt, Professorin an der Emory University of Atlanta, Geogia, die 1993 in den USA unter dem Titel „Denying the Holocaust. The Growing Assault on Truth and Memory" erschien.

Lipstadt beschäftigt sich in ihrer Arbeit ausführlich mit den Hauptrepräsentanten der Auschwitz-Leugnung in den USA, ihren organisatorischen Strukturen, ihrer Methodik und den Versuchen, öffentliche Aufmerksamkeit für ihre geschichtsrevisionistischen Thesen zu erzielen. Besonders setzte sich Frau Lipstadt mit dem „Institut for Historical Review" (IHR) und ihrem Aktivisten Willis A. Carto auseinander. Gegenstand der Untersuchung waren auch die Versuche der Gruppe, in akademisches Milieu einzudringen und ihre pseudowissenschaftliche Thesen zu verbreiten, zum Beispiel in der Person von David Irving, der sich nicht erst mit seinem Vorwort zum „Leuchter-Report" offen als Auschwitz-Leugner gezeigt hatte.

Die Arbeit von Lipstadt erschien 1994 auch in der Schweiz, 1995 folgte die Ausgabe von Penguin-Books in Großbritannien und 1996 eine Taschenbuchausgabe im Rowohlt-Verlag unter dem Titel „Leugnen des Holocaust. Rechtsextremismus mit Methode".

Dies war nicht die erste kritische Veröffentlichung über Irvings Geschichtsfälschung, aber - auf Grund der Autorin und der Verlage, in denen die Studie veröffentlicht wurde - eine der wirkungsvollsten. Tatsächlich trug auch diese publizistische Enttarnung dazu bei, dass Irvings Möglichkeiten eingeschränkt wurden, mit seinen Geschichtsfälschungen Geld zu verdienen.

Denn man sollte nicht übersehen, dass die Verbreitung geschichtsrevisionistischer Literatur neben der ideologischen auch eine ökonomische Dimension hat. Es ist nicht allein in der BRD ein lukrativer Markt im neofaschistischen und rechtskonservativen Spektrum. Die Medienimperien des Gerhard Frey und der Buchdienst des Wigbert Grabert stützen sich gerade auf diesen Markt und diese Literatur.

In der Szene der Ewiggestrigen fiel Irving zum ersten Mal 1963 durch sein Buch über die Bombardierung Dresdens im Februar 1945 auf. Nach seinen eigenen Angaben brachte ihm das Buch soviel Geld, dass er sein Studium abbrach und als freier Schriftsteller arbeitete. In rechten Kreisen lobte man ihn, da er als Engländer diese Militäraktion als „alliiertes Kriegsverbrechen" bezeichnete und damit die Möglichkeit offerierte, die Toten von Dresden gegen die Opfer der faschistischen Massenverbrechen aufzurechnen. Das Buch erlebte Anfang der 90er Jahre eine Renaissance, als nach dem Ende der DDR die neuen Stadtväter von Dresden nichts eiligeres zu tun hatten, als Irving zu einem Vortrag einzuladen.

Seinen Ruf als Koryphäe im Geschichtsrevisionismus erwarb sich der abgebrochene Geschichtsstudent mit seiner Veröffentlichung „Hitlers Krieg" (1977). Hierin behauptete er unter anderem, dass der Mord an den europäischen Juden ohne Hitlers Wissen und gegen seinen Willen durchgeführt worden sei. Die Fachhistoriker staunten zwar über die Faktendichte dieses Buches - zeitweise wurde Irving auch als „Trüffelschwein der zeitgeschichtlichen Quellensuche" bezeichnet -, ließen sich jedoch dadurch nicht von Irvings Uminterpretationen der NS-Vergangenheit überzeugen. In einer ausführlichen kritischen Rezension setzte sich damals Wolfgang Benz mit der inhaltlichen Aussage und der bereits erkennbaren Methode der Geschichtsleugnung auseinander.

So ausgewiesen war Irving in den 80er Jahren ein gern gesehener Gast bei Frey und anderen Neofaschistischen. So trat er z.B. bei Tagungen der „Gesellschaft für freie Publizistik" als Redner auf. 1982 verlieh ihm die „Deutsche National-Zeitung" den „Europäischen Freiheitspreis" und 1985 die DVU den „Hans-Ulrich-Rudel-Preis". Diese Preisverleihung korrespondierte mit einem gesteigerten Absatz seiner Bücher in Freys Buchdienst, so dass beide Seiten reichlich davon profitierten. Zwar erschienen Irvings Bücher noch in etablierten rechtskonservativen Verlagen der BRD („Herbig" und „Ullstein"), doch sie gehörten längst zum Standard-Repertoire der neofaschistischen Geschichtsleugner. Mittlerweile wird er im deutschsprachigen Raum nur noch in offen faschistischen Verlagen, wie „Arndt", „Druffel" und „Grabert-Verlag", verlegt.

Im Zusammenhang mit dem Prozess gegen Ernst Zündel und dem damals erstellten „Leuchter-Report" ging Irving 1988 endgültig zu den offenen Auschwitz-Leugnern über. Hatte er zuvor noch den Holocaust als historische Tatsache anerkannt, folgte er nun den militanten Neofaschisten, indem er erstens die Massenvernichtung von Juden in Frage stellte und zweitens diese historische Tatsache als Lüge der Juden bzw. Israels darstellte, die damit Milliarden Entschädigung aus Deutschland erpressen würden. Konsequenterweise trat er daher am 21. April 1990 bei seiner Vortragstournee durch die BRD auf der von Bela Althans koordinierten Münchener Geschichtsrevisionisten-Versammlung „Wahrheit macht frei" auf. Ein Jahr später sah man ihn erneut beim „Revisionisten-Kongress" in München.

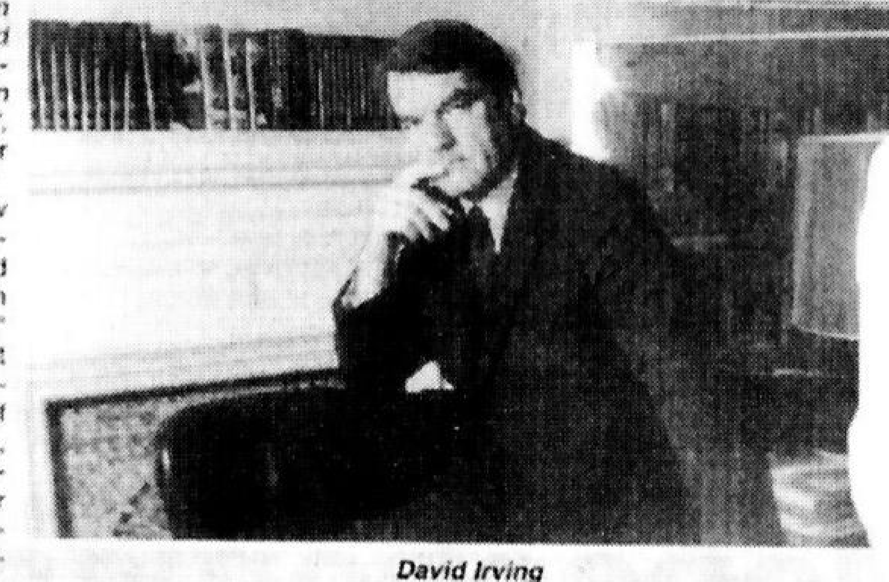
Diese Aktivitäten wurden ihm in der BRD jedoch zum Verhängnis. Zu einer Geldstrafe von 30.000,- DM im Jahre 1993 wegen wiederholter Verbreitung der „Auschwitz-Lüge" kamen weitere Sanktionen, wie ein Hausverbot im Bundesarchiv Koblenz und ein dauerndes Einreiseverbot für die BRD, wodurch seine Einkünfte aus Vortragstätigkeit empfindlich geschmälert wurden. Diese „Geschäftsschädigung" lastet Irving unter anderem dem Buch von Frau Lipstadt an.

Mit der Herausgabe des Lipstadt-Buches in Großbritannien erhob Irving 1995 Klage gegen den Verlag. Bezeichnenderweise ging er jedoch weder gegen die amerikanische, noch gegen die deutschsprachigen Ausgaben juristisch vor. Er reichte seine Klage in London ein, da ihm dort die juristischen Möglichkeiten am geeignetsten erschienen. Das hat mit bestimmten Eigenheiten des britischen Rechtssystem zu tun.

Dazu gehört beispielsweise, dass es in England noch keine generelle Strafbarkeit der Holocaust-Leugnung gibt. Irving setzt sich also mit seiner Klage nicht der Gefahr aus, selbst belangt zu werden. Zweitens ist es im britischen Strafrecht die Aufgabe des Beklagten den Wahrheitsbeweis für Behauptungen zu erbringen, nicht die Verantwortung des Klägers die Unrichtigkeit der Aussage nachzuweisen.

Drittens eröffnet das britische Prozessverfahrensrecht Irving die Möglichkeit seine eigene juristische Vertretung vor Gericht zu übernehmen. Das hat für ihn zwei gravierende Vorteile. Erstens kann er - unter dem Schutz der gerichtlichen Öffentlichkeit - seine Positionen im Originalton verbreiten und die Zeugen der Gegenseite im rahmen der eigenen Strategie direkt behindern. Zweitens hat diese Regelung finanzielle Konsequenzen. Sollte Irving den Prozess verlieren - was nach dem gegenwärtigen Stand des Verfahrens nicht unwahrscheinlich ist -, könnte er sich als mittellos erklären und die Kosten des Verfahrens, die sich durchaus auf einige Millionen Mark belaufen, verblieben bei den jeweiligen Prozessgegnern. Hätte er einen Rechtsanwalt, dann würde - im Falle der Klageabweisung - auch dieser mit seinem Vermögen bzw. seiner Versicherung für die Kosten der Gegenseite zu haften.

Ungeachtet solcher Überlegungen hat sich der Penguin-Book Verlag sehr sorgfältig auf dieses Verfahren vorbereitet. Renommierte Zeit-



r. 4 / 21. Januar 2000 National•Zeitung

'm Kreuzverhör: David Irving

Wir sprachen mit ihm über seinen „Jahrhundert-Prozess"

...h die Behauptungen in dem ‚Denying the Holocaust' wird ...Ansehen als Mensch und als His...er verunglimpft, meine Laufbahn ...hädigt. Es ist eine Verleumdung", ...t David Irving im Gespräch mit der ...al-Zeitung.

...Zeitschrift „Newsday" (New ... bezeichnet Irvings Ehrenschutz...ss gegen Deborah Lipstadt und Penguin Books Verlag als den ...zess des nächsten Jahrhunderts" ...alle, die sich mit dem Holocaust ...ssen. Irving verlangt Schadenser... und Unterlassung in Bezug auf ...nlange Darlegungen Lipstadts, ...ch er sich der Mittel der Beweis...okumentenmanipulation und der ...übersetzung bediene, ein Vereh...lers und ein Neonazi sei, ein Ho...st-Leugner, durch dessen Beauf...g im Zusammenhang mit den ...bels-Tagebüchern im Jahre 1992 Londoner „Sunday Times" ihre ...rnalistische Ethik" in den Wind ge...lagen habe.

„Millionenaufwand der Gegenseite"

David Irving

...de" aufdecken, verweist auf Querverbindungen, die der Beklagtenseite dienstbar seien. Unter anderem habe eine britische jüdische Organisation seine Verhaftung in Deutschland verlangt, ihm liege auch Korrespondenz dieser Organisation mit dem deutschen Verfassungsschutzamt vor. Mit Blick auf den ...

Gern gesehener Gast bei Freys DVU: David Irving - hier ein Ausriss aus der „National-Zeitung"

historiker, wie z.B. Christopher Browning, Richard Evans, Peter Longerich und Robert Jan van Pelt wurden als sachverständige Zeugen gewonnen. Umfangreiche Analysen von Irvings Veröffentlichungen sowie zu Fragen der Holocaust-Forschung wurden erstellt und zu Verfahrensbeginn vorgelegt. Auf der Grundlage dieser Materialien bezeichnete Richard Rampton, Chef-Verteidiger des Verlages, in seinem Eingangsstatement Irving als „Fälscher der Geschichte" und als „Lügner": „Irving benutzte viele verschiedene Formen der Geschichtsfälschung: Erfinden, falsches Zitieren, Auslassen, Übertreiben, Manipulieren und - nicht zuletzt - falsches Übersetzen." Rampton präsentierte dem Gericht die dokumentarisch belegte Irving-Rede von 1991, in der er Auschwitz als „Quatsch" und „Legende" bezeichnete. Irving damals wörtlich: „I'm going to form an Association of Auschwitz survivors, survivors of the Holocaust and other liars, or the A-S-S-H-O-L-S."

Irving selbst versucht das Verfahren für eigene Publizität zu nutzen. Seine Argumentationsstrategie läuft nach dem Muster:

Er sei Verfolgter einer jüdischen Verschwörung gegen ihn. Auf seiner Internet-Homepage und in einem Artikel der „Deutschen National Zeitung" werden konkret die „Anti-Defamation-League" und die jüdische Publizistin Lipstadt genannt. Gleichzeitig versucht er sich als einzigen Kenner aller relevanten Quellen zur NS-Geschichte zu präsentieren. So versucht er beispielsweise die Ausführungen von sachverständigen Zeugen mit Hinweis auf andere Dokumente, die Gegenteiliges belegen sollen, zu widerlegen. Welche „Übersetzungskünste" Irving dabei an den Tag legt, zeigt sein Versuch, die eindeutige deutsche Formulierung: „Alle Juden müssen dran glauben" im Englischen mit der Formulierung „All Jews have to believe it" zu übersetzen.

Fast tagesaktuell findet man Irvings Sicht des Prozessverlauf im Internet. Daraus machte die DNZ am 21. Januar ein quasi-Interview mit Irving, das sie unter den Überschriften „Im Kreuzverhör" und „David Irvings Sensations-Prozess" ihren Lesern präsentierte. Dabei bemüht sich die DNZ Irving nicht mit offener Auschwitz-Leugnung in Verbindung zu bringen. Angeblich ginge es nicht um historische Fragen sondern um die „Stigmatisierung" eines unbequemen Historikers. Aber - so verkündet man hoffnungsfroh - Irving habe „ein Feuerwerk an Fakten und Beweisen" für seine Position angekündigt. Damit die Leser der DNZ diese selber kennenlernen können und das Geschäftliche nicht zu kurz kommt, preist der „Deutsche Buchdienst" auf der gleichen Seite die lieferbaren Irving-Titel unter der Überschrift „Jetzt noch sichern" an.

Interessant ist die deutsche Presseresonanz auf diesen Prozess. Natürlich haben alle überregionalen Zeitungen und Agenturen über das Verfahren und den Prozessauftakt mehr oder minder ausführlich berichtet. Überraschender Weise berichtet einzig die FAZ mit ihrer Korrespondentin Eva Menasse regelmäßig und engagiert über den Prozessablauf, das Auftreten der sachverständigen Zeugen, die Reaktion Irvings und die Wahrnahme des Verfahrens in der britischen Öffentlichkeit. Möchte die FAZ sich damit öffentlich erkennbar von früheren Affinitäten gegenüber Geschichtsrevision distanzieren? Nicht vergessen ist die Rolle der FAZ im „Historiker-Streit" oder bei der Veröffentlichung des Aufrufes zum 8. Mai 1995 und der Anzeige „Appell der 100", in der Freiheit für Geschichtsrevisionisten gefordert wurde. Andererseits hat sich die FAZ selbst von Prof. Ernst Nolte abgewandt, als sich dieser für direkte Auschwitz-Leugner geöffnet hatte. Oder ist es Ergebniss der Einschätzung, dass dem Prozess international eine höhere Bedeutung beigemessen wird als bei uns und die FAZ als „Zeitung aus Deutschland für die Welt" hierüber berichten müsse?

Das Urteil im Prozess Irving gegen Penguin-Books wird Ende März erwartet.

Miguel Tubo Rodríguez

Menschenjagd in Südspanien

In der südspanischen Kleinstadt El Ejido gibt es immer wieder Spannungen zwischen SpanierInnen und den meist männlichen Gastarbeitern aus den Maghreb-Staaten. 10.000 Personen nahmen dann Ende Januar die Ermordung zweier Bauern in einem Gewächshaus zum Anlass, für mehr Sicherheit und gegen Ausländer zu demonstrierten. Nur zwei Wochen später, am 6. Februar, versuchte ein in psychiatrischer Behandlung befindlicher Marokkaner einer 26-Jährigen Spanierin die Handtasche zu entwenden. Als diese jedoch Widerstand leistete, wurde sie von ihm durch einen Messerstich tödlich verletzt. Noch am selben Tag mündete der Rassismus in der Bevölkerung in blanke Gewalt und Zerstörungswut gegen alles „Afrikanische". Mit Stangen, Spaten und Baseball-Schlägern bewaffnet stürmten die selbst ernannten Rächer Läden und zündeten Autos, Bars und Wohnhäuser ausländischer Menschen an. Auch die Büros linker Organisationen wurden attackiert. Die aufgebrachte Menge verletzte sogar einen Vertreter der rechten Regierungspartei „Partido Popular" (PP), der eigens aus der Provinzhauptstadt Almería angereist war, um sich in El Ejido für „Recht und Ordnung" einzusetzen. Nach Angaben der antifaschistischen Gruppe „niagua al enemigo" kamen ebenfalls zahlreiche Neofaschisten aus ganz Spanien nach El Ejido, um die dort sehr aktiven Rechtsextremisten der „camisas blancas" (weiße Hemden) und die dortige Bevölkerung in ihrem rassistischen Treiben zu unterstützen. Insgesamt erlebte El Ejido drei Tage der Verwüstung, ohne dass die Polizei nennenswerte Versuche unternahm, das Leben der ausländischen Menschen zu schützen. Folglich kam es während der rassistischen Übergriffe zu keinerlei Festnahmen. Der Generalsekretär der Polizeigewerkschaft „Sindicato Profesional de la Policía Uniformada" bestätigte mittlerweile, dass es „eindeutige Befehle" gegeben habe, nicht zu intervenieren. Erst im Laufe des 8. Februar gelang es den Polizisten, die Lage zu kontrollieren. Das Ausmaß der Zerstörung sowie die Anzahl der Verletzten waren auch eine Woche nach dem Abflauen der Unruhen nicht genau bestimmbar.

Am 11. Februar, d.h. drei Tage nach Beendigung der rassistischen Menschenjagd und ebenfalls drei Tage nachdem die marokkanischen Arbeiter in einen Streik getreten waren, um ihrerseits ihrer Forderung nach Sicherheit Nachdruck zu verleihen, zeigte die Bilanz der Festnahmen folgendes Bild: 39 Marokkaner und lediglich 16 Spanier, von denen sich allein acht wegen der Körperverletzung des PP-Gesandten aus Almería vor Gericht verantworten werden müssen. Die Mehrzahl der Marokkaner ist bei der Organisation des Streiks in Gewahrsam genommen worden, da die Bezirksregierung ein strenges Versammlungsverbot über die Region verhängt hatte. Antonio Oliver, Sekretär der Arbeitgeberorganisation COAG, brachte zum Ausdruck, was viele Bauern der Region befürchteten. Er bezeichnete den Streik als „unverantwortlich", da er die Obstplantagenbesitzer in Haupterntezeit träfe und dadurch erhebliche finanzielle Einbußen verursacht würden.

Das Beispiel El Ejido veranschaulicht, wie eng Profitdenken und Rassismus miteinander verquickt sind. Das spanische Ministerium für Arbeit erteilte lediglich 40 Prozent der von den Gewächshausbetreibern geforderten Arbeitsgenehmigungen, so dass die Arbeitgeber zunehmend Tagelöhner ohne offizielle Papiere anheuerten. In dem 52.000 EinwohnerInnen zählenden El Ejido leben daher derzeit etwa 11.000 Afrikaner, von denen 6.600 nicht in dem Besitz dieser begehrten Dokumente sind. Den nicht nur in El Ejido Illegalisierten bleibt oft kein anderer Ausweg, als in Baracken zu leben, zumal bei einem Tageslohn zwischen umgerechnet 30 bis 40 Mark auch die finanziellen Möglichkeiten sehr beschränkt bleiben.

Andererseits hat es El Ejido als Stadt aufgrund der Gewinn bringenden Obstplantagen und den dort beschäftigen, meist marokkanischen Tagelöhner zu einer der reichsten Regionen Andalusiens gebracht. „Das, was in El Ejido geschehen ist," schreibt die spanische Tageszeitung "El Pais", „erinnert durch mehr als ein Motiv an die schwarze Seite der Expansion des industriellen Kapitalismus."

Zumindest eine politische Mitverantwortung für das Aufflammen des Rassismus in El Ejido scheint auch Juan Enciso (PP) zu tragen, der seit 1991 das Amt des Bürgermeisters inne hat und selbst einen großen landwirtschaftlichen Betrieb besitzt. „Bereits mehrfach ist er durch ausländerfeindliche Äußerungen aufgefallen", berichtet Rosalía Martín von der oppositionellen "Partei Izquierda Unida". Ferner habe er gewusst, mit "z.T. gewalttätigen Räumungen von Häusern, in denen ImmigrantInnen lebten, seine Wähler und Wählerinnen anzusprechen." Dass die BewohnerInnen von El Ejido weiterhin mehrheitlich hinter Juan Enciso stehen, verdeutlicht eine Unterschriftenliste, in der sich mehrere Tausend BürgerInnen gegen das Aufstellen von Notunterkünften für die nun obdachlos gewordenen Afrikaner aussprechen.

Bernhard Schmid

FN, MN, MNR, RPF ...

Der französische Neofaschismus nach dem „Krieg" Le Pen / Mégret

Jean-Marie Le Pen, Chef des rechtsextremen „Front National" (FN) - oder was davon übrig geblieben ist - und Sohn eines bretonischen Fischermeisters, liebt es, folgende Selbstbeschreibung von sich zu geben: „Sturm und Wellen trotzend, steht der Kapitän aufrecht auf der Brücke und hält das Ruder fest in der Hand."

Heutzutage könnte man diese von ihm oft strapazierte Metapher folgendermaßen weiter ausführen: Doch das Steuerrad, das er in der Hand hält, ist abgebrochen und vermag dem Schiff keine Lenkung mehr zu geben. Kurslos treibt der lädierte Kahn auf dem Meer dahin. Und kaum jemand will mehr auf seine donnernd ausgerufenen Befehle mehr hören, während die Klügsten seiner Mannschaft sich (unter der Führung des in Ungnade gefallenen Kapitänsgehilfen Bruno Mégret) längst mit einem Rettungsboot davongemacht haben - auch wenn selbiges, mangels starken Motors, auch nicht recht gegen die Wellen vorankommt.

Die Ursachen eines (relativen) Niedergangs

Der triumphierende Lepenismus der jüngeren Vergangenheit war keineswegs ein rasch verlöschendes „Strohfeuer", wie bürgerliche Kommentatoren dies in den 1980er Jahren noch sich und anderen einzureden versuchten. 15 Jahre lang konnte der FN auf ein beinahe bruchloses Anwachsen seines gesellschaftlichen Einflusses zurückblicken. So wuchs in den 1990er Jahren zunehmend der Anteil an Stammwählern, die nur mehr für den FN und - auch bei dessen Abwesenheit von einem Urnengang - für keine andere Partei ihre Stimme abgaben. „10 bis 15 Prozent der Wählerschaft analysieren sämtliche Probleme der französischen Gesellschaft nur noch durch die Brille des ‚Immigrationsproblems'", analysierten französische Politikforscher des CEVIPOF-Instituts 1995 das Abschneiden von Le Pen bei der Präsidentschaftswahl. Dies versetzte den FN in die Lage, die Parteien der bürgerlichen Rechten systematisch verlieren zu lassen, falls sie keine Absprachen mit den Lepenisten treffen wollten - denn für die Mehrheit der FN-Wähler waren die etablierten Rechts- wie Linksparteien mittlerweile gleichgültig geworden. Auf diese Weise konnte der FN schließlich bei den Regionalparlamentswahlen im März 1998 den Schiedsrichter spielen. Im Frühjahr 1998 stand der „Front National" so auf dem Höhepunkt seines Einflusses.

Heute, anderthalb Jahre später, ist der französische Neofaschismus gespalten und geschwächt. Seine beiden Hälften erhielten bei den Europaparlamentswahlen im Juni 1999 knappe neun Prozent der Stimmen, nachdem der FN sich zwischen 1995 und 1998 auf einem konstanten Stimmenanteil von 15 Prozent gehalten hatte. Was sind die Gründe für diesen Abstieg ? Da ist zum einen das objektive Erlahmen der Dynamik, was einige der Vorstöße des FN gegen die „etablierten Kräfte" betrifft. Anfang der 90er Jahre hatte es noch so ausgesehen, als bleibe das Terrain der sozialen Unzufriedenheit und des Protests gegen soziale Ungleichheiten allein den Neofaschisten überlassen - die Sozialdemokraten frönten unter der zweiten Präsidentschaft Mitterrands (den so genannten „années fric", den „Zaster-Jahren") der Selbstbereicherung und dem schnellen Geld, die Kommunisten sah man nach dem Fall der Berliner Mauer in breiten Kreisen dem sicheren Untergang entgegengehen. Im Frühjahr 1990 stellte der FN erstmals einen Kongress unter die Thematik „Soziales und Ökologie", weil diese Thematiken nunmehr ein zu besetzendes, freies Feld darstellten - so die Begründung des damaligen FN-Chefideologen Bruno Mégret.



Dem Zerwürfnis zwischen LePen (r.) und Mégret (l.) folgte ein allgemeiner Stimmenverlust der französischen Neofaschisten

Doch ab 1995 hat sich die Situation gewandelt, die klassenkämpferischen Spannungen nahmen zu, die Basis der Linken befand sich auf der Strasse, die Gewerkschaften (jedenfalls im öffentlichen Dienst) im wochenlangen Streik. Großteils dieselben sozialen und politischen Kräfte mobilisierten wenig später auch gegen die neofaschistische Bedrohung und gegen die repressiven Ausländergesetze, mit denen die konservative Regierung das FN-Potential zu umwerben suchte, und schufen so eine neue Verbindung zwischen Antirassismus und sozialem Protest.

Auf einigen Gebieten prallten die Vorstöße des FN sowohl an institutionellen wie auch an sozialen Riegeln ab. Sein Versuch, eigene „Gewerkschaften" zu gründen und in den Wahlen der Arbeitsgerichte seine Anhänger zu platzieren, scheiterte 1996/97 am kombinierten Widerstand der gewerkschaftlichen Kräfte und der Juristen auf dem Feld des Arbeitsrechts, nachdem Gewerkschafter gut vorbereitete Klagen eingereicht hatten. Die Keimzellen neofaschistischer Gewerkschaften wurden verboten, die 26 vom FN errungenen Mandate in Arbeitsgerichten wurden um die Jahreswende 1997/98 allesamt annulliert. Das Mehrheitswahlrecht sorgte dafür, dass der FN (bis auf zwei Ausnahmeperioden, in denen er je einen einzigen Sitz errungen hatte) keinerlei Vertretung im nationalen Parlament erringen konnte. Die Offensive auf dem Feld der Regionalparlamente im Frühjahr 1998 bildete den (zunächst nicht erfolglosen) Versuch, diese Sperrriegel zumindest auf politisch-institutioneller Ebene zu unterlaufen. Das Schlimmste wurde jedoch zunächst dadurch verhindert, dass der Ansturm des Neofaschismus auf Gesellschaft und Politik weitgehend vom sozialen Terrain abgehalten werden konnte.

Die beschriebenen Blockiervorrichtungen hätten dem einstmals so starken FN nicht den Garaus gemacht, wären sie nicht auf innere Strukturmängel der Partei getroffen. Im Angesicht des Misserfolgs mancher ihrer Vorstöße und dem drohenden Nachlassen der Dynamik gegenüber wuchs die Ungeduld einiger der jungen, gut ausgebildeten Kader der Partei, die es eilig hatten, die politische Macht oder zumindest eine Teilhabe an ihr zu erringen. Auf der anderen Seite war Jean-Marie Le Pen immer weniger gewillt, seine Allmacht über die Partei, die durch das Drängeln der jungen „Technokraten" in Frage gestellt wurde, in Zweifel ziehen zu lassen. Als pyramidenförmig von oben nach unten strukturierte Führerpartei angelegt, musste der FN im Krisenfall dahin tendieren, den Konflikt durch einen radikalen Bruch zu lösen, da Kompromisse und eventuelle Machtteilungen in einer solchen Struktur undenkbar sind.

Der „Front National" nach der Spaltung

Im innerparteilichen Krisenprozess des damaligen FN, die zum Jahreswechsel 1998/99 zur Spaltung des französischen Neofaschismus führte, war klar geworden, dass der alternde Jean-Marie Le Pen es am Ende vorziehen würde, lieber die von ihm gegründete und aufgebaute „Bewegung" zu opfern denn diese ohne ihn weiter existieren zu lassen. Oder gar „seine" Partei unter seinen Augen, aber geführt von einem anderen erfolgreicher sein zu lassen, als sie es unter seiner Leitung war - wie es sich damals mit der Figur Bruno Mégrets abzuzeichnen drohte.

Heute ist sichtbar, dass in der Funktionsweise des verbliebenen Rumpf-FN tatsächlich das Element der persönlichen Machtsausübung des (heute wieder) quasi allmächtigen Chefs gegenüber der „gemeinsamen Sache", den rassistischen Ideen, überwiegt.

So ließ Le Pen Anfang Juni 1999 - zunächst

durch seinen Schwiegersohn und begierig auf seine Nachfolge wartenden Jungpolitiker Samuel Maréchal, dann auch aus eigenem Munde - verlauten, er erkenne nunmehr „die multikonfessionelle Realität des Landes“ an. Das Ziel dieses ideologischen Ballast-Abwurfs bestand vor allem darin, den „abtrünnigen“ Teil des französischen Neofaschismus um Bruno Mégret in eine inner-rechtsextreme Polemik zu verwickeln. Und tatsächlich ließ dieser sich die Gelegenheit nicht entgehen, den „ideologischen Verrat“ der niedergehenden Führerfigur Le Pen zu attackieren. Dadurch, so der Hintergedanke seitens Le Pens - der sich längst nicht mehr im Rahmen einer politischen Strategie der Machteroberung befand, sondern dem es nur noch darum ging, seine persönliche Hausmacht zu wahren und den Rivalen zu vernichten - sollten Bruno Mégrets Bemühungen zunichte gemacht werden, sich als „respektabler“ Bündnispartner konservativer Kreise aufzuspielen.

Möglicherweise hat dieser Faktor mit dazu beigetragen, dass die Mégret-Abspaltung sich bei den Europaparlaments-Wahlen im Juni 99 gegenüber dem Rumpf-FN letztlich nicht behaupten konnte (mit 3,3 Prozent für die Mégret-Anhänger gegenüber 5,7 Prozent für den Rest-FN). Als weiterer wichtiger Faktor hat dazu sicherlich beigetragen, dass ein Pariser Gericht am 11. Mai 1999 schließlich Le Pen dahingehend Recht gab, dass dessen Hälfte des französischen Neofaschismus allein berechtigt sei, den Namen „Front National“ zu tragen. Damit hatte der damalige FN-MN, der danach nur noch MN („Mouvement National“, „Nationale Bewegung“) heißen durfte, gewissermaßen einen „Legitimitätsbonus“ eingebüsst, da er nunmehr nicht als Fortsetzung des bisherigen FN auftreten und dessen Nachfolge für sich beanspruchen konnte. Zudem wurden Anfang Juni 1999 auch noch - nachdem die Regierung den Conseil d‘Etat (das oberste Verwaltungsgericht) konsultiert hatte - die 41 Millionen Mark Staatsgeld, die den Rechtsextremen als staatliche Parteienfinanzierung zustanden, an den Le Penschen Rest-FN ausgestattet. Infolge des drei Wochen zuvor gefällten Urteils, wonach allein die Lepenisten die Nachfolgepartei des „alten“ FN - im juristischen Sinne - bildeten, ging die Mégret-Partei daneben leer aus. Daher ging Mégret bereits mit einem Looser-Image in die letzten Wochen des Wahlkampfs zum Europaparlament, nachdem es einen Monat zuvor noch so ausgesehen hatte, als habe das Mégret-Lager mit der Le Pen-Partei zumindest gleichgezogen und sei gar dabei, dieses zu überholen. (Vgl. DER RECHTE RAND Nr. 58)

In den auf die Europa-Wahlen folgenden Monaten haben die durch Le Pen aufgeführten ideologischen Verrenkungen freilich zu einem Aufschrei hoher und höchster Kader innerhalb des Rumpf-FN geführt, die die Welt nicht mehr verstanden. Die „Sommeruniversität“ des FN, die Anfang September 1999 stattfand, wurde so zum Anlass für heftige Abrechnungen.

Mittlerweile ist die, im Juni 1999 durch Le Pens rhetorische Lockerungsübungen ausgelöste, Phase der ideologischen Verunsicherung des Rest-FN bereits wieder vorüber. Am 29. Januar diesen Jahres beschloss ein „Conseil national“ („nationaler Rat“, eine erweiterte Führungstagung) des FN eine neue Kampagne der Partei – mit uralten Zügen. Zusammengetreten, um den nächsten Kongress des FN vorzubereiten - dieser findet vom 28. bis 30. April in Paris statt -, legte die Tagung zugleich die Grundzüge einer neuen Kampagne gegen die Einführung des Wahlrechts für Immigranten fest.

Die FN-Tagung beschloss als konkrete Slogans für die neue Kampagne :

„Ausländische (genauer: „Immigrierte“) Bürgermeister und Abgeordnete: Nein heisst nein !“; „Immigration : der Selbstmord Frankreichs“. Und nicht zuletzt „Immigration : der Sturm. Keine Zukunft ohne Wurzeln“, wohl unter Anspielung auf die katastrophalen Waldschäden, die Frankreich durch den Sturm Ende des vergangenen Jahres erlitt, und die dabei entwurzelten Bäume.

Verloren hat der Le Pensche Rest-FN, neben dem ideologischen Kompass, unterdessen auch einige seiner Vordenker. So kamen seine wichtigsten Ideologen vor der Spaltung überwiegend aus der „Neuen Rechten“ der 1970er Jahren. Unter ihnen etwa Jean-Yves Le Gallou, der im Jahr 1985 das Konzept der „préférence nationale“ - der systematischen „Bevorzugung der Inländer“ (bei Arbeitsplätzen, Wohnungen, Sozialleistungen usw.) - entwickelt und damit dem Rassismus, über bloße Vorurteile und Hassgefühle hinaus, zu einem vermeintlich logisch durchdachten, anwendbaren Konzept verholfen hatte. Le Gallou ist heute die „Nummer Zwei“ der Mégret-Partei. Als einziger aus der ehemaligen Riege der Chefideologen war der frühere Gründer des neu-rechten Denkclubs „Club de l‘Horloge“, Yvan Blot, beim Rest-FN verblieben bzw. nach wenigen Wochen Ausflug zu den Mégret-Anhängern zu Le Pen „heimgekehrt“.

Doch Blot hat nunmehr das Handtuch geworfen, nachdem er bereits in den ersten Januartagen durch die Pariser Abendzeitung „Le Monde“ sinngemäß mit den Worten zitiert wurde, er zweifele mittlerweile an der Fähigkeit, durch Politik Einfluss auf den Gang der gesellschaftlichen Ereignisse zu nehmen. Bereits im August 1999 hatte der frühere Spitzenbeamte Blot – ebenso (und zeitgleich) wie seine Ex-Freunde und jetzigen politischen Feinde, Bruno Mégret und Jean-Yves Le Gallou - seine Wiedereingliederung in die Beamtenlaufbahn erreicht.

Die Mégret-Partei stößt in die Bresche

Den „Verrat“ des Rumpf-FN an den einstigen gemeinsamen, rassistischen „Ideen“ will nun die unter Mégret versammelte andere Hälfte des Neofaschismus nutzen, um sich einen Platz zu erkämpfen. Die „Nummer Zwei“ der Mégret-Anhänger, Le Gallou, schrieb die gesamte Mitgliedschaft des Rest-FN im Raum Paris an und versicherte dieser, für seine Formation bleibe der „Kampf gegen die Immigration eine Priorität“.

Aber die Mégret-Anhänger haben selbst mit großen Problemen zu kämpfen, insbesondere seit ihr Abschneiden bei den Europaparlamentswahlen sie der staatlichen Wahlkampfkosten-Rückerstattung beraubt hat, die ab einem Stimmenanteil von fünf Prozent fließt. Die Mégret-Anhänger haben nun mehr die Strategie gewählt, nach außen hin sichtbar Wasser in ihren Wein zu schütten, ohne jedoch grundlegende Elemente ihrer Ideologie aufzugeben. Ausdruck dieser krampfhaft demonstrierten „Mäßigung“ ist auch die Anfang Oktober erfolgte Umbennung der Mégret-Formation, die vom „Mouvement National“ nun mehr zum „Mouvement National Républicain“ (MNR, „Nationale und republikanische Bewegung“) wurde und seither gebetsmühlenhaft ihr Bekenntnis zur Demokratie wiederholt. Derzeit versucht sich der MNR vor allem, an den Erfolg des „Modells“ der Haider-FPÖ zu hängen und zu betonen, ihre eigene Politik in Frankreich entspreche haargenau jener der FPÖ in Österreich.

Die neue, „republikanische“ und angeblich demokratie-kompatible Strategie der Mégret-Anhänger geht freilich auch darauf zurück, dass sie erkannt haben, dass es allein der wohlhabende und bürgerliche - und damit in seinen sozialen Positionen „gemäßigtere“ - Teil des früheren FN-Publikums ist, den sie bei den vergangenen Wahlen auf ihre Seite ziehen konnten. Tatsächlich hat sich das originäre Klassenbündnis, das der noch vereinte „Front National“ in seiner Wählerschaft aufwies - indem die Partei zugleich den Besitzenden den Schutz ihres Eigentums vor den Armen und den Armen das Ende der sozialen Ungerechtigkeit versprach, wobei beides durch die gemeinsame rassistische Begründung der Versprechen zusammengehalten wurde - seit der Spaltung weitgehend entmischt.

Ein Teil des Publikums des „vereinten“ FN, vor allem in seiner bürgerlichen Wählerschaft, wird unterdessen auch durch die neue Partei der national-konservativen, autoritären Rechten unter Ex-Innenminister Charles Pasqua und dem Rechtskatholiken Philippe de Villiers angezogen, die ihren offiziellen Gründungskongress am 20./21. November letzten Jahres in Paris abhielt.

Unter dem Namen RPF („Rassemblement pour la France“ – „Sammlung für Frankreich“) tritt sie in die Nachfolge der gemeinsamen Liste, welche Pasqua und de Villiers zu den Europaparlaments-Wahlen im Juni 1999 anführten. Damals waren sie mit rund 13 Prozent zur stärksten Kraft auf der politischen Rechten – vom Mitte-Rechts-Spektrum bis nach rechtsaussen – avanciert.

NPD integriert österreichische Nazis

Die neofaschistische NPD integriert nach Angaben des bayrischen Verfassungsschutzes österreichische Neonazis. „Es gibt Hinweise, dass zirka 15 bis 20 österreichische Staatsbürger bei der NPD Mitglied sind. Sie werden betreut vom NPD-Landesverband Bayern“, sagte Franz Gruber, Sprecher des Landesamts für Verfassungsschutz Bayern, gegenüber dem ZDF-Magazin „Kennzeichen D“. Zudem habe die NPD bei der „Raiffeisenbank“ in Braunau ein Konto für ihre Fans in Österreich eröffnet. Die Partei begründete ihr Engagement in Österreich wie folgt: „Es kann keinen Zweifel darüber geben, dass Deutschland weder an der Oder noch am Brenner endet.“

Frank Kretschmar

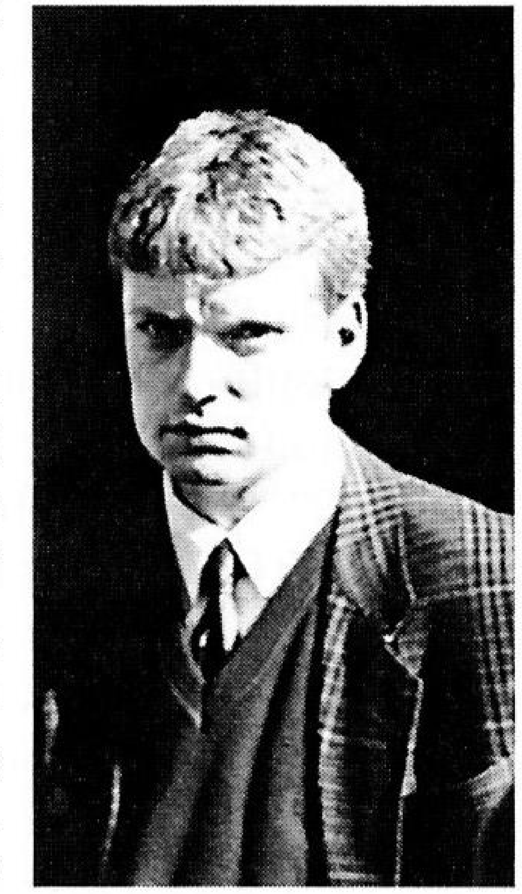
Hitlergruß und Strommastsprengung

„Alte Herren“ um das Ansehen ihrer Verbindung besorgt

Anfang Dezember letzten Jahres war die „Burschenschaft Normannia-Leipzig zu Marburg“ zum wiederholten Male in die Schlagzeilen geraten, weil ein Verbindungsstudent vom Balkon des Hauses der „Normannen“ mit einem Luftgewehr auf einen Hausmeister geschossen hatte. Jetzt steht die Aktivitas der rechtsradikalen Verbindung in Marburg möglicherweise vor dem Aus.

Der Hintergrund: die Vereinigung der „Alten Herren“ der „Normannia-Leipzig“ hatte auf einer eigens wegen des Vorfalls einberufenen Versammlung beschlossen, ihr finanzielles und ideelles Engagement für die Aktivitas unter Umständen zurück zu ziehen. Wenn sich die rechten Umtriebe der Burschen fortsetzten, so der Alt-Herren-Vorsitzende Helmut Göttsche, „würde die Bereitschaft der Alten Herren sicherlich zurückgehen, sich weiterhin in Marburg zu engagieren.“ Da die „Alten Herren“ das finanzielle Rückgrat der Verbindung bilden, wäre ein Rückzug ihrer Aktivitäten gleich bedeutend mit der Streichung der Geldmittel für das Verbindungshaus und dessen Einrichtungen. Weil die „Burschenschaft Normannia-Leipzig zu Marburg“ nach dem Zweiten Weltkrieg „im Exil“ gegründet worden war – in Leipzig/DDR wurde das Verbindungsleben aus antifaschistischen Gründen nicht erlaubt – und es heute wieder eine „Burschenschaft Normannia“ in Leipzig gibt, der sich die Altherrenschaft ebenfalls verbunden fühlt, könnte sie auch die rechtsradikalen Burschen in der Stadt an der Lahn fallen lassen.

Verbunden mit der deutlichen Drohung gegen die Aktivitas der „Normannia-Leipzig zu Marburg“, die im Juli 1999 bereits wegen des Absingens des nationalsozialistischen „Horst-Wessel-Liedes“ Gegenstand polizeilicher Ermittlungen war, ist auch der Ausschluss von Jürgen W. Gansel, wobei dieser behauptet, er sei dem Ausschluss durch Austritt zuvorgekommen. Gansel ist nicht nur Besitzer des Luftgewehrs, aus dem die Schüsse im Winter letzten Jahres abgegeben wurden, sondern laut des NPD-Organs „Deutsche Stimme“ auch Schulungsleiter der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN). Er soll nach Polizeiangaben in der nämlichen Nacht mit „Sieg Heil“-Rufen, durch das Zeigen des Hitler-Grußes und Beleidigung der Polizeibeamten aufgefallen sein. Gansel hat nach Angaben des „Republikaner“-Funktionärs Eike Erdel, der im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung der Aktivitas mit der Altherrenschaft aus der „Burschenschaft Normannia-Leipzig zu Marburg“ ausgetreten ist, seit dem vergangenen Frühsommer im Normannenhaus gewohnt und auch universitäre Lehrveranstaltungen in Marburg besucht. Erst im Herbst 1999 sei Gansel in die Aktivitas der „Normannia-Leipzig“ aufgenommen worden. Gansel, fleißiger Leserbriefschreiber an die rechtsradikale Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) und Autor im völkischen „Ostpreußenblatt“ (OB), fungierte für die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) mehrere Jahre als Landesverbandsvorsitzender bzw. Schriftwart des Landesverbandes Hessen. Eigentlich studiert er Geschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen und ist dort auch in der „Burschenschaft Dresdensia-Rugia Gießen“ aktiv, deren Sprecher er Anfang 1996 war. Nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen soll jedoch nicht Gansel, sondern ein weiterer Verbindungsstudent der Schütze gewesen sei, der Ende letzten Jahres auf den Hausmeister geschossen hatte, weil dieser sich über nächtliche Lärmbelästigung durch die Verbindungsstudenten beschwert hatte.



Ausgetreten: REP-Funktionär Erdel

Allerdings scheint die Begeisterung der Burschenschafter in Marburg für militante Auseinandersetzungen nicht nur die Aktivitas der „Normannia-Leipzig zu Marburg“ massiv ergriffen zu haben: Ende Januar führte die Marburger „Burschenschaft Rheinfranken“ eine Veranstaltung mit dem „Südtirolaktivisten“ (um 1960: Mitglied des „Befreiungsausschusses Südtirol“) und Autoren in zahlreichen rechten Blättern, Rigolf Hennig, zum „Südtiroler Freiheitskampf in den 1950er und 1960er Jahren“ durch. Im Vorfeld geäußerte Einwände ob des rechtsradikalen Referenten ließ man nicht gelten: „Vorbeikommen und Meinung bilden - dann lästern!!!“ Und es sei ein „interessanter Abend“ gewesen, wie die „Rheinfranken“ im Nachhinein offiziell verlauten ließen. Der gegen Italien gerichtete rechte Terrorismus wurde in einer rassistischen Beschreibung nach der Veranstaltung wie folgt verherrlicht: „In einer Nacht fielen 40 Strommasten. Die Italiener verkrochen sich, als es überall dunkel wurde und krochen einige Zeit wieder wie die Ratten aus ihren Verstecken. Leider war der Mast, welcher die Aluminiumfabrik mit Strom versorgte, nicht geborsten. Die Fabrik hätte neu gebaut werden müssen.“

Es scheint mehr als zweifelhaft, dass die Burschen in Marburg ihre Unterstützung der Altherrenschaften aus politischen Gründen verlieren könnten. Vielmehr dürfte der potentielle Verlust von Ansehen zum Handeln motivieren. Allerdings ist das der „Burschenschaft Rheinfranken“ aus Sicht der Alten Herren bis heute offenbar nicht gefährdet.

Janine Clausen

Intrigen und Skandale – DVU-Fraktionsarbeit

Nachdem die „Spitzenfraktion“ der extrem rechten DVU in Brandenburg im April 1998 mit 16 Abgeordneten ins Landesparlament eingezogen war, wurde nun der DVU-Fraktionsführer und Sicherheitsbeauftragte Thomas Canis wegen angeblichen Handels mit Kinderpornographie vorläufig vom Dienst suspendiert. Die Fraktionsspitze, so Fraktionssprecher Günther Schwemmer, räume Canis ein in den nächsten Wochen die Vorwürfe auszuräumen. Der Beschuldigte erstattete Anzeige wegen Verleumdung gegen Veronika Brandt. Die ehemalige DVU-Abgeordnete hatte ihn beschuldigt, mit Kinderpornos gehandelt zu haben. „Gegen Canis ist bislang kein Verfahren anhängig“, erklärte jedoch ein Sprecher der zuständigen Staatsanwaltschaft. Inzwischen trat Brandt aus der DVU-Fraktion im Magdeburger Landtag aus. „Dass der Herr Canis mit Kinderpornographie gehandelt hat, auch von unserem Zentralrechner aus“, so Brandt, “das war für mich das Ende“.

Außer durch die Pornos soll Canis sich noch durch Fraktionsgelder bereichert haben. „Canis hat rund 17.500 Mark auf seine Seite gebracht“ meint DVU-Politiker Dieter Kannengießer, der der DVU-Fraktion Sachsen-Anhalt ebenfalls den Rücken kehrte. Brandt und Kannengießer zogen inzwischen ihre Anschuldigungen zurück und verließen zusammen mit Gunther Preiß die DVU-Fraktion, die mit 12,9% ins Parlament eingezogen war.

Die Anwort aus der „DVU-Zentrale“ kam prompt. Die Fraktionsspitze in Magdeburg sollte, laut dem DVU-Sprecher Bernd Dröse in München ausgeschlossen werden. Claudia Wiechmann und deren Stellvertreter Helmut Wolf wurde nun “Parteischädigendes Verhalten“ vorgeworfen. Frey wies unterdessen die Vorwürfe als „unwahr“ zurück, und seiner Alleinherrschaft schadete die Auseinandersetzung auch nicht.

Wie zu erwarten, wählten am Samstagabend des 12.2.2000 auf ihrem Parteitag die Delegierten ihren alten Vorsitzenden zum neuen. Der Münchner Verleger erhielt „etwa 98,9 Prozent“ der Stimmen der rund 500 Delegierten. Einen Gegenkandidaten gab es nicht. Und noch am selben Tag schlossen die Delegierten mit 99% der Stimmen Wiechmann und Wolf aus der Partei aus.

Nach dem Rausschmiß haben Wiechmann und ihre Anhänger am 16. Februar eine Partei mit den Namen „Freiheitliche Deutsche Volkspartei“ (FDVP) gegründet. Laut eigenen Angaben gehören der neuen Partei 26 Mitglieder an, zu der neben acht Landtagsabgeordneten auch Parteilose gehören.

„Universelles Leben“

Der „Jungen Union“ (JU) Neu-Isenburg wurde es vom Oberlandesgericht Darmstadt untersagt, weiter zum Boykott von „Gut zum Leben Nahrungsmittel von Feld und Hof GmbH“ (GzL) und dem zu einer bundesweiten Kette gehörenden örtlichen Bioladen aufzurufen. Die GzL gehört zu den Firmen und Organisationen rund um die Sekte „Universelles Leben“ und ihre „religiöse Führerin“ Gabriele Wittek. 1995 bescheinigte ein bayerisches Verwaltungsgericht der ein Konglomerat aus Christentum, Astrologie und Esoterik propagierenden Sekte einen "Hang zum Totalitären“. Die klagefreudige Sekte musste vor dem OLG Frankfurt außerdem hinnehmen, dass in einem kritischen Fernsehbericht über sie die Bezeichnungen „Seelenfänger“, „Seelenkartell“, „Ausbeutung“ sowie „Hungerlohn“ als vom Grundgesetz gedeckt angesehen wurden. Nach Auffassung des OLG Darmstadt hat jedoch die Glaubenszugehörigkeit der Betreiber und Mitarbeiter der GzL nichts mit dem Vertrieb von Bio-Produkten zu tun. So erklärte Richterin Irene Bickler die GzL sei eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung und es sei nicht bedeutsam, dass die Einnahmen möglicherweise an „Universelles Leben“ fließen. Die Mitglieder der GmbH machen nichts anderes, als Gemüse anzubauen.

Das gibt es nur in Hude: Mit Grünpflanzen gegen den Faschismus der Ludendorffer

Vor Jahren hatte „Der Rechte Rand“ auf die Ahnenstätten der „Ludendorffer“ in Niedersachsen hingewiesen und sie als kulturellen Treffpunkt alter und neuer Nazis ausgemacht. Erst als der Dorfpfarrer in Hude auf den merkwürdigen "Friedhof" in Hilligenloh aufmerksam machte und gar dessen Schließung diskutieren wollte, regte sich die Öffentlichkeit. Natürlich bekam der Pfarrer Ärger in Form von Drohanrufen, aber er schaffte es, dass sich ein eigens ins Leben gerufener Arbeitskreis der Gemeinde seit Anfang 1999 mit dem Problem "Ludendorff-Stätte" befasste. Mitte Januar wurde das Ergebnis der Jahresarbeit im Sitzungssaal des Huder Rathauses der Öffentlichkeit unterbreitet, am Ende de Monats äußerten sich die Parteien während einer öffentlichen Ratssitzung: die Ahnenstätte darf weiter bestehen und die Steine am Eingang des Friedhofs werden nicht entfernt. Lediglich das "L", was für Gotterkenntnis der Mathilde Ludendorff steht, soll beseitigt werden. Friedlich, versteht sich, das "L" soll auf Vorschlag der Partei B'90/Die Grünen durch pflanzlichen Bewuchs für das öffentliche Auge unsicht-



bar gemacht werden. Ansonsten bleibt alles beim Alten, auch die Satzung des Ahnenstättenvereins darf nach wie vor den Passus enthalten, dass jedes Mitglied sich der Gotterkenntnis der Mathilde Ludendorff verpflichtet fühlen muss. Über den anderen Findling mit der Ludendorffschen Forderung "Machet des Volkes Seele stark" wurde gar nicht erst verhandelt. Ein weiterer Vorschlag, der vom Bürgermeister Axel Jahnz als Ergebnis 12-monatiger Beratung vorgetragen wurde, lautete: "Um das Thema aufarbeiten zu können, sei eine Diplom-Arbeit nötig". Na denn!

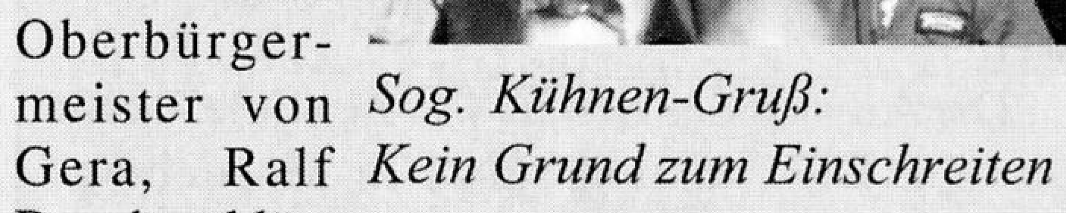
Antisemitismus

In deutschen Medien artikuliert sich zunehmend ein „Eliten-Antisemitismus“ - zugleich wird unzureichend über antisemitische Gewalt berichtet. Diese Beobachtungen hat der Berliner Diplom-Politologe Gideon Botsch bei einer Veranstaltung der IG Medien Anfang Januar in Berlin vorgetragen. Während antisemitische Auffassungen früher eher unterschwellig „hinter vorgehaltener Hand oder an späten Kneipenabenden ausgetauscht“ worden seien, artikulierten sie sich heute „aggressiver und öffentlicher“, auch in meinungsbildenden deutschen Blättern wie der FAZ oder der „Welt“.

Naziaufmarsch in Gera

In Gera (Thüringen) meldete Jörg Krautheim (NPD/THS) am 12.02.00 eine Demonstration gegen das im November 1999 eingerichtete Asylbewerberheim an. Es kamen ca. 700 Neonazis aus der gesamten Bundesrepublik. Zu der angemeldeten Gegendemonstration des „Bündnis gegen Rechts“ kamen ca. 850 Teilnehmer.

Neben den „Kameradschaften“ erschienen auch Skinheads der „Blood & Honour“-Bewegung aus Sachsen Anhalt, Brandenburg, Anhalt-berg und Coburg. Selbst Neonazis aus Kassel, Bochum, Essen und den Niederlanden war der Weg nach Gera nicht zu weit. Der Oberbürgermeister von Gera, Ralf Rauch, erklärte, ein Verbot der Nazidemo sei aus rechtlichen Gründen nicht durchsetzbar. Die Stadtverwaltung erließ daraufhin zahlreiche Auflagen. So war das Mitführen von Fahnen sowie ausländerfeindliche Parolen verboten. (Vgl. OTZ 12.02.00) Dem widersprach das Fronttransparent mit „Arbeitsplätze nur für Deutsche“ eklatant. An der Spitze der rechten Demo marschierte die NPD mit einem Meer von Fahnen, gefolgt von „Blood & Honour“ mit deren „Reichsfahnen“. Auch nach dem Zeigen des „Kühnen-Grußes“ schritt die Polizei nicht ein. Bei den Vorkontrollen wurden 15 Neonazis wegen Tragen nationalsozialistischer Symbole und Verstoße gegen das Waffengesetz festgenommen. Einer der Festgenommenen führte einen selbstgebauten Sprengsatz bei sich.

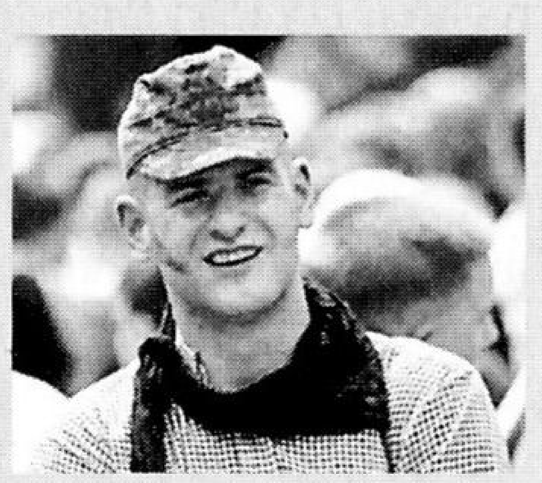

Sog. Kühnen-Gruß: Kein Grund zum Einschreiten



700 Neomazis hetzten gegen ein Asylbewerberheim in Gera

Heise in den Knast

Der Neonazi Thorsten Heise muss hinter Gitter. Das Oberlandesgericht (OLG) in Braunschweig hat die Revision Heises gegen ein Urteil des Landgerichts Göttingen abgelehnt. Damit ist die Verurteilung Heises wegen Krawallen bei einem „Vatertagsspaziergang“ zu sechs Monaten Haft ohne Bewährung rechtskräftig.


Soll hinter Gitter: Thorsten Heise

Keine Karriere für REP

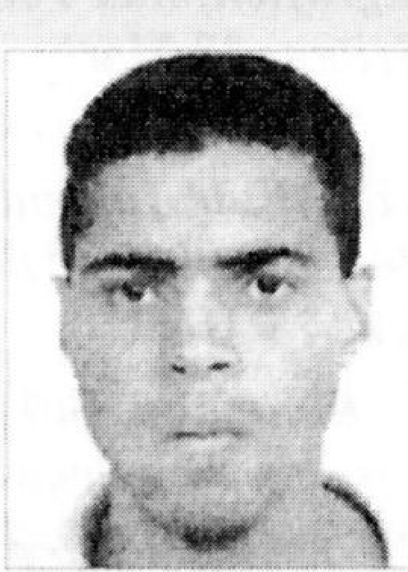
Eine Mitgliedschaft bei den rechtsradikalen „Republikanern“ (REP) kann bei Beamten nach einer Entscheidung des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) in Mannheim eine Beförderung verhindern. Zur Eignung eines Beamten gehöre auch, dass er sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekenne. Das Gericht bestätigte damit die Entscheidung des Landes Baden-Württemberg, einem Kriminalkommissar, der für die „Republikaner“ kandidiert hatte, die Beförderung zu verweigern.

Haiders Eigentum

Die Israelin Noemi Merhav will auf die Herausgabe des Kärntner Bärentals klagen, das sich im Eigentum des FPÖ-Führers Jörg Haider befindet. Das Tal war 1939 „entjudet" worden – Mathilde Roifer, die Mutter von Merhay, wurde damals zum Verkauf der 1600 ha großen Liegenschaft weit unter Wert an Josef Webhofer, einen Urgroßonkel Haiders, gezwungen. Für den Zwangsverkauf nach Nazirecht wurde eine ungültige Vollmacht genutzt, so Merhay, eine Tatsache, die der Familie Roifer verschwiegen wurde, als diese 1954 mit 120.000 $, einem Wert von drei Jahreserträgen, von Webhofer abgefunden wurde. 1986 übertrug der Sohn Webhofers den gesamten Besitz auf seinen Großneffen Jörg Haider. In einem Gespräch mit der Zeitschrift „Standard" erklärte Merhay: „Haider wurde reich, indem er unser Familienholz verkauft hat. Jetzt ist er an der Macht mittels meines Geldes. Das ist ein sehr schlechtes Gefühl."

Lebenslänglich für schwedische Nazis

Wegen des Mordes an zwei Polizisten nach einem Bankraub sind Ende Januar in Schweden zwei Neonazis zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Das Gericht in Linköping begründete das Strafmaß mit der „extremen Gewaltanwendung", die auf eine „nationalsozialistische und Gewalt verherrlichende Ideologie" zurückzuführen sei. Der Mordfall hatte im Mai vorigen Jahres Bestürzung ausgelöst. Einer der Täter, Tony Olsson, verbüßte damals eine Haftstrafe und trat in einem umstrittenen Stück des Dramatikers Lars Noren auf. Darin hatte er einen rechtsradikalen Sträfling zu spielen, was ihm die Möglichkeit gab, seine nationalsozialistischen Ansichten zu verbreiten. Den Haftausgang in Verbindung mit den Aufführungen nützte er zu Banküberfällen, deren Beute den Aufbau einer Neonazi-Bande finanzieren sollte. Seine Kumpanen bei den Verbrechen waren ein Mitsträfling, Andreas Axelsson, der bei den Theatervorstellungen als Chauffeur diente, und Jackie Arklöv, Ex-Legionär im Bosnien-Krieg. Arklöv war dort als Kriegsverbrecher verurteilt worden, kam im Rahmen eines Gefangenenaustauschs aber frei. Auf Olsson und Axelsson wartet nun lebenslange Haft, bei Arklöv muss noch eine psychologische Untersuchung zwischen Gefängnis auf Lebenszeit oder Verwahrung in einer geschlossenen Anstalt entscheiden.



Jackie Arklöv, 26, Östersund. Åtalad för polismorden i Malexander. Skrivit artikel i NSF:s tidning Den sanne nationalsocialisten. Legosoldat i före detta Jugoslavien, där dömd för krigsförbrytelser.



Andreas Axelsson, 29, Tyresö. Åtalad för polismorden i Malexander. Ansvarig utgivare för kamporganet Stormpress. Var åtminstone fram till gripandet medlem i NSF.

Wurden zu lebenslanger Haft verurteilt

Maßnahmen gegen Rassismus in Italien verschärft

Der italienische Fußballverband (Figc) hat die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen gegen Rassismus in den Stadien weiter verschärft. Ab sofort können die Spiele nicht nur unterbrochen, sondern auch mit 0:2 gegen die betroffene Mannschaft gewertet werden, wenn Fans rassistische Spruchbänder zeigen. Das Spiel solle maximal 45 Minuten lang unterbrochen werden, beschloss die Figc. Die Regierung hatte die Spielunterbrechung beschlossen, nachdem sich vor allem im römischen Olympiastadion die rassistischen und nazistischen Spruchbänder gehäuft hatten. Im Dezember musste der Erstligaverein AS Rom 28 Millionen Lire Strafe zahlen, weil in seinen Fanblock neofaschistische „Keltenkreuze" gezeigt wurden. Tatsächlich gehören Ausfälle der „Ultras", wie die rechtsradikalen Tifosi in Italien genannt werden, längst zum Alltag im italienischen Fußball. Bereits vor über einem Jahr erschien bei einem Lokalderby in Rom das antisemitische Spruchband: „Auschwitz ist Eure Heimat, die Öfen sind Euer Haus."



Stoßen auf Widerstand: italienische Faschisten

Genehmigung für REP

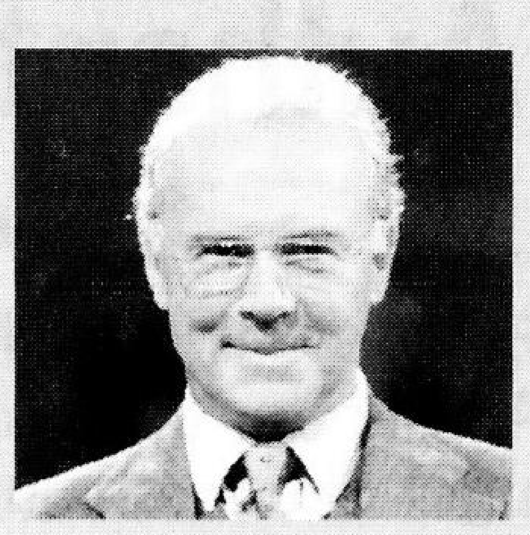
Erfolglos blieb die Stadt Wiesbaden mit ihrem Versuch, über den Verwaltungsgerichtshof in Kassel eine Veranstaltung der „Republikaner" (REP) in der Galatea-Anlage in Wiesbaden-Biebrich absagen zu lassen. Die Stadt hatte ihre Genehmigung für die Nutzung des Saals durch die REP zurück gezogen, nachdem sie erfahren hatte, worum es gehen sollte und deswegen gewalttätige Ausschreitungen befürchtet hatte. Die Richter in Kassel entschieden aber anders, so dass die rechte Veranstaltung doch stattfinden konnte.

Nürnberger Nazibauten

In Nürnberg haben Ende Januar die Bauarbeiten für ein Dokumentationszentrum über die Rolle der Nürnberger Reichsparteitage in der Propaganda der Nationalsozialisten begonnen. Der Museumskomplex soll in den Nordflügel des noch aus der NS-Zeit stammenden Kongresszentrums integriert werden. Der Entwurf für das Projekt sieht vor, den Bau der Nationalsozialisten mit einem gläsernen Pfahl diagonal zu durchbohren. Mit diesem Schnitt durch den nördlichen Kopfbau des Hufeisen förmigen Zentrums soll dessen Monumentalität durchbrochen werden. Zwischen 1933 und 1938 hatte die NSDAP in Nürnberg jeweils im September über acht Tage hinweg ihre Reichsparteitage abgehalten, gemeinhin auch „Adolf-Hitler-Festspiele" genannt.

Beckenbauer und Haider

Der Vizepräsident des „Deutschen Fußballbunds" (DFB), Franz Beckenbauer, hat Anfang Februar seine Sicht auf die Regierungsbeteiligung der rechtsradikalen FPÖ in Österreich bekannt gegeben. „Wo ist das Problem?", fragte Beckenbauer rhetorisch. Er halte es mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (CSU), der die europäische Reaktion für „übertrieben" halte.



Ein Herz für Haider: Franz Beckenbauer

Fuchs erhängt

Franz Fuchs, in Österreich wegen mehrfachen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt, hat sich Ende Februar in seiner Gefängniszelle erhängt. Auf sein Konto gehen wahrscheinlich 25 Briefbombenanschläge, vier Tote und mehrere Schwerverletzte. Bei seiner Festnahme im Oktober 1997 wurden Fuchs durch eine zu früh detonierende Bombe beide Hände abgerissen. Der Polizei galt Fuchs als Einzeltäter und Urheber der „Bajuwarischen Befreiungsarmee". Fuchs bekannte sich zu dem tödlichen Anschlag auf vier Roma in Oberwart, bezeichnete sich stets nur als dritter Mann des „BBA-Kampftrupps Steiermark".

Jan Raabe

Authentische Beschreibungen?

Neues vom „Archiv der Jugendkulturen"

„Einer an einem differenzierten Blick interessierten Öffentlichkeit" will das „Archiv der Jugendkulturen e.V." „authentische Zeugnisse aus diversen Jugendkulturen" und deren Analyse vermitteln. Zu diesem Zweck wird u.a. eine Buchreihe im Verlag Thomas Tilsner herausgegeben. Drei Bücher, die zumindest im weiteren Sinne den Themenbereich der extremen Rechten berühren, sind neu veröffentlicht.

Als Neuauflage ist Klaus Farin „Skinhead - A Way of Live", das 1996 erstmalig erschien, in der Buchreihe verlegt wurden. An einigen Stellen, ist das erstmalig 1996 erschienen Buch, überarbeitet und den neueren Entwicklungen angepasst worden. Im Großen und Ganzen ist es aber das gleiche geblieben. Das selbstformulierte Ziel „eine authentische Bestandsaufnahme der gesamten Skinhead-Szene zu erstellen" war hoch gesteckt, und ließ einiges erhoffen. Doch Ernüchterung schon auf den ersten Seiten, Grundlage der Veröffentlichung ist immer noch die 1995er Umfrage von Farin und Heitmann. Farin verkündet noch heute: „69,1% wollen 'Nazi'-Skins nicht als Bestandteil ihrer Szene akzeptieren". Nur wer genau liest, merkt, das damit ausschließlich die von Farin im Rahmen seiner Umfrage erfaßten Skinheads gemeint sind. Unter welchen Umständen die 406 von 8000 Fragebögen ihren Weg zurück fanden und dass diese einen repräsentativen Rückschluß auf die gesamte Skinheadszene zulassen, ist aus diversen Gründen zweifelhaft. Die statistischen Grundlagen stellt Farin nicht vor. Weder wie die Erhebung, noch nach welchen Kriterien die Umfrage entwickelt wurde, erläutert der Autor. Ebenso wenig ob eine Übertragbarkeit der Einzelstudie auf die Gesamtszene zulässig ist. Aber genau der Übertrag der Ergebnisse findet beim Buch laufend statt.

Auf acht- bis zehntausend Skinheads schätz Farin, ähnlich wie der Verfassungsschutz die Zahl bundesdeutscher Skinheads, der VS rechnet davon 6200 dem rechten Spektrum zu, dass wären zwischen 62 und 77 Prozent und das selbst von seiten des Verfassungsschutzes. Im Buch allerdings, welches anhand von Interviews, Lebensgefühl, Musik, Mode, Selbstdarstellung und das Verhältnis zu Arbeiterklasse und Politik darstellt, entsteht jedoch der Eindruck, das rechte Skinheads eigentlich nur eine Randerscheing darstellen. „Natürlich gibt es zahlreiche 'Rechte' in der Skinheads-Szene.... Doch innerhalb der Gesamtpopulation der deutschen Skinheads bilden sie nur eine 'Fraktion', stehen zumindest organisierte Rechte und militante Ausländerhasser im Abseits."

Ein solches Bild vermittelt auch die Besetzung der Skinfinzine-Charts und der Darauffolgenden Selbstdarstellung dieser Zines, ein antirassistisches Fanzine steht auf Platz 1, die unpolitischen oder antirassistischen Zines sind in der klaren Überzahl. Farin nennt mindestens 60 Skinhead-Zines in der BRD, allein aus der rechten sind ca. 50 bekannt, davon ist „Rock Nord" aus dem rechten Spektrum mit ca. 15.000 Exemplaren wohl auflagenstärker als alle antirassistischen zusammen genommen.

Insgesamt bietet das Buch vielleicht einen Überblick, welche Varianten und Orientierungen sich im Bereich der Skinheadsubkultur finden. Eine realistische Einschätzung der Verteilung und der politischen Bedeutung der rechten Skinheadszene ist aber nicht zu finden. Auch sind wichtige Diskussionen über die Strukturierung der rechten Szene (z.B. durch „Blood & Honour") oder über den Organisierungsbegriff (wie: Ist man mehr organisiert wenn man ein Parteibuch Besitz oder mit seinem ganzen Lebensgefühl und tun ohne Parteibuch „für Deutschland" tätig ist?) scheinen spurlos an Farin vorüber gegangen zu sein.

Leider bezieht sich Gabriele Rohmann in ihrer „Spaßkultur im Widerspruch - Skinheads in Berlin" im Einführungsbereich auf die „Skinheadstuide" von Farin und Heitmann, weshalb in dem Buch, das aus einer Magisterarbeit hervorgegangene ist, schwer auseinaderzuhalten ist, ob hier die nichtrassistischen Skinheads oder von der Skinhead-Szene beschrieben werden. Bleibt dies ungenau, so beschreibt sie aber sehr genau ihr Vorgehen und ihren wissenschaftlichen Hintergrund, den die Chicagoer Schule und die Subkulturkonzeption des Birminghamer „Centre for Contemporary Cultural Studies" bilden.

Der die Szene beschreibende Teil ist für jeden der schon einmal mit dieser Kontakt hatte nicht überraschend, es gibt sie halt tatsächlich die netten Skinheads. Interessant zum Schluss jedoch das Kapitel „Spaßkultur und Postmoderne", der den Postmoderne-Begriff versucht auf die Skinheadszene anzuwenden. Ob die beschriebenen Differenzierungen, Stilvarianten und politischen Ausrichtungen jedoch als Beweis für die Zugehörigkeit zur Postmoderne reichen bleibt fraglich, interessant und anregend ist dieses Schlußkapitel allemal.

Einer anderen „Subkultur" widmet sich Farin in „Die Gothics". Im bewährten Stil versucht er hier die Gothic- oder „Schwarze Szene" zu beschreiben. „Einfach schön" könnte man das reich bebilderte Buch nennen, allerdings ist es inhaltlich auch schön einfach gehalten. Neben den nett zu lesenden Interviews mit bekannten und unbekannten Vertretern der Szene glänzt Farins Einleitung vor Plattheiten, gerade was die Behandlung des wachsenden rechten Teils dieser Szene angeht.

Wer sich einen „authentischen Eindruck" der Szene verschaffen will sollte lieber einige Mark in eine „Zillo" und eine „Gothic", also die an jedem Kiosk zu bekommenden Szenezeitschriften, investieren.

Insgesamt machen alle drei Veröffentlichungen zwar einen schönen, inhaltlich aber keinen besonders fundierten Eindruck. Negativ fällt z.B. auf, dass fast gleiche Fotos in z.T. drei Büchern immer wieder verwendet wurden, Beiträge ähnlich schon mal in anderen Büchern erschienen.

Bei Klaus Farin selbst ein ausgesprochene, fast schon Haß zu nennende Antipathie gegenüber Antifas festzustellen, so redet er im „Gothic" Buch von „nichtsnutzigen Antifas" in seinem Sammelband „Die Skins" findet sich ein Beitrag über (Glatzköpfe und Betonköpfe - Skinheads und Autonome, in dem diese auf eine Stufe gestellt werden). Dass er selbst in seinem Buch in Skinheadmanier „Froinde" statt Freunde schreibt, mag ja noch als möchte-szene-nah durchgehen, dass er die Bedrohung durch rechtsextreme Skinheads systematisch niederschreibt, sollte zu denken geben. Dass er schreibt: „Meinungsfreiheit in Sachen Politik/Rassismus kann sich ein Skinhead in Deutschland heute kaum leisten", gleicht jedoch einer Aufforderung, rassistischen und nazistischen Positionen wieder Raum zu geben, denn die Meinungsäußerungen der antirassistischen Skinheads kann er damit wohl kaum gemeint haben.

Farin, Klaus: Die Gothics. Interviews - Fotografien, Bad Tölz: Tilsner Verlag 1999, 144 Seiten, 28 Mark;

Farin, Klaus (Hg.): Skinhead - A Way Of Life: Eine Jugendbewegung stellt sich selbst dar, Bad Tölz: Tilsner Verlag 1999, 165 Seiten, 28 Mark;

Rohmann, Gabriele: Spaßkultur im Widerspruch. Skinheads in Berlin, Bad Tölz: Tilsner Verlag 1999, 120 Seiten, 28 Mark.